

Objektyp: **Issue**

Zeitschrift: **Das Konzept : die Monatszeitung**

Band (Jahr): **1 (1972)**

Heft 8

PDF erstellt am: **30.06.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

konzept

Auflage 36 000 Preis Fr. 1.-
Redaktion: Pierre Freimüller, Rolf Nef,
Thomas Rüst, Beat Schweingruber (Red.
«Zürcher student») - in Zusammenarbeit
mit dem Verband Schweizerischer
Studentenschaften (VSS)
Abonnemente: Jahresabonnement Fr. 8.-,
auf Postcheckkonto 80-35 598, «Zürcher
student», 8001 Zürich
Inserate: Mosse-Annoncen AG, Limmat-
quai 94, 8023 Zürich, Tel. (01) 47 34 00,
Telex 55 235

Jetzt am Kiosk
Neu: Mit Kontakt
inseraten

Notizen zur unbewältigten Vergangenheit

Die Schweiz in den dreissiger Jahren

Viel mehr als der Zweite Weltkrieg, dessen Ende für die Schweiz keine Zäsur bedeutet, sind die dreissiger Jahre bestimmend für Verlauf und Verständnis der Nachkriegszeit. Seiner Bedeutung entsprechend, hat dieser Zeitabschnitt in den letzten Jahren in der Geschichtsschreibung viel Beachtung gefunden, Entscheidende Grundfragen bleiben dennoch ungelöst; die Fragestellung scheint festgefahren, neue, weiterführende Ansätze fehlen; die historischen Ereignisse wer-

den einseitig von exogenen Faktoren abgeleitet, von der faschistischen Bedrohung durch Italien und Deutschland. Die in der Folge der Wirtschaftskrise in der Schweiz entstandenen Bedingungen und die unter diesen Bedingungen handelnden Klassen und Individuen mit ihren spezifischen Interessen werden vernachlässigt. Die Schweizer werden - einfach gesagt - in «Anpassers» und «Widerständler» eingeteilt, entscheidende Fragen werden so zum vornherein ausgeklammert.

Dies wird bei Alice Meyer (*Anpassung oder Widerstand*, Frauenfeld 1965) und Walter Wolf (*Faschismus in der Schweiz*, Zürich 1969) besonders deutlich. Wolf kommt von seinem Ansatz her zu einer Frontenskala, die von «völlig ohne Bindung an das Ausland» bis zur «totalen finanziell-organisatorischen Abhängigkeit» reicht, wobei diese Skalierung implizite die Wertung von gut-schweizerisch-ungefährlich bis zu schlecht-ausländisch-subversiv miteinhält. Antidemokratisch-autoritäre Gruppen ohne Beziehungen zum Ausland (z. B. Bund für Volk und Heimat, eine Organisation des Grosskapitals) werden dadurch völlig verharmlost.

weise eingestellt, viele arbeitswillige Menschen verloren dadurch ihren Lebensunterhalt. Und jenen, die noch Arbeit hatten, versuchte das Kapital die Löhne zu kürzen. Das Kapital versuchte, auf Kosten der Werkstätigen seine internationale Konkurrenzfähigkeit zu bewahren.

Wie direkt der bürgerliche Staat in der Krise die Interessen des Kapitals vertrat, wurde dann besonders deutlich, als der Bundesrat - mit dem guten Beispiel vorangehend - 1932 die Löhne und Gehälter des Bundespersonals zu kürzen versuchte. In der Botschaft des Bundesrats hiess es dazu: «Das Schweizervolk wird voraussichtlich (...) genötigt sein, sich wieder grösserer Einfachheit zuzuwenden.» Die Arbeiterschaft ergriff gegen diesen Beschluss das Referendum, und das Volk verwarf 1933 den Antrag des Bundesrats klar. Bundesrat und Vertreter des Kapitals agitierten aber weiterhin dafür, dass die Krisenkosten durch Lohn- und Lebenskostenreduktion den Lohnabhängigen, Kleinhandlern und Teilen der Bauernschaft angelastet werden sollten. So der freisinnige Bundesrat Schulthess in einer Rede 1934: «Industrielle Kreise haben errechnet, dass, um die Konkurrenzfähigkeit der Schweiz etwelchermassen herzustellen, eine Senkung der Produktionskosten von 20 Prozent notwendig wäre.»

Die Löhne wurden denn tatsächlich gesenkt, die Krise dadurch aber nicht gemildert.

Bürgertum und Faschismus

Die faschistische Machtergreifung in Deutschland ist das Resultat eines Bündnisses zwischen Grosskapital und Kleinbürgerlicher faschistischer Massenbewegung. Das durch die Krise in eine Notlage gekommene Kapital versuchte, seine Stellung durch dieses Bündnis zu sichern und das herrschende System zu erhalten.

Wie in dieser Absicht auch die schweizerische Bourgeoisie eine Bündnispolitik mit den Fronten praktizierte, zeigt uns klar der «Kampf ums rote Zürich» 1933. Die schweizerischen Fronten, die als marginale Gruppen frustrierter Jungfreisinniger (Neue Front) und enttäuschter Kleinbürger (Nationale Front) schon einige Zeit, von der Universität Zürich ausgehend, gewirkt hatten, erhielten im Frühling 1933 im Zusammenhang mit der faschistischen Machtergreifung in Deutschland ver-

Direktinvestitionen in der Dritten Welt: Entwicklungshilfe oder Profitquelle? Seite 3

Staatsschutz privat Seite 5

Notizen zur Volksabstimmung über den Bildungsartikel Seite 6

Linksliberalismus: Zu kurz gegriffen (2. Teil) Seite 7

EWG: Die Herausforderung auf dem Bildungssektor aufnehmen... Seite 9

Luzern: Auf dem Wege zu einer Reformhochschule? Seite 13

Das nächste «konzept» erscheint Ende April.

Redaktionsschluss: 6. April

Offener Brief an das Schweizer Fernsehen

Geschichte à la XY

Als Vertreter der jüngeren Generation kennen wir die Zeit des Frontenfrühlings und des Zweiten Weltkrieges nicht aus eigener Erfahrung (und meist auch nicht aus der Schulgeschichte). Wir verfolgen deshalb mit grossem Interesse die Sendereihe «Die Schweiz im Krieg» von Werner Rings. Es ist uns nicht gleichgültig wie unsere jüngste Vergangenheit «bewältigt» wird. Denn die Art und Weise der «Bewältigung» hängt eng zusammen mit dem Selbstverständnis und dem Zustand der Schweiz 1973.

Soweit sich das nach drei von dreizehn Sendungen beurteilen lässt, enttäuscht Rings' Reihe vor allem aus zwei Gründen:

● Der Zugang zur Geschichte wird versperrt, wenn man sie auf eine Anhäufung von Fällen und auf ein Theater interessanter meist jedoch «interessloser» Personen reduziert. Wo Rings diese anekdotische Geschichtsbetrachtung à la «Aktzeichen XY» mit endlosen Tatortbegegnungen quasi telegen umsetzt, lenkt er mit Details ab, statt Fragen aufzuwerfen, statt Hintergründe und Zusammenhänge aufzuzeigen. Seine scheinbar objektiv-überparteiliche Faktensammlung ist kaum geeignet, die Auseinandersetzung über diesen wichtigen Abschnitt der Schweizer Geschichte zu befuchten.

● Rings' analytische Hilflosigkeit zeigt sich, wenn er den Frontenfrühling als «Springflut» und gar als «elementares Naturereignis» schildert. Er bedient sich bei der Darstellung der Vorkriegszeit - wie leider üblich - weitgehend der Kategorien «Anpassung oder Widerstand». Auf dem innenpolitischen Auge sieht er schlechter; die nicht anpassungswilligen «schweizerischen» Frontenbünde und deren Wurzeln in der politisch-wirtschaftlichen Situation

der Schweiz wurden zwar in der dritten Folge erwähnt, ebenfalls die Anfälligkeit bürgerlicher Landesparteien für faschistische Wirtschaftsprogramme. Diese positiven Ansätze wurden indes gleich wieder verdeckt: Am Schluss der dritten Folge dominierte bereits wieder die Dimension Landesverrat.

Als Vertreter der jungen Generation, deren Erwartung bislang enttäuscht wurde, schlagen wir vor:

- in einer späteren Sendereihe die Zeit zwischen dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg vor allem aus innenpolitischer Sicht darzustellen,
- in drei «Tatsachen-und-Meinungen»-Sendungen (die jeweils auf die Zweit- ausstrahlung von Rings' Sendung folgen) ergänzende Diskussionen mit Vertretern verschiedenen Alters und verschiedener Couleur durchzuführen.

Folgende Fragen bedürfen unbedingt einer kontroversen Behandlung aus innenpolitischer Sicht:

- 1. Bürgertum im Frontenfrühling: Listenverbindungen bürgerlicher Parteien mit Fronten, faschistische Tendenzen des Kapitals, korporationsstaatliche Vorstellungen katholisch-konservativer Politiker, die aus der politisch-wirtschaftlichen Situation entstandenen «schweizerischen» Fronten usw.
- 2. Linke im Frontenfrühling: Rolle der KPS, Weg der SPS von einer klassenkampfbefähigten zu einer staats- und armeebefähigten Partei, Gewerkschaften und Friedensabkommen usw.
- 3. Kriegsverschönte Schweiz: Ist es das alleinige Verdienst der Armee, dass die Schweiz in den Zweiten Weltkrieg nicht militärisch verwickelt wurde? Spielte die wirtschaftliche Verflechtung mit Hitler-Deutschland eine Rolle?

Redaktion «konzept»

den auf politischer und wirtschaftlicher Ebene. SP-Präsident Reinhard montierte am Parteitag 1935, «dass der Faschismus genau das wird, was wir ihn werden lassen». Aufgrund dieser Interpretation votierte die SP für eine breite Bündnispolitik mit den «Opfern der Krise», mit Angestellten, Bauern und Kleingewerblern.

Wirtschaftskrise und Politik der Arbeiterklasse

Wir gehen von der Annahme aus, dass das Verhältnis des Kapitals zum Faschismus auch von der Linken mitbestimmt wird (das heisst vom Ausmass ihrer Möglichkeiten, das herrschende Bürgertum zu bedrohen) und können so ihre Rolle und Funktion in der dreissiger Jahre zu bestimmen versuchen.

Eine revolutionäre Linke, die entschlossen und fähig gewesen wäre, die in Krise geratene bürgerliche Gesellschaft aus den Angeln zu heben, und damit das Kapital auch zu einem vermehrten Zusammengehen mit dem anti-

sonders krass sichtbar geworden waren, blieb eine Episode. Die Gewerkschaften kehrten schon in den frühen zwanziger Jahren zu ihrer pragmatischen und reformistischen Politik zurück. Die Kommunisten wurden durch permanente Säuberungen von der Gewerkschaftsbewegung ferngehalten. Die Ablehnung des Klassenkampfes 1927 und das Arbeitsprogramm 1934, in dem als Ziel für die Arbeiterschaft die Sicherung eines «möglichst hohen Anteils am Gesamtertrag der Volkswirtschaft» gesetzt wurde, bestätigten nur, was in der Praxis schon vollzogen war.

Auch die SPS kehrte trotz einem revolutionären Parteiprogramm (1920)

In 33 000 Nummern dieser Auflage, die nicht einzeln von Zürich aus per Post verschickt werden, liegt die «NZ am Wochenende» bei, die wir unsern Lesern zur kritischen Lektüre empfehlen möchten.

zur reformistischen Politik zurück. Nachdem 1921 der Beitritt zur kommunistischen («Dritten») Internationale infolge der «21 Bedingungen» abgelehnt wurde, trat die SPS 1926 wieder der reformistischen Zweiten Internationalen bei. Der endgültige Uebergang von der oppositionellen Klassenpartei zur integrierten, staatliche Verantwortung tragenden Volkspartei erfolgte in den dreissiger Jahren unter der Bedrohung des Faschismus von innen und aussen.

1935 revidierten die Sozialdemokraten, die als erste entschlossen den Kampf gegen den innern und äusseren Faschismus aufgenommen hatten, ihr Parteiprogramm. Auf die «Diktatur des Proletariats» als Mittel zur Erringung des Sozialismus wurde verzichtet, die Landesverteidigung wieder befürwortet. Die Notwendigkeit der Landesverteidigung wurde wie folgt begründet: «Weil die Arbeiterschaft nur kämpfen kann auf dem Boden der Demokratie, ist diese Demokratie es auch wert, verteidigt zu werden gegen ihre Angreifer von aussen» (Reinhard 1935).

Mit ihrer Politik erweiterten Gewerkschaften und Sozialdemokratie gleichzeitig ihre Bündnisfähigkeit zur Mitte hin und schufen die Voraussetzungen für ein Zusammengehen mit mittelständischen Gruppierungen. In der Kriseninitiative, die 1935 knapp verworfen wurde, kämpften Gewerkschaften, Angestelltenverbände, Jungbauern und Jungkatholiken zusammen für die In-

Ne. 1933 Sonntag, den 23. Sept. 1933 Nr. 40. September 1933

Fackelzug

Eidgenossen! Wir haben ein Ziel:
Unserer Stadt eine heimatliebende Regierung!

Eidgenossen! Als Wehrakt der vaterländischen Aktion fordern wir Sie auf, durch einen gemeinsamen Fackelzug den Siegesteil gegenüber dem internationalen Marxismus kundzutun zu bezeugen. Daran sollen nicht die vaterländischen Parteien, Fronten und Bünde teilnehmen, sondern wir hoffen, dass alle vaterländischen Vereinigungen uns unterstützen.

Jeder bekunde seine Heimatliebe durch persönliches Erscheinen am

Fackelzug, Samstag, den 23. September 1933

Sammelpunkte: Christlichsozialer Organisationen Spitze Uetli-Quatrich, 19.45 Uhr
Nationaler Front auf dem alten Töschelplatz, 19.45 Uhr
Eidgenössische Front und Bund für Volk und Heimat Messtrasse, Spitze Stadthaus, 19.45 Uhr
Alle übrigen Teilnehmer (ab organisiert oder nicht) Spitze Bodanndi Uetli, 19.45 Uhr

Prele der Fackeln: Fr. 1.- pro Stück

Prinzipale Partei	Christlichsozialer Partei	Evangelische Volkspartei	Bauern- und Bürgerpartei	Nationale Front
Bund für Volk und Heimat	Eidgenössische Front	Jungradikale Bewegung	Neue Schweiz	Union Civique Romande

Aufruf zu einer vaterländischen Kundgebung.

Zeit grösster ökonomischer Schwäche - durch seine relativ intakte Stellung in Staat und Gesellschaft garantiert.

Von den Sozialdemokraten wurde stets weniger ein Grosserfolg der Faschisten befürchtet als eine Faschisierung der bürgerlichen Parteien. Mit Faschisierung ist gemeint eine demokratiefeindliche Politik, die objektiv der Herrschaft des Kapitals dient und eine Schwächung der Arbeiterschaft beabsichtigt. Die organisierte Arbeiterschaft wehrte sich gegen diese Tendenzen in den bürgerlichen Parteien und Verbän-

sozialistischen Faschismus hätte verlangsamen können, fehlte in der Schweiz.

Die 1921 gegründete kommunistische Partei der Schweiz kam nach einigen Anfangserfolgen nicht über eine marginale Position hinaus. Sozialdemokratische Partei und Gewerkschaften waren von ihrer Tradition her nie revolutionär. Die Radikalisierung der Arbeiterbewegung zur Zeit des Ersten Weltkrieges - Ablehnung der Landesverteidigung durch die SPS 1917, Generalstreik 1918 - in einer Zeit, als die Widersprüche des kapitalistischen Systems be-



prenez la vie par le bon bout
avec une ...

GAULOISE

teressen der arbeitenden Bevölkerung. Auch später kooperierten Teile der Arbeiterklasse und des Mittelstandes in der «Richtlinienbewegung».

Die Entwicklung des Mittelstandes

Die sozio-ökonomische Entwicklung des Mittelstandes ist für den Erfolg der faschistischen Bewegung von zentraler Bedeutung. In der Schweiz nun gelang dem Faschismus offensichtlich keine grösseren Einbrüche in sein primäre Rekrutierungsfeld. Ein zur Zeit des «Frontenfrühlings» vom Gewerbe selbst gestarteter Versuch mit einer eigenen Front giedeh auch nicht weit: Die vom Berner Regierungs- und Nationalrat und Vizepräsident des Schweizerischen Gewerbeverbandes Fritz Joss gegründete «Neue Schweiz», die vor allem den Kampf gegen die «Gottlosen und Kulturbolschewisten» aufnehmen wollte, wurde bereits 1936 wieder aufgelöst.

Weil die Angehörigen der Mittelschichten sich – anders als in Deutschland – nur zum kleinen Teil von den schillernden Versprechungen der Faschisten anlocken liessen, konnte der Mittelstand vom Kapital auch nicht als ganzer gegen die Arbeiterklasse mobilisiert werden. Der Mittelstand blieb aufgespalten in verschiedene Gruppen, die je nach ökonomischer Lage und Bewusstsein ihre eigene Politik betrieben oder sich dem Kapital oder der Arbeiterbewegung (Kriseninitiative; Richtlinienbewegung; Angestellte, Jungbauern, Jungkatholiken) anschlossen.

Im Gegensatz zu Deutschland fand in der Schweiz in der Zwischenkriegszeit keine wesentliche Deklassierung des gewerblichen Mittelstandes statt. Die Zahl der Selbständigerwerbenden ging von 1920 bis 1941 – ohne Landwirtschaft – nur um knapp 19 000 zurück, sie stieg sogar zwischen 1930 und 1939 um 40 000.

Dem selbständigen gewerblichen Mittelstand gelang es, durch seine relative Geschlossenheit die Interessenvertretung frühzeitig und wirksam wahrzunehmen. Der 1879 gegründete Schweizerische Gewerbeverband blieb konkurrenzlos; es entstanden keine weiteren Organisationen, die eine Zersplitterung der Kräfte hervorgerufen hätten. Die 1910 institutionalisierte Eingliederung ins Vernehmlassungsverfahren garantierte das Mitbestimmungsrecht in Gewerbe- und Industriefragen. Daneben war der Mittelstand auch fest in den Bundesratsparteien (FP, BGB, KIK) verankert. In der Krise konnte er so seine Interessen über den Bundesrat und das Parlament wirksam wahrnehmen: Auf dem Vollmachtenweg erliess der Bundesrat zwischen 1932 und 1935 Schutzmassnahmen für die am meisten bedrohten Sektoren Hotellerie, Schuhhandel und -industrie, Detailhandel (Warenhausver-

bot) und Gewerblicher Kredit, dazu auch für die «Kleinindustriellen der Uhrenindustrie».

1936 wertete der Bundesrat den Franken um 30 Prozent ab. Die Lohn- und Preisreduktionspolitik des Kapitals hatte versagt, und der Staat tat jetzt das, was wohl den subjektiven Interessen vieler Einzelkapitalisten nicht entsprach, aber objektiv dem Gesamtkapital am meisten nützte. Er grlich die Interessen aus und sicherte damit die Herrschaft des Kapitals. Die Exportindustrie konnte sich in der Folge dank der Abwertung und wegen der beginnenden Aufrüstung wieder sanieren.

Das Friedensabkommen

Durch die Abwertung des Frankens war der «Lohnfranken» weniger wert geworden, und in 70 Betrieben der Metallindustrie standen Lohnverhandlungen bevor. Nachdem durch Bundesbeschluss das Eidgenössische Volksrechtsschlichtungsdepartement 1936 zum Schlichter über kollektive Lohnstreitigkeiten ernannt worden war, sahen Kapital und Arbeit ihre Tarifautonomie gefährdet. Diese Faktoren wirkten auf eine Einigung nach «Treu und Glauben» hin, zusammen mit andern Faktoren wie der Bedrohung durch den internationalen Faschismus, der Angst der Arbeiter vor der Arbeitslosigkeit und der Unternehmer vor verpassten Gewinnen bei möglichen Produktionsausfällen. So kam es 1937 in der schweizerischen Metallindustrie zum **Friedensabkommen** zwischen Kapitalisten und Arbeitern. Der Friedensvertrag ist eine Verfahrensordnung zur Beilegung von Meinungsverschiedenheiten. Im Zentrum steht der absolute Arbeitsfrieden, also Verzicht auf Streiks und Aussperrungen. Dieses Abkommen wurde möglich, nachdem die Krise die Ansprüche des Kapitals gemässigt hatte (1929 wurden Verträge mit Gewerkschaften noch abgelehnt). Die Gewerkschaften verkauften vorerst für zwei Jahre, später für fünf Jahre Dauer ihre «Streikwaffe» gegen bessere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen. Die Metallarbeitergewerkschaft und die Unternehmer bekamen ohne grössere Anstrengungen, was sie nach den langen Krisenjahren wünschten: **Vergleichsweise befriedigende Löhne die einen, gesicherte Profite die anderen.**

Hier wurden aber auch die Grundlagen gelegt für die Demobilisierung und Entpolitisierung der schweizerischen Arbeiterschaft. In der Nachkriegszeit wurde das Friedensabkommen zunehmend dogmatisiert und zum Credo der schweizerischen Gewerkschaften erhoben.

1929 hatte die SP erstmals Anspruch auf einen Bundesratsplatz erhoben. Erst die zunehmende politische und ideolo-

gische Integration in den bürgerlichen Staat in den dreissiger Jahren machte die Sozialdemokratie koalitionsfähig. 1943 erhielt die SP mit Ernst Nobs (ehemals Mitglied der Zimmerwalder Linken) ihren ersten Bundesrat. Die Fortsetzung und Verstärkung ihrer integrativen Politik in der Nachkriegszeit ermöglichte schliesslich der SP 1959 im Rahmen der Zaubersformel den Erwerb eines zweiten Bundesratsplatzes.

Die nationalstaatliche Integrationsideologie

Zum Schluss möchten wir noch kurz die Auswirkungen der sozio-ökonomischen und politischen Veränderungen der dreissiger Jahre auf die schweizerische Ideologie skizzieren. Zwei ideelle Konzepte prägten die Wandlung des herrschenden Gesellschafts- und Staatsverständnisses in Richtung einer volksstaatlichen Integrationsideologie entscheidend mit: **erstens** einmal konservativ-ständische Ordnungsmodelle, die infolge des durch die Krise aufgezeigten Ungenügens der kapitalistischen Ordnung eine Renaissance erfuhren und **zweitens** alteidgenössische Mythen und Traditionen, die zur Abwehr faschistischer Ideologen reaktiviert wurden.

Die Ideen der aus der Krise der Weimarer Republik hervorgegangenen «konservativen Revolution» – Ablehnung des liberalen Parlamentarismus, Befürwortung einer starken, autoritär-aristokratischen Führerschaft, Betonung nationaler Werte – fanden schon früh Eingang in den schweizerischen politischen Katholizismus.

Weitern Auftrieb erhielt der Konservatismus durch das in der Sozialenzyklopaedia «*Quadragesimo Anno*» von 1931 entwickelt, am italienischen Faschismus orientierte korporative Gesellschaftsmodell, das die Aussöhnung der Klassengegensätze in vertikal gegliederten Berufsständen postulierte.

Der konservativ-frontistische Vorstoss 1935 zur Totalrevision der schweizerischen Bundesverfassung im korporativen Sinne wurde zwar deutlich abgelehnt, dennoch fanden die Ideen des Ständestaats auch Eingang in weite Kreise des Bürgertums. **Vor allem der gewerbliche Mittelstand erhoffte sich von der Neuordnung der Wirtschaft einen Ausweg aus der Krise.**

Die Glorifizierung der eidgenössischen Vergangenheit, die Wiederbelebung urschweizerischer Hirtenmythen, die wissenschaftliche Rehabilitierung Tells usw. dienten vor allem dazu, den faschistischen Ordnungsvorstellungen ein in der schweizerischen Tradition verankertes Gesellschaftsideal entgegenzusetzen. **Interessant ist in diesem Zusammenhang vor allem, dass zum Teil auf gleiche Kategorien, wie sie auch die faschistische Ideologie verwendet, zurückgegriffen wurde (Heimat, Volk, gesunder Bauernstand; damit verbunden eine Ablehnung des Fremden; Reaktivierung nationaler Mythen und Sagen.**

Neben der Stärkung der Abwehrbereitschaft gegen den Faschismus hatte die entstehende volksstaatliche Integrationsideologie eine weitere wesentliche Funktion zu erfüllen: die Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems.

SSR-Sommerprogramm

Der «Investmentplan» kontra Inflation

Man kann es drehen, wie man will, eine Ferienreise ist in einem gewissen Sinne ein Investment, sei es nun in Bildung, Kenntnisse, Erfahrung oder sonst etwas. Somit publizierte der SSR seine «Investmentpläne». Warum also nicht, fragen wir uns, in diesen inflationären Zeiten die Sache beim Namen nennen und eben einen «Investmentplan» publizieren?

Max, unser Hofzeichner, hat uns eine Anzahl Investmenttips und wirtschaftspolitische Stichwörter illustriert, die SSR-Touren- und «Transportleute veruchen einmal mehr, nicht nur ein vielfältiges, sondern auch preislich und qualitativ günstiges Programm zusammenzustellen.

Mit 80 Seiten Umfang könnte man meinen, dass im SSR-Reiseland die Sonne nicht untergeht: In die östliche Richtung mit der Transsibirischen Eisenbahn von Zürich nach Yokohama für 1275 Fr., mit einem Direktflug der Balair für 1287 Fr. von Tokio via Bangkok nach Zürich zurück; in die westliche Richtung kannst du von Zürich nach Baranquilla (Venezuela) und retour für 1600 Fr. Zurück zum Osten oder zu jenen, die in Hinterindien für wenig Geld viel möchten: Die Tramptour durch Thailand, Malaysia und Singapur vom 11. 7. bis 8. 8. für 2200 Fr. (ex Zürich) entspricht dem, was der SSR unter Billigstreifen versteht. Vom 30. 7. bis 19. 8. führt der SSR eine Reise in die Länder, wo Breschnevs Doktrinen und Hanfgeväse blühen: Ueber Moskau, Buchara, Samarkand, Taschkent geht die Reise nach Kabul, der Hauptstadt Afghanistans, von wo eine siebentägige Landrover-Expedition auf der alten Seidenstrasse beginnt, via Moskau dann wieder nach Hause. Kostenpunkt 3465 Fr.

Gäbe es beim SSR nur solche «Tausenderreisen», wären die Geldbeutel der übrigen bald überhitzt, ergo haben wir unser Badeferienangebot dieses Jahr fast verdoppelt:

Akçay und Alanya an der kleinasiatischen Küste gehören schon dem «SSR-Badeferienestäblichments» an. Das Arrangement für 575 Fr. schliesst den Flug Istanbul retour, vier Tage Aufent-

halt in Istanbul und 10 Tage Aufenthalt in Akçay bzw. Alanya ein. Nebst dem Etablierten offeriert der SSR Badeferien für romantisch Progressive in Maslinica Jugoslawien. Maslinica ist eine romantische Burg auf einer Insel in der Nähe von Split. Einsamkeit, Pinienwälder und Händchenhalten, Flug hin und zurück, 14 Tage Vollpension sind für 495 Fr. inbegriffen. Die progressiv dynamischen Wassersportfreunde finden ihr Mekka in St-Forent auf Korsika: 14 Tage Vollpension, diverse Sportarten, Transport hin und zurück 495 Fr. (exklusive Elektrisch, da keines vorhanden). Ebenfalls neu sind die Badeferien auf Kreta. Eher für total Abgeschlafte gedacht, bieten sie den Komfort, der von manchen auf den SSR-Reisen vermisst wird. Inbegriffen im Preis von 865 Fr. sind: Flug Zürich-Heraklion retour, 14 Tage Halbpension, Zweierbugalov mit Veranda, eigener Dusche, WC, Telefon und Radio. Paros ist schon so etwas wie ein Geheimtip, Ruhe zum Beten, Schreiben, Leute kennenlernen (z.B. den Kitschmalen Nikos Katzourous), Schwimmen usw., 14 Tage 555 Fr., Flug Zürich-Athen retour, Halbpension.

Den Typen mit Schuhprofil sei die Araratexpedition empfohlen: 21 Tage 1330 Fr., oder eine Wanderung auf dem Königsweg im Norden Skandinaviens für 1485 Fr. oder zu Fuss durch die Toskana für 335 Fr. In die Oststaaten reisen ist nach wie vor fast nur in Gruppen möglich. Für 835 Fr. organisieren wir zum Beispiel folgende Reise: Flug Zürich-Moskau, zwei Tage Moskau, Bahnfahrt Moskau-Leningrad, drei Tage Leningrad, Flug Leningrad-Warschau, zwei Tage Warschau, Flug Warschau-Zürich.

Was weiss man über Südamerika? Dass irgendwann mal «El Condor Pasa» durch die Hitparade flog? Dass dort etwas offensichtlicher als anderswo mit dem Dreck am Stecken Politik betrieben wird? Vom 9. 7. bis 3. 8. führt der SSR für 2785 Fr. seine erste Südamerika-reise durch, um Peru und Bolivien zu besuchen, um Diverses zu sehen, naturfarben, nicht druckschwarz.

Auf eigene Faust sind die SSR-Städte-

konzept

Herausgegeben von der Redaktion des «Zürcher studentens», in Zusammenarbeit mit dem VSS.

Erscheint achtmal jährlich an allen Hochschulen, Technik und Lehrerseminaren der deutschen Schweiz sowie am Kiosk. Auflage 36 000.

Redaktion und Administration: Rämistrasse 66, CH-8001 Zürich, Schweiz; Telefon (01) 47 75 30. Postcheckkonto 80-35598. Redaktion: Pierre Freimüller, Rolf Nef, Thomas Rüst, Beat Schweingruber.

Die im «konzept» erscheinenden Artikel geben jeweils die Meinung des Verfassers wieder.

Abdruck von Artikeln nur nach vorheriger Absprache mit der Redaktion gestattet.

Inserate: Mosse-Annoncen AG, Limmatquai 94, CH-8023 Zürich, Tel. (01) 47 34 00, Telex 55 235.

Druck und Versand: Tages-Anzeiger, Postfach, 8021 Zürich; Telefon (01) 39 30 30.

Sowohl das korporative Modell wie auch das in der Tradition verankerte Staatsideal ideologisieren den Volksgedanken und verschleiern die Klassengegensätze durch deren «Aussöhnung» in der höheren Kategorie «staatliche Gemeinschaft». Der damit erreichte stabilisierende Effekt konnte so auch das herrschende Bürgertum über die von ihm verschuldete Krise hinwegzelen. Dies wurde insofern noch erleichtert, als die sozialistische Linke mit ihrer Bereitschaft, den bürgerlichen Staat zu verteidigen, auch dessen integrierende Ideologie zunehmend rezipierte.

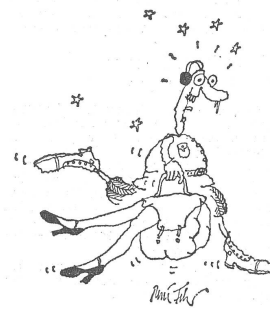
Hanspeter Messmer / Friedrich Schaller

reisen konzipiert: Inbegriffen sind Hin- und Rückreise (meistens per Flugzeug), sieben Uebernachtungen mit Frühstück: Paris 240 Fr., Athen 470 Fr., Rom 225 Fr., Prag 420 Fr. (Halbpension), London 250 Fr., Split 310 Fr., Amsterdam 305 Fr., Budapest 255 Fr., Wien 245 Fr.

Zum Schluss noch für die individuellen Reiser die SSR-Transportpreise. Flüge (nur für vollmatrikulierte Studenten und Mittelschüler), Preise einfach: Amsterdam 99 Fr., Athen 181 Fr., Barcelona 109 Fr., Dublin 148 Fr., Dubrovnik 156 Fr., Edinburgh 143 Fr., Helsinki 249 Fr., Heraklion (Kreta) 211 Fr., Istanbul 185 Fr., Kopenhagen 126 Fr., Korfu 193 Fr., London 107 Fr., Malta 193 Fr., Madrid 156 Fr., Oslo 205 Fr., Paris 75 Fr., Rom 88 Fr., Split 106 Fr., Stockholm 206 Fr., Wien 95 Fr., Tel Aviv 285 Fr., Bangkok 777 Fr., Tokio 1287 Fr., New York 550 Fr. (retour 780 Fr.), Südamerika 1600 Fr. (retour).

Züge: Amsterdam 70 Fr., Ancona 42 Fr., Barcelona 70 Fr., Budapest 54 Fr., Florenz 33 Fr., Frankfurt 33 Fr., Istanbul 120 Fr., Kopenhagen 100 Fr., London 88 Fr., Monaco 37 Fr., Paris 76 Fr. (retour), Rijeka 49 Fr., Rom 47 Fr., Stockholm 160 Fr., Venedig 33 Fr., Wien 45 Fr.

Verlange das neue SSR-Sommer-/Herbstprogramm 1973 «SSR kontra Inflation, Investmentplan 73» bei deiner Verkaufsstelle oder beim Hauptsitz, Leonhardstrasse 10, 8001 Zürich, Telefon (01) 47 30 00. (René Fehr, Cartoon)



P. S. Vergiss vor lauter Sommer den Frühling nicht. Verlange noch das Winter-/Frühlingsprogramm 1972/73.

SSR

konzept

Abonnent sucht Abonnentin

«konzept» – die Zeitung für kritische Leser, die engagierte Auseinandersetzungen nicht scheuen und die bereit sind, sich auch einmal durch fundierte und umfangreiche Analysen «durchzubissen».

Abonnement: Pro Jahrgang (8 Nummern) Fr. 8.–.

Jeder Leser, ob Abonnent oder nicht, der einen Abonnenten findet, erhält ein einjähriges Gratisabonnement.

Ich konnte folgende Person als Abonnenten gewinnen:

Name, Vorname: _____

Strasse: _____

PLZ, Ort: _____

Meine Adresse lautet:

Name, Vorname: _____

Strasse: _____

PLZ, Ort: _____

Ich bin schon Abonnent und wünsche, dass mein Abonnement gratis um ein Jahr verlängert wird.* / Ich bin Neuabonnent und wünsche ein Gratis-Abonnement für ein Jahr.*

* Nichtzutreffendes streichen.

Datum/Ort: _____

Unterschrift: _____

Einsenden an: Redaktion «konzept», Rämistrasse 66, 8001 Zürich

k 1/8 8.–

Konzentrationschwäche und Müdigkeit

in Schule, Studium und Beruf können mit Bio-Strath, dem modernen Schweizer Aufbaupräparat, erfolgreich bekämpft werden! Machen auch Sie einen Versuch – Sie werden begeistert sein.



BIO-STRATH

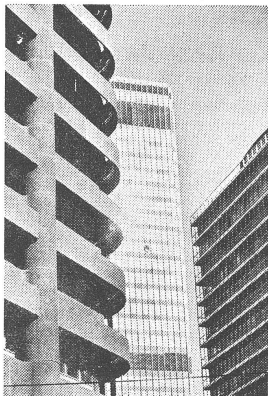
Aufbaupräparat auf Basis von plasmolyzierter Hefe und Wildpflanzen.

Entwicklungshilfe oder Profitquelle?

Zur Problematik von Direktinvestitionen in Entwicklungsländern

Ewige Gerechtigkeit ist ein schöner Traum, aber mit Moral baut man nicht einmal im Inlande Eisenbahnen. Hilferding

Zur Darstellung der wirtschaftlichen Lage eines bestimmten Landes bedient man sich in der Regel des Bruttoinlandsprodukts (BIP) oder des Pro-Kopf-Einkommens. Die Entwicklung wird somit an der entsprechenden Wachstumsrate gemessen. Dieser Tatsache erwächst eminente Bedeutung bei der Behandlung der Frage, ob ausländische Direktinvestitionen einen positiven Einfluss auf ein Entwicklungsland ausüben können. Meist kann zwar eine positive Korrelation zwischen Volumen und Intensität der Direktinvestitionen und der Wachstumsrate des BIP und dementsprechend des Pro-Kopf-Einkommens festgestellt werden. Daraus ist die Notwendigkeit der Direktinvestitionen für ein Entwicklungsland jedoch vorbehaltlich zu bejahen, wäre barem. Dass die Privatinvestitionen in Ländern der Dritten Welt zunehmen, hat seine Gründe, auf die im folgenden näher eingegangen wird. Dass das BIP der meisten Länder Jahr für Jahr wächst, hat seine anderen, darunter nicht zuletzt die Inflation. Daher ist das Pro-Kopf-Einkommen ein viel zu grober Indikator, weil es nicht sehr weit über den eigentlichen Lebensstandard aussagt, zudem sind die entsprechenden Statistiken nicht über alle Zweifel erhaben. Als weitere relevante Faktoren könnte man auch den Stahl- und Energiekonsum pro Kopf miteinbeziehen oder etwa den allgemeinen Bildungsgrad.



Von Entwicklung kann nicht die Rede sein... Örtstr in Kapstadt

lungsbilanzüberlegungen) werden auf diese Weise raffiniert umgangen.

- Neue Rohstoffquellen, dringend benötigt, werden erschlossen.
- Das Lohnniveau in den Entwicklungsländern ist naturgemäss erheblich tiefer als anderswo, folglich kann kostengünstiger produziert werden, und die Konkurrenzfähigkeit erhöht sich.
- Bodenpreise und Transportkosten sind erheblich günstiger.
- Die Investition in Entwicklungsländern ist für Grosskonzerne ein Wachstumsimpuls an sich, da sie die benötigten Kapitalgüter selbst bereitstellen können. Die Abhängigkeit der ersten verstärkt sich in demselben Mass.
- Eventuell ergeben sich Verwertungsmöglichkeiten für bereits amortisierte Patente.
- Das Gewissen wird beruhigt, indem man der Welt etwas von «Hilfe» verschwafelt.
- Es bestehen wesentliche steuerliche Vorteile.

Steuervorteile

Entwicklungsländer sind charakterisiert durch **drastische Ungleichheiten in der Einkommensverteilung**. Eine kleine Oberschicht, das politische Regime und die Grossen des lokalen Unternehmertums (meist ein und dieselben Kreise) heimsen den erklecklichen Teil des Sozialproduktes für sich ein. 6% der Bevölkerung verfügen über 79% des BIP in den Philippinen¹, in Brasilien 6% der Landesbesitzer über 94% des Bodens, in Südafrika 19% Weisse über 73% des BIP.² Die Herrscher des Landes in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht haben deshalb allen Grund, die Direktinvestitionen zu begrüssen, weil, falls überhaupt jemand, dann sie davon profitieren.

Das ausländische Kapital hat seinerseits allen Grund, das herrschende Regime zu unterstützen, da hinter den Investitionen erhebliche Werte stecken. Der ITT-Skandal in Chile hat dies wieder einmal mit aller Deutlichkeit bewiesen. Direktinvestitionen tragen folglich politischen Charakter, da sie einer politisch sauberen Lösung entgegenstehen (Umverteilung des Sozialproduktes). Drastische Beispiele sind Angola und Moçambique, Südafrika, Indonesien usw. Die Tendenz findet ihren Ursprung im Kolonialismus: Die Investitionslust ist grösser, das Risiko kleiner, wo konservative Regimes die Zügel fest in den Händen halten. Westliche Unternehmen werden zu sozialen und politischen Reaktionen durch die Unterstützung von diktatorischen Regimes aus purem Eigennutz.

Das herrschende Regime hat, wie gezeigt, alles Interesse an ausländischem Kapital. Nur zu natürlich, dass es mit allen möglichen und unmöglichen Mitteln versucht, den Fluss der Direktinvestitionen ins eigene Land zu vergrössern, obwohl erwiesenermassen Steuerkonzessionen keinen Einfluss auf den Totalbetrag der Privatinvestitionen, sondern höchstens auf dessen Verteilung auf die einzelnen Länder ausüben.⁶ Einige dieser Mittel sind:

- Steuerferien (Steuerbefreiung für eine Startperiode, zum Beispiel bis zu 5 Jahren in Indonesien)⁷
- Beschleunigte Abschreibung (Verminderung des steuerbaren Profits)
- Entwicklungsrabatte (in Prozenten der Gewinnsteuer)
- Uebertragungsmöglichkeiten von Verlusten aufs nächste Jahr
- Befreiung der ausländischen Manager von der Einkommenssteuer (bei Höchstlöhnen)
- Konzessionen bei Importzöllen
- Verzicht auf Gewinnausschüttungspflicht
- Erlaubnis zur Bildung von steuer-

freien Rücklagen für zukünftige Investitionen

Mit allen Mitteln wird versucht, Konkurrenzländern die Direktinvestitionen streitig zu machen. Der Profit göttlicher «Aktionen» fliesst in die privaten Taschen der herrschenden Klasse, für das Volk bleibt nichts. Schlimmer, es leidet darunter, da die erwählten steuerrechtlichen Erleichterungen nur ungenügende Mittel für die Gemeinschaftsausgaben (Infrastruktur, Bildung) übriglassen.

Zum Gewinntransfer

Wo trotz den beschriebenen Steuererleichterungen noch sichtbare Gewinne entstehen, bieten sich den Grossunternehmen genügend Möglichkeiten, diese zu vertuschen. Einerseits verfügen sie über das Know-how, die Gewinne möglichst klein erscheinen zu lassen. Tricks, die sich in den westlichen Ländern bewähren (Rücklagen, stille Reserven durch buchmässige Ueberbewertungen der investierten Kapitalwerte und der Produktionsfaktoren Arbeit und Rohstoffe), können in einem Entwicklungsland bedeutend riskanter angewendet werden. Zudem bietet die allgemein verbreitete Korruption immer Notventile. Wird es jedoch unumgänglich, Gewinne auszuweisen, so werden sie schamlos in steuerechnisch günstigere Länder transferiert. Dies mittels Import- und Exportgeschäften zu fiktiven, unverhältnismässig hohen respektive niedrigen Preisen via eigene Tochtergesellschaften. Auch bleiben Möglichkeiten offen, Gewinne durch eigene Versicherungs- und Transportgesellschaften zu transferieren.

Mit derartigen Manipulationen demaskieren sich die kapitalistischen Länder: dies ist Ausbeutung in Reinkultur, Vorenthaltung eines Teils des geschuldeten Anteils des Entwicklungslandes an den geförderten Rohstoffen, an der bereitgestellten Infrastruktur. Dass es jedoch in extenso geschieht, beweisen folgende Zahlen: 1960-1966 wurden von den USA 2,7 Mrd. \$ in Lateinamerika investiert. Die Rückflüsse betragen 8,3 Mrd. \$, die Rückflüsse in die USA aus den Entwick-



... solange es nur den einen auf Kosten der anderen besser geht. Slums von Woodstock bei Kapstadt

lungsländern liegen bedeutend über dem Durchschnitt derjenigen aus allen amerikanischen Auslandsinvestitionen. In Kanada wurden 1963 an US-Kapital insgesamt 10,4 Mrd. \$ investiert, die transferierten Gewinne betragen 476 Mio. \$. Die Zahlen für Europa lauten 109,340 Mio. \$ und 526 Mio. \$. Demgegenüber wurden in Lateinamerika nur 8662 Mio. \$ und in Asien gar nur 2793 Mio. \$ investiert, aber 801 respektive 1017 Mio. \$ erbeutet.¹² Sweeney hat gezeigt, dass sich die US-Direktinvestitionen zu einem Drittel auf die Länder der Dritten Welt, zu zwei Dritteln auf den Westen erstrecken, dass sich aber die Rückflüsse umgekehrt verhalten.⁵

Rechtfertigungen . . .

Direktinvestitionen werden von den Industrieländern als Entwicklungshilfe bezeichnet, obwohl, wie gezeigt, der Masse dadurch nicht geholfen wird. Das Monopolkapital zieht einen angelegenen Nutzen daraus, der Entwicklungseffekt ist jedoch alles andere als bewiesen. Zur Rechtfertigung werden üblicherweise folgende Punkte aufgeführt:⁹

- Die zu entwickelnden Nationen bemühen sich selbst um Direktinvestitionen.
- Direktinvestitionen schaffen Arbeitsplätze und verhelfen breiten Kreisen zu einem regelmässigen Einkommen.
- Sie wirken stimulierend auf Handel und Gewerbe.
- Sie heben den Lebensstandard und erhöhen dadurch die Steuereinkünfte des Staates.
- Sie helfen mit im Bestreben, die In-

frastruktur des Landes zu verbessern und die Bevölkerung zu bilden.

... für den grossen Bluff

Warum sich die Entwicklungsländer (besser gesagt: deren herrschende Klasse) um Investitionsgelder bemühen, haben wir bereits hinreichend kommentiert. Die Festigung der bestehenden Machtstrukturen oder die Bereicherung der herrschenden Clique als Zielsetzung zu bezeichnen wäre Vermessenseh.

Entwicklungseffekt im eigentlichen Sinne entsteht nicht aus Direktinvestitionen. Die Schaffung von Arbeitsplätzen geschieht lokal und meist in der Nähe bestehender Zentren (wo die Infrastruktur bereits vorhanden ist). Nicht nur, dass daraus dem Grossteil der Bevölkerung kein Nutzen erwächst, schlimmer, die Landbevölkerung wird dadurch veranlasst, ihre halbwegs gesicherte Existenz aufzugeben, und emigriert in die Grossstädte. So entstehen die Slums am Rand der Metropolen vegetieren. Investition in Bergbau- und Erdölsektor - die den Löwenanteil der US-Direktinvestitionen in Asien und Lateinamerika darstellen - sind zudem sehr kapitalintensiv und führen nicht zur Anstellung vieler Arbeitskräfte. Ueber die negativen Auswirkungen für die lokale Industrialisierung - einheimische Unternehmen werden von den fremden Giganten geradezu erdrückt - werden allfällige positive Wirkungen wieder zu nichts gemacht. Die Investitionsgüter selbst werden meist aus den industrialisierten Ländern importiert, damit fällt ein Anreiz zur zusätzlichen Beschäftigung dahin.

Das immer wieder vorgebrachte Argument von gesicherten Einkommen wird bereits teilweise durch die vorangegangenen Ueberlegungen widerlegt. Es profitiert nur ein minimaler Teil der Gesamtbevölkerung. Zudem sind die Löhne ausserordentlich niedrig, und das ausländische Kapital passt sich dem herrschenden Niveau mit Freuden an. Es profitiert und nicht der Arbeiter. Es wird kostengünstiger produziert, die internationale Konkurrenzfähigkeit erhöht sich. Oft besteht auch für die Firma ein Zwang, sich in unterentwick-

vom Westen übernommen werden. Dies wirkt ja auch noch etwas ab... Normalerweise werden Rohstoffe und Halbfabrikate exportiert, da dies die Investoren günstiger zu stehen kommt, also kann sich keine eigentliche verarbeitende Industrie bilden.

Da der Lebensstandard eines Volkes von der Beschäftigungslage und der Einkommenshöhe abhängig ist und die Analyse dieser Punkte keine positiven Resultate zeigt, kann er nicht mit Direktinvestitionen gehoben werden. Ebenso fehlen die positiven Auswirkungen auf die Steuereinnahmen. Die Verbesserung der Infrastruktur wird selbst von Befürwortern der Direktinvestitionen angezweifelt.¹³ Generell ist zu sagen, dass Ausgaben für Infrastruktur immer den momentanen Interessen der ausländischen Firmen dienen und daher von allfälligen nationalen Planungen abweichen. Es werden lokale Zentren rund um die Produktionsstätten mit infrastrukturellen Netzen umgeben, die der Produktion, nicht den Bedürfnissen der Nation geschweige des einzelnen Bürgers dienen. Dies gilt für Strassen,

WIRTSCHAFT

Energie- und Kommunikationsnetze wie auch für Bildungsstätten.

Bildungsmisere

Die Vermittlung von Bildung und Know-how muss ausbleiben, wenn, wie dies meist der Fall ist, die leitenden Angestellten im Mutterland rekrutiert werden. Die Bildungsinvestitionen des Monopolkapitals beschränken sich folglich auf die niedere Stufe. Auch dort sind sie, sofern überhaupt vorhanden, so konzipiert, dass sie vorerst den Bedürfnissen der Firmen und nicht der Bevölkerung gerecht werden. Elementarschulen werden höchstens noch von Missionen errichtet. Es liegt auf der Hand, warum Grossfirmen generell nicht an einer umfassenden Bildung interessiert sind: Erziehung im eigentlichen und wirtschaftlichen Sinne zieht einen Sensibilisierungsprozess nach sich, die herrschenden Machtverhältnisse würden gefährdet. Ganz krass stellt sich dieser Aspekt in Südafrika zur Schau.

Die anhaltende Misere lässt sich unter anderem stark auf die mangelnde Bildung zurückführen. Myrdal zeigte eine Korrelation zwischen Bildungsquote und wirtschaftlicher Entwicklung auf.¹⁴ Die Massenausbildung auf der Grundschulstufe wird von den Regierungen und ausländischem Kapital bewusst - und aus denselben Gründen (Sensibilisierung - blockiert. Die Universitäts-Outs sind teilweise überproportional, die Züchtung von konformen, unkritischen Managern ist ein Hauptziel. Dies führt - nebenbei gesagt - zu ausgesprochenen Verzerrungen auf dem Arbeitsmarkt: Ein Ueberangebot an nutzlosen Philologen, Juristen und Sozialwissenschaftlern steht einem Mangel an Ingenieuren, Landwirtschaftsexperten, Technikern, Aerzten und Lehrern gegenüber.

Fazit

Die hier vorgebrachten Ueberlegungen lassen nur einen Schluss zu: Privatinvestitionen tragen höchstens selten zu einer geordneten Entwicklung der Länder der Dritten Welt bei. Im Normalfall dürfte es sich vielmehr umgekehrt verhalten: ein hemmender Einfluss auf die eigene Industrialisation, auf die Höhe der Steuereinnahmen und die Stabilisierung und Unterstützung einer korrupten Regierung werfen das Land bezüglich seiner Entwicklungsanstrengungen um Jahre zurück. Vermessen ist es, da noch von «Hilfe» zu sprechen.

Richard Ritter, St. Gallen

Privatinvestitionen für Privatprofite

Das grundlegende Motiv aller Privatinvestitionen ist das Profitstreben. Wir stehen vor der Tatsache, dass sich das Monopolkapital keine weiteren Investitionen in den monopolisierten Industriezweigen im eigenen Land mehr leisten kann, da die Grenzprofite niedrig oder gar negativ ist. Es werden folglich in Entwicklungsländern Zweigfabriken eröffnet, die verschiedenen Interessen bestens dienen:

- Die Investitionen werden vom betriebswirtschaftlichen Standpunkt her am günstigsten plaziert.
- Neue Absatzmärkte werden erschlossen, wenn eventuell gewisse Marktsättigungen auftreten.
- Importrestriktionen von seiten der Entwicklungsländer (etwa aus Zah-

Anmerkungen

- 1 Vgl. Myrdal G., Politisches Manifest über die Armut in der Welt, Frankfurt 1970.
- 2 Vgl. Jalie P., Die Dritte Welt in der Weltwirtschaft, Frankfurt 1969.
- 3 Vgl. Sweeney P., Die Zukunft des Kapitalismus, Frankfurt 1970.
- 4 Zahl aus einer unveröffentlichten Studie von Borge H., Manila 1971.
- 5 Vgl. Strahm R., Industrieländer - Entwicklungsländer, Frankfurt 1972.
- 6 Vgl. Kaldor N., Role of Taxation in Economic Development, London 1964, und Myrdal G., Asian Drama, New York 1968.
- 7 Vgl. Schlereth E./Blinang B., Indonesien - Analyse eines Missikers, Frankfurt 1970.
- 8 Vgl. Sweeney P./Baran P., Monopoly Capital, Harmondsworth 1970.
- 9 Vgl. Schneider K. (Nestlé), Die Bedeutung der Privatinvestitionen in der Dritten Welt, NZZ 294, 26. 10. 1972.
- 10 Vgl. Krummacker H., Volkswagen da Brasilien, in: Blätter des Arbeitszentrums Dritte Welt, Freiburg i. Br., Nr. 3, März 1971.
- 11 Vgl. Baran P., Politische Ökonomie und wirtschaftliches Wachstum, Berlin 1966.

Zürichs grösste Auswahl

Toili Tschilms i jeder Form poschtet me bim Willy Korn

Jeans-Shop beim Poly
Sonneggstrasse 21 8006 Zürich

Gratisanpassung
Legi 5% Rabatt

Auswahlen in die ganze Schweiz

Stellen Temporär- und Dauer-Stellen

Heilpädagogische Vereinigung Rheintal

Wir suchen auf kommendes Frühjahr (Schulbeginn 23. April 1973) für unsere Heilpädagogische Tages-schule Heerbrugg

zwei Lehrkräfte

wenn möglich mit heilpädagogischer Ausbildung (kann eventuell in berufsbegleitenden Kursen erlernt werden).

Gut eingerichtetes Schulhaus, angenehmes Arbeitsklima, 28 Wochenpflichtstunden, kleine Gruppen (sechs bis acht Kinder).

Gehalt: das gesetzliche, plus Orts- und Sonderschulzulage.

Anmeldungen sind erbeten an den Präsidenten der Heilpädagogischen Vereinigung Rheintal, Lehrer Louis Kessely, 9435 Heerbrugg, Tel. (071) 72 23 44 oder (071) 72 23 37.



Unsere Gemeindegemeinschaft sucht

1 Sekundarlehrer(in)

sprachlich-historischer Richtung und

1 Primarlehrer(in)

Eintritt Mitte Mai 1973.

Auskunft erteilen gerne Sekundarlehrer Berger und Danuser oder der Schulrat.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen sind zu richten an:

DR. K. HERWIG, 7050 AROSA.

Für die neu geschaffene Dokumentationsstelle innerhalb der Anzeigenabteilung unseres Verlages suchen wir auf das Frühjahr 1973

junge Dame oder Herrn

mit Volkswirtschaftsstudium und Freude an der Organisation.

Aufgabenbereich:

- Redaktionelle Betreuung des wöchentlichen Informations-Bulletins der Abteilung
- Verfassen von Branchenberichten
- Ausbau der Dokumentationsstelle zur zentralen Informationsstelle innerhalb der Abteilung
- Lesen und Auswerten von Fach- und Wirtschaftszeit-schriften und wichtigen Tageszeitungen
- Zusammenstellen von gezielten Dokumentationen für die Anzeigen-Leitung, Anzeigen-Planung und für die Verkaufsberater.

Wir bieten:

- Selbständigkeit und Verantwortung
- Leistungsgerechten Lohn und zeitgemässe Sozial-leistungen
- Betriebseigene Kantine.

Gerne erwarten wir Ihre Bewerbung oder Ihren Anruf.

RINGIER & CO AG, Anzeigen Abteilung, 4800 Zofingen.
Telephon 062/51 01 01 (Hr. Christoph Ringier oder Hr. W. Gerber).

Im Zuge des weiteren Ausbaus sucht das IFK Institut für Kommunikationsforschung zur Ergänzung seines For-schungsteams wissenschaftliche Mitarbeiter:

Psychologen

mit Kenntnissen und Erfahrungen im Bereiche der

empirischen Sozialforschung

so in Meinungs-, Motiv- und Medienforschung.

Wir erwarten von Ihnen fundierte Sach- und Methoden-kennntnisse, damit Sie selbständig Projekte bearbeiten und leiten können.

Wir bieten Ihnen eine vielseitige und ausbaufähige For-schungstätigkeit, die von Ihnen Tatkräft und Bereitschaft zur Zusammenarbeit verlangt.

IFK Institut für Kommunikationsforschung
Dr. Thomas N. Stemmlé
Dufourstrasse 179, 8008 Zürich
Telefon 01 / 55 05 88



Kanton Basel-Landschaft

Die Realschule Gelterkinden
sucht auf Frühjahr 1973

1 Reallehrer(in) phil. I

wenn möglich mit Französisch

1 Reallehrer(in)

beliebige Fächerkombination

Es ist auch die Uebernahme von einem oder zwei Teilpensen möglich.

Gelterkinden: Zentrum des Oberbaselbiets, vorzügliches Klima, gute Schu-lungsmöglichkeiten (Gymnasium und Seminar Liestal, Universität Basel), gute Verkehrs-lage, neues Hallen-Freibad.

Unsere Schule: 16 Klassen, 6.-9. Schuljahr, Anschluss an Gymnasium etc. oder Abschluss, modernes Schulhaus in schöner Lage mit Neubau zur Er-weiterung, sehr stabile Schulverhältnisse.

Besoldung kantonal neu geregelt. 27 Pflichtstunden. Auswärtige Dienstjahre werden angerechnet. Verlangt werden mindestens 6 Hochschulsemester.

Auskünfte über den Schulbetrieb erteilt Ihnen der Rektor der Realschule, Herr Hans Wullschlegler-Jenzer, Föhrenweg 6, 4460 Gelterkinden, Telephon 061/99 17 12.

Gerne erwarten wir Ihre Anmeldung mit den üblichen Unterlagen möglichst bald an den Präsidenten der Realschulpflege, Herrn H. Pfister-Husmann, Berufsberater, im Baumgärtli 4, 4460 Gelterkinden.

Schulgemeinde Horgen

Auf den Beginn des neuen Schuljahres im Frühling 1973 sind an unserer Schule neu zu besetzen:

- 3 Lehrstellen an der Realschule
- 1 Lehrstelle an der Oberschule
- 2 Lehrstellen für die Sonderklassen B Unter- und Mittelstufe

Die Besoldung entspricht den kantonalen Höchstansätzen. Auswärtige Dienstjahre werden angerechnet. Die Lehrkräfte sind bei der kantonalen Beamtenversicherungskasse versichert.

Ferner suchen wir eine Lehrkraft für eine

- Uebergangsklasse für fremdsprachige Kinder der Mittel- und Oberstufe.

Mit dieser Klasse setzt sich die Schulpflege das Ziel, den Ausländer-kindern durch intensiven Deutschunterricht — während einer Ueber-gangsperiode von 6 bis 12 Monaten — den Anschluss an eine Normal-klasse zu ermöglichen. Für den Lehrer oder die Lehrerin sind daher sehr gute Italienischkenntnisse Voraussetzung. In die Uebergangsklasse sollen in 2 Abteilungen total höchstens 20 Schüler aufgenommen werden. Die Besoldung entspricht der Ausbildung des Bewerbers (Primar- oder Oberstufe). Bei der Festsetzung der anrechenbaren Dienstjahre wird die Ausbildung und die bisherige Tätigkeit des Bewerbers berücksichtigt. Der Stelleninhaber kann bei der kantonalen Beamtenversicherungskasse versichert werden. Die Bewerbung um diese Stelle steht auch auslän-dischen Interessenten offen.

Bewerber werden gebeten, ihre Anmeldung mit den üblichen Unter-lagen an das Schulsekretariat Horgen, Gemeindehaus, 8810 Horgen, zu richten.

Schulpflege Horgen

Stark expandierendes, in 14 Ländern Europas tätiges Schweizer Unternehmen auf dem Gebiet der Weiterbildung mit Stammhaus in Zürich sucht zu rasch-möglichstem Eintritt

Leiter der Schulabteilung in Italien auf Direktionsbasis

Geschäftssitz in Como. Wohnsitz in Italien nicht erforderlich.

Wir erwarten: Pädagogische Grundausbildung. Ausgesprochenes Organisationstalent. Befähigung, eine bereits bestehende Schulorganisation weiter auf- und auszu-bauen. Freude an reger, instruktiver Reisetätigkeit in ganz Italien, Verhand-lungsgeschick. Beherrschung der deutschen und italienischen Sprache in Wort und Schrift. Idealerweise zirka 30 Jahre.

Wir bieten: Ausbaufähige Lebensexistenz. Den Anforderungen entsprechend hohes Salär. Gründliche Einführung in Zürich. Ständige Unterstützung durch das Schweizer Stammhaus. Enge Zusammenarbeit mit Verkaufs- u. kaufmännischer Direktion.

Interessenten, welche den hohen Anforderungen dieser verantwortungsvollen Aufgabe gewachsen sind, wenden sich an:

Typomatic Holding AG
Stampfenbachstrasse 61, 8035 Zürich.
Telephon 01 / 28 94 97



Haben Sie Interesse am Auf- und Ausbau einer EDV-Abteilung und der Prozesssteuerung?

Sind Sie junger ETH-Absolvent mit passender Studien-richtung und wünschen Sie sich eine intensive Weiter-bildung?

Wenn Sie diese Fragen mit JA beantworten, können wir Ihnen einen äusserst interessanten, selbständigen und lehrreichen Arbeitsplatz anbieten.

Wir suchen nämlich einen

Abteilungsleiter

für EDV-Prozesssteuerung und allgemeine EDV-Anwendung

der unsere Aufgaben nach Einarbeitung selbständig und dynamisch löst, wozu ihm eine moderne und leistungsfähige EDV-Anlage zur Verfügung steht.

Unser neuer Mitarbeiter soll sich neben dem Betrieb der Anlage im besonderen der Entwicklung von Prozessüberwachung und Prozesssteuerung widmen. Wir wünschen ihn uns aufgeschlos-sen, beweglich und fähig.

Wir sind eine führende Unternehmung der kunststoffverarbeiten-den Industrie von mittlerer Grösse mit Standort in Lenzburg. Ihr Anruf in unserer Verkaufsorganisation in Zürich, Telephon (01) 27 21 33 (Sachbearbeiter K. Mäder), oder ein Schreiben würde uns freuen.

SYMALIT AG, 5600 Lenzburg

Studenten arbeiten als Securitas-Wächter

Einsatzmöglichkeiten:

Nebenbeschäftigung im stundenweisen Einsatz an Veranstaltungen aller Art.

Nebenbeschäftigung während einzelner Nächte über längere Zeit.

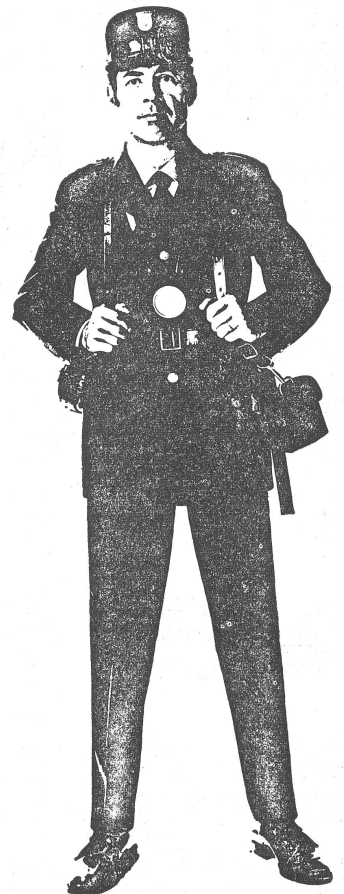
Vollbeschäftigung als Nachtwächter während mindestens vier Wochen.

Kurzfristige Vollbeschäftigung im Ordnungs- und Kontrolldienst an Ausstellungen.

Unser Personalchef orientiert Sie gerne über unsere Anstellungsbedingungen.

SECURITAS AG
Schweizerische Bewachungsgesellschaft
Filiale Zürich Militärstrasse 24
8021 Zürich, Telefon (01) 39 33 11
(auch zuständig für Baden, Brugg, Rapperswil und Uster)

Filiale Luzern, Hirschenmattstr. 25
6000 Luzern, (041) 22 42 66
(auch zuständig für Glarus, Zug, Aarau und Olten)



Zehn Punkte zu zehn Porträts:

Staatschutz privat

Nicht nur Bundesanwalt und Polit-Polizei schützen die Schweiz (siehe Januar-konzept). Auch Private steigen zum Wohle einer antiozialistischen-prokapitalistischen Eigengeschenschaft auf Barrikaden. Rechte Hilfstuppen von bezahlten Werbebüros bis zu überzeugten Staatsbürgern führen einen «Klassenkampf von oben» – mit Zeitschriften, Vorträgen, Public Relations oder auch Spitzeln. Dieser rechte «Hintergrund» verfügt im Gegensatz zum linken «Untergrund» über gesellschaftliche Macht.

1. Die untenstehenden Porträts berücksichtigen einige Hilfstuppen, nicht aber die eigentlichen Machttäger des politisch-wirtschaftlichen Systems Schweiz: die als Bürgerblock agierenden Rechtsparteien und die mächtigen Spitzenverbände des Kapitals (der Vorort des Schweizerischen Handels- und Industrievereins, der Zentralverband der Arbeitgeberorganisationen und der Gewerbeverband). Es fehlen auch die Gruppen, denen zum Teil bloss Kuriositätswert zukommt: die Pro Veritate, die seit 1971 mit Unterstützung einiger Nationalräte für entsenke und «christlich beeinflusste» Massenmedien sowie für die «von Gott gegebene Sittenordnung» kämpft; die 1956 zur «Erhaltung der schweizerischen Demokratie» und zum «Schutz gegen fremde, staatsgefährdende Ideologien» gegründete Pro Libertate; die einer «christlich-abendländischen Weltordnung» nachtrauernde Wilhelm-Röpke-Gesellschaft; Pfarrer Wurmbrands Märtyrerkirche mit Sitz bei Thun; Herrn Rahms Hallauer Memopress; oder das von den Initiatoren der Schweizerischen Studenten-Zeitung bis vor einem Jahr herausgegebene «Abendland», das zu Lebzeiten für den Fall eines PdA-Wahlsieges «einer Minderheit (z.B. SOG) das Recht, ja die Pflicht» zuspricht, «eine Machtübernahme der Kommunisten gewaltsam zu verhindern».

2. Die hier knapp porträtierten Handlanger der formaldemokratisch abgescherten kapitalistischen Gesellschaft sind auf einem oder auf beiden der folgenden Gebiete tätig: Eingreifen in

konkrete politische Entscheidungsprozesse (Vernehmlassung, Gesetzgebung, Abstimmung, Wahlen) und permanenten Verbreiten von Ideologie, als von Informationen, die das herrschende System verteidigen oder rechtfertigen. Insgesamt sorgen die Gruppen dafür, dass die Ansichten der Herrschenden die herrschenden Normen bleiben.

3. Die in der Öffentlichkeitsarbeit tätigen Organisationen wenden sich an unterschiedliche Zielgruppen. Während Organisationen wie SAD und IPZ auf Personen mit Multiplikatorwirkung (Politiker, Lehrer, Instruktoren, Journalisten, Kaderleute der Privatwirtschaft), ist das Zielpublikum anderer Gruppen unbegrenzt. Beispiele: Diskussionsforum, Allgemeines Schweizerische Militärschrift, Trumpf Buur und vor allem die spk (Devise: «Die bürgerliche Politik positiv beleuchten und die negativen Seiten der sozialistischen Staatswirtschaft kommentieren»).

4. Will man die Dienstleistungsbetriebe der Herrschenden einordnen, so erweisen sich folgende Testfragen als nützlich: Arbeiten sie mit staatlichen (z.B. militärischen) Stellen zusammen? Handeln sie im Auftrag gesellschaftlicher Machttäger? Sind sie als autonome Gruppen überzeugter Staatsbürger – jedoch objektiv im Dienste der Herrschenden – tätig? Handelt es sich um fanatische Eiferer ohne grosse Wirkung?

5. Ueber die verbreiteten Doppelmittelschichten hinaus arbeiten einzelne der selbständig operierenden Gruppen

seit Jahren eng zusammen (oder aus taktischen Gründen getrennt und arbeitsteilig). Die spk-Spitzen treffen sich wöchentlich mit Vertretern von Vorort und wF zu Koordinationssitzungen. Das Redressement strebt eine wirksame Zusammenarbeit mit anderen «Widerstandsbewegungen» an (zu denen bereits jetzt regelmäßige Kontakte bestehen). Es möchte zusammen mit wF, SAD, SOI, AFD und VFWW eine Vereinigung für korrekte oder saubere Informationen gründen. «Wir haben deshalb vor sechs Monaten mit den wichtigsten Widerstandsorganisationen Besprechungen durchgeführt», ist im mittlerweile berühmten Protokoll der RN-Ausschusssitzung vom 12. Januar 1972 nachzulesen. «Es wurde dabei festgestellt, dass die Bekämpfung der Subversion und Disinformation ungenügend ist und dass bis jetzt im Zusammenhang mit der Zuteilung von gewissen Geldern seitens der wF an diese Organisationen eine Koordination in eher bloss restriktiver Art betrieben wurde. Heute ist die Zeit gekommen, wo wir offensiv koordinieren müssen.»

6. Die meisten privaten Staatschutzvereinigungen wurden in vier Schüben geboren: im Frontenfrühling der dreissiger Jahre und im Zweiten Weltkrieg (RN, wF), zu Beginn des kalten Kriegs nach 1945 (SAD, SOI, Trumpf Buur), nach der russischen Intervention in Ungarn 1956 (Heer und Haus, intern-informations, Pro Libertate) und in den sechziger Jahren (IPZ, Aktion für Menschenrechte), die gekennzeichnet waren durch das Abklingen des kalten Krieges und durch die Jugendrebellion. Der erste und der vierte Schub erklären sich eindeutig aus der innenpolitischen Konstellation. Ob auch beim dritten und beim vierten Schub die aussenpolitischen Ereignisse bloss willkommenen Anlässe für Antiliskampagnen im eigenen Land abgaben, müsste eine Analyse des Verhältnisses zwischen Kapital und Arbeit in diesen Jahren zeigen. Sind die Gründungen Symptom der Erstarrung oder der Gärung?

7. Die Aktivität der Gruppen profitiert von der jahrzehntlang gehätschelten

Schweizertümelei: Landi 1939, kalter Krieg und Restauration, geistige Landesverteidigung, Zivilverteidigungsbuch usw. Gemeinsam ist dieser selbstgefälligen Tradition die Ganzheitsideologie; die Betonung des volksverbindenden Ganzen vor den trennenden Interessensgegensätzen. Erstaunlich und einer näheren Untersuchung wert ist die Gradlinigkeit mit der das Redressement vor, während und nach dem Zweiten Weltkrieg unter jeweils veränderten Bedingungen gegen den Sozialismus und für das Privateigentum kämpfte.

8. Das lange Zeit erfolgreiche Wirken der staats- und systemhaltenden Gruppen zeugt vom desolaten Zustand der schweizerischen Linken, die die antiozialistischen Kampagnen (mit dem Höhepunkt im Jahr 1956) nicht verhindern konnte oder wollte. Prominente

REPORT

Sozialdemokraten und Gewerkschafter gehören seit den Gründertagen zu den Führungsgremien von SOI und SAD (der seine Tagungen abwechselungsweise in Kasernen und SMUV-Ferienzentren abhält). Der bürgerliche Trip einzelner SP-Exponenten und die andererseits Theorieisogkeit der SPS können durch die Entwicklung während der nationalsozialistischen Bedrohung teilweise erklärt, jedoch nicht entschuldigend werden (vgl. den Leitartikel dieser Nummer).

9. Die antikomunistischen Gruppen, die in den ersten 15-20 Jahren nach Kriegsende den Kampf gegen den Ostblock geschickt mit dem Kampf gegen Sozialisten im Landesinnern verbanden,

werden mehr und mehr durch Gruppen abgelöst, die nur noch den «inneren Feind» bekämpfen. Dieser Wandel ist weitgehend auf veränderte Interessen des Kapitals zurückzuführen: a) Die Aussicht auf einen wachsenden Osthandel verlangt eine aufgeschlossener Außenpolitik gegenüber den Oststaaten. b) Wirtschaftspolitische Interventionen des Staates, früher von den Kampfverbänden des Kapitals mit antiozialistischen Parolen bekämpft, werden heute von der gleichen Seite geduldet oder gar gefordert. c) Die Angst vor einer wachsenden sozialistischen Bewegung veranlasst die rechten Hilfstuppen, die antisubversive Front in Politik, Armee und Wirtschaft auszubauen.

10. Die jüngste Entwicklung im antisubversiven Lager lässt deutlich zwei entgegengesetzte Strategien erkennen:

Abwehr bzw. Integration. Ganz der Abwehr vermeintlicher Gefahren verschrieben sind auch heute Gruppierungen wie AFD/IPZ. Beim SAD hingegen ist der defensive Antikomunismus der Gründerzeit einem massovell-systemimmanenten Öffnung gewichen. Man hat erkannt, dass ein flexibler Pluralismus systemerhaltend wirkt als frontenverstarke Abwehr. Anstelle der «Diktatur der Mehrheit» wird deshalb die Integration von Minderheiten propagiert: «Der SAD muss sich bemühen, die Anliegen von Minderheiten frühzeitig zu erkennen und zu verstehen.» Oder: «Minderheiten sollen ihre legitimen Bedürfnisse im Rahmen einer sinnvollen Eigenständigkeit vertreten können.» Jürg Frischknecht

spk

Schweizerische Politische Korrespondenz. Presseagentur azur Abwehr wesenfremder, staats- und wirtschaftsgefährdender Tendenzen. 1917 gegründet als Instrument der Wirtschaft, die auch heute direkten Einfluss ausübt. Erreichte 200 meist kleine Zeitungen, Trägerverein mit rund 200 Mitgliedern aus Politik, Wirtschaft und Presse (darunter von Moos, Celio, Gnägi sowie rund 30 Parlamentarier). Präsident: FDP-Ständerat Ulrich Luder («Solothurner Zeitung»). Direktor: Josef Jäger, oft Pressechef bürgerlicher Abstimmungskomitees. Zentrale in Bern, Wirtschaftsredaktion in Zürich.

«intern-informationen»

«intern-informationen»: wöchentlich aus einer Berner Druckerei an 2000 meist bündendeutsche Abonnenten verschickter «internationaler politischer Hintergrund-Dienst» mit Schwerpunkt BRD/DDR/Ostblock (nämlich zur Verjüngung). Jahresabonnement der jeweils 7 A-4-Seiten: rund 180 Franken. Die «i» werden seit 18 Jahren vom kriegsinvaliden Strauss-Fan Hermann Rössler in Daun in der Eifel redigiert. Ende 1971 übernahm der in Goldswil bei Interlaken niedergelassene deutsche Publizist Karl Friedrich Grau das Management und verschob Verlag und Druck in die Schweiz. Als Herausgeber fungiert die dazu gegründete «internationale Studiengesellschaft für staatswirtschafts- und gesellschaftspolitische Öffentlichkeitsarbeit» (Postfach 160, 3800 Interlaken). Als Gesellschaftspräsident und verantwortlicher Redaktor der auf CSU-Linie agierenden «i» zeichnet der Zürcher Journalist und «NZZ»-Mitarbeiter Jürg Mei-



ster. Grau gehört zwei deutschen Vereinigungen an, die laut Gerichtsurteil «neofaschistisch» bzw. «Schwindlerunternehmern» genannt werden dürfen. Er mischte bei den anonymen Pro-CDU-Kampagnen des letzten Wahlkampfes mit und verwendete auch für die «i» Deckadressen und Schweizer Strohmänner. Seit Jahren referiert er fünf bis zehnmal vor Schweizer Offizieren, Rotariern und Lions Clubs. Er rühmt seine vorzüglichen Beziehungen zu einflussreichen Schweizern (zum Beispiel zu einem Divisionär und zu Nationalrat Peter Dürrenmatt).

AFD/IPZ

1966 gründeten vor allem Zürichern, denen die Schweiz in Gefahr schien, den Verein Aktion für freie Demokratie, der das 1970 gegründete Institut für politische Zeitschriften trägt. Ziel: Studium der Subversion, Auswertung in Publikationen, Vorträge, Informieren «gefährdeter» Institutionen. Vorbild: «Büro H» (Hausmann), das im Zweiten Weltkrieg den Schweizer Nachrichtenendienst ergänzte. Zusätzlich zu Gehörtem und Gelesenem will das IPZ selber Informationen beschaffen – «das, was



der Bundespolizei verwehrt ist: wir wollen ja keine politische Staatspolizei. 1971 und 1972 erschienen 17 durchschnittlich 22 Seiten starke «IPZ-Informationen» (Jahres-Ab. 35 Franken) über Subversion, Revolution, Spionage, politische Psychologie, Konfliktforschung, Gesellschaftstheorie. AFD-Präsident: Hans Scharpf (Direktor der Schweiz. Hagelversicherung, Zürich). Hauptamtlicher IPZ-Leiter ist der Spionagespezialist und Dienstchef Heer und Haus der Felddivision 6, Dr. Robert Vögeli, der 1956-62 Heer und Haus wiederaufbaute. Eifrigstes AFD-Mitglied ist Major Ernst Cincera, Mitinhaber einer Werbeagentur und nicht mehr gewählter Zürcher FdP-Kantonrat. Cincera warnt Rekruten, Offiziere, Schüler, Lehrer, Krankenschwestern, Stifte und Industrielle vor Subversivem und verwendet dabei laut eigenem Geständnis «selbstverständlich von Lenin, Goebbels und Deutsche formulierte Propagandamethoden». Der Bundesrat attestierte ihm demokratische Auffassungen und Objektivität.

VFWW/Büro Farner

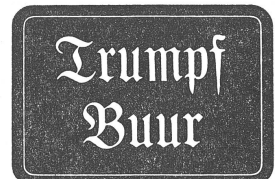
Verein zur Förderung des Wehrwillens und der Wehrwissenschaft; wird im Zürcher Werbebüro von Oberst Rudolf Farner von Dr. Gustav Däniker und Dominique Brunner betreut, wofür letzterer die monatliche «Militärpolitische Information» redigiert. Präsident: Oberst Rolf Gampfer (Küsnacht), Ex-Präsident der Zürcher Offiziersgesellschaft. Das Büro Farner gibt monatlich einen Pressedienst heraus, der Public Relations für Produkte, Branchen, eine technisierte Armee und die schweizerische Gesellschaftsordnung betreibt. Farner betreute wichtige Armeebesetzungen und PR-Aufträge des EMD.

wF

Gesellschaft zur Förderung der schweizerischen Wirtschaft (Wirtschaftsförderung). 1942/43 als «wirtschaftspolitische Kampforganisation» gegen die «dirigistische und kollektivistische Kriegswirtschaft» gegründet. «Heute Öffentlichkeitsarbeiter des Vororts. Vervielfältigter Presse- und Dokumentationsdienst. Leitet Gelder an spk, RN und weitere Organisationen weiter. Betreut Sekretariate bürgerlicher Abstimmungskomitees. Sitz in Zürich, Geschäftsstellen in Bern und Genf. Präsident: E. Fritz Hoffmann (Zürcher Industrieller). Neuer Direktor: Ex-NZZ-Redaktor Richard Reich.

Redressement/ Trumpf Buur

Redressement National (Aktion für Freiheit, Föderalismus und Recht). Verteidigt seit 1936 die Interessen des Privatkapitals, «wo die Spitzenverbände (Vorort, Zentralverband, Gewerbeverband, IF) und auch die bürgerlichen Parteien nicht in der Lage oder nicht willens waren, den Kampf aufzunehmen». Arbeitsgebiete: Studien (Errichtung eines Instituts in Vorbereitung), direkte Aktionen (Abstimmungen); gegenwärtig Wiederaufbau der «kantonalen Stützpunkte» in der Deutschschweiz; allgemeine Aufklärung (jeden Herbst für Studenten ungenügende dreitägige Seminare). Vor den Nationalratswahlen 71 finanzierte das RN eine im Büro Farner getextete Inseratenserie in 41 Zeitungen zugunsten der «bürgerlichen Landesparteien». Ueber 1200 Mitglieder. Präsident: Carletto Mumenthaler (Zürcher Ziegeleien), Vize HSG-Professor Marcel Grossmann. 34 Ausschussmitglieder, darunter die Nationalräte Otto Fischer (Direktor Gewerbeverband) und Robert Eibel.



Geschäftsführer Dr. Eduard Seiler, Stellvertreter Dr. Rudolf Rohr. Geschäftsstellen in Zürich und Genf. Mit dem RN liiert sich Eibels Trumpf Buur, die Aktion für freie Meinungsbildung (seit 1947). Unterstützt von über 3000 Firmen. Jahresaufwand 600 000 Franken. 1971 rund 1500 Inserate in 50 Zeitungen. Betreffbriefe an Verwaltungsräte: «Eine erfolgreiche Aktion zur Erhaltung einer freien Wirtschaft und einer gesunden Demokratie». Eine Spende «kommt für Sie einer politischen Versicherungsprämie gleich».

SAD

Schweizerischer Aufklärungsdienst. 1947 als ziviler Ersatz für die 1945 aufgelöste (und 1956 wiederaufgebaute) militärische Dienststelle Heer und Haus gegründet. Anfangs antikomunistische Kaderorganisation: für geistige Landesverteidigung, «vaterländische Besinnung» und «eidgenössisches Bewusstsein». Neuaufrichtung 1972: «Der SAD setzt sich zum Ziel, die aufbauende Diskussion über die Aufgaben der Schweiz und ihre politische Zukunft in weitblickender Weise zu fördern und



wo nötig mit eigenen Initiativen zu bewahren. In diesem Sinn will er sowohl für seine Mitglieder als auch für eine breitere Öffentlichkeit geeignete Arbeitsmittel bereitstellen und als Kontaktstelle dienen.» Referentenvermittlung für die Armee. 60 000 Franken Bundesbudget pro Jahr. Jahresbudget 200 000 Franken. Betont antisubversive Schriftenreihen: «Berichte zur Lage; eine periodische Dokumentation über extremistische und ausserparlamentarische Bestrebungen in der Schweiz»; «Tätigkeit der internationalen Frontorganisationen»; «Dokumentation zur umstürzlerischen Agitation» (z.T. nur für Mitglieder, z.T. unter dem Namen «Nationale Dokumentationsstelle Bern»). Rund 2000 Mitglieder. Präsident: Rechtsanwalt und Unidozent Hans W. Kopp (Zumikon), Vizepräsidenten: die Nationalräte Ernst Bircher (Soz. Gewerkschaftssekretär) und Peter Dürrenmatt (lib.) wissenschaftlicher Berater: HSG-Professor Alois Riklin, Zentralsekretariat in Zürich.

Aktion für Menschenrechte

1965 gegründeter Verein, dessen Mitglieder «die Demokratie im Sinne der schweizerischen Traditionen als jene Gesellschaftsordnung betrachten, die erfahrungsgemäss die Wahrung der Menschenrechte am besten gewährleistet». Aussenpolitik: Protesttelegramme bei Menschenrechtsverletzungen. Innenpolitik: für bewaffnete Neutralität, gegen linke Bewegungen (vor allem die Jugendorganisation Forum 70 in Winterthur und Zürich). Präsident: Dr. Josef Heggl (Winterthur). Sekretär: Dr. Erwin Bernhard, Kantonssekretär in Zürich. Organe: «Sonde», «Menschenrecht», «Funken».

Diskussion

«Monatsschrift im Sinne geistiger Landesverteidigung, Orientierung und Lebenserleichterung». Gegründet im April 1959. Verlegt und redigiert vom Berner Drucker Hans Feuz. Auflage: 25 000. Gegen Kommunismus («Wir dürfen nicht ruhen, bevor der Westen wieder in Front ist»), gegen den Osthandel («ein Pakt mit dem Teufel»), für den freien Westen und das Privateigentum («billigste und sicherste Triebkraft zu freiwilliger, aufbauender Leistung»). August 66 bis Juni 67 Teilnachdruck von Hitlers «Mein Kampf» als Beispiel einer verharmlosten Bedrohung.

SOI

Schweizerisches Ost-Institut in Bern. Leiter Dr. Peter Sager. 1959 als AG gegründet (Vorläufer 1948). 12 Verwaltungsräte (Präsident: Rechtsanwalt Ullin Streiff, Uster). Beratender Ausschuss mit einigen Dutzend Mitgliedern (Präsident: Prof. Georges Grosjean, Bern). Verein zur Förderung des SOI mit 500 Mitgliedern (Präsident: Vinzenz Losinger, Bern). Seit 1960 erscheint alle zwei Wochen der «klare Blick» (heute «ZeitBild»), um eine breite Finanzierung des SOI sicherzustellen (neben Spenden). Ziel des SOI, in dem je ein Dutzend wissenschaftliche und administrative Mitarbeiter in 17 Sprachen tätig sind: Information und Meinungsbildung aufgrund der Beobachtung der Entwicklung in kommunistischen Staaten. Periodische Publikationen: «ZeitBild», Auflage 13 000, 30 Fr./Jahr. «Informationsdienst», wöchentlich 80 Seiten Übersicht über die Presse in kommunistischen Ländern, 1000 Fr./Jahr. «Wirtschaftsdienst», wöchentlich



12 Seiten über die wirtschaftspolitische Entwicklung im Ostblock, 500 Fr./Jahr. Wöchentliche Gratis-Presseendienst: «Freier Korrespondenz-Dienst» (FKD) für die Schweiz; «Swiss Press Review and News Reports» in Englisch, Französisch, Spanisch und Arabisch für Entwicklungsländer (SOI: «erfolgreichste Dienst des Westens»), trotz dem irreführenden Titel fast ausschliesslich: SOI-Eigenberichte, Uebrig: Tätigkeit: Übersetzungen, Buchhandlung, Vermittlung von Referenten, Erstellen von Gutachten für Behörden und Firmen.

Notizen zur Neufassung des Bildungsartikels der BV (Volksabstimmung 3./4. März)

Art. 27 BV: Grosse Neuerungen?

Noch bis vor kurzem bildete das schweizerische Bildungswesen – seit alters her unter kantonalen Hoheit – unbestrittenermassen die Perle des helvetischen Föderalismus: «Dem Bund die Kanonen, die Kultur den Kantonen». Währendem in anderen Bereichen der Bund die kantonale Souveränität direkt und indirekt immer mehr schmälerte, blieb das Bildungswesen von diesem kantonalen «Souveränitätszerfall» mehr oder weniger verschont. Die Tatsache, dass einerseits Bildung und Wissenschaft (der sog. «Dritte Faktor») für die Entwicklung hochindustrieller Gesellschaften – unter anderem für die Aufrechterhaltung der «inter-

nationalen Konkurrenzfähigkeit» – immer wichtiger werden, dass andererseits die föderale und funktionale Zersplitterung des helvetischen Bildungssystems eine effiziente und grosszügige Entwicklung eben dieses Bildungssystems vielfach verhindern, liess den Bund auch auf dem Gebiet der Bildungspolitik aktiv werden (Stipendienartikel, Hochschulförderung etc.). In diesem Zusammenhang ist auch die Revision des «Schulartikels» der BV zu sehen, über den das Volk am 3./4. März zu befinden hat. In der Folge werden die wichtigsten «Neuerungen» kurz kritisch beleuchtet, ohne dass hier eine umfassende Analyse intendiert wäre.

Noch im Begleittext zur ersten Fassung des «neuen» Bildungsartikels, die im Frühjahr 1971 in die Vernehmlassung geschickt wurde, sprach sich Bern gegen die explizite Aufnahme des Rechts auf Bildung (Rab) in die Verfassung aus, «weil eine so allgemein gehaltene Erklärung in der Auslegung zu Schwierigkeiten führen und schliesslich sogar eine geringere Wirkung entfalten dürfte als fortschrittliche (...) Ausführungsbestimmungen».

Der vorgeschlagene Ziel- und Zweckartikel stiess aus verschiedenen Gründen allenthalben auf Widerstand. Die Expertenkommission, die unter Berücksichtigung der eingegangenen Vernehmlassungen – die zweite Fassung erarbeitete, ersetzte in der Folge den Zweckartikel – über dessen Konzeption keine Einigung zu erzielen war – durch die Statuierung des Rechts auf Ausbildung (RaA), das dann der Nationalrat in der letzten Sondersession in Recht auf Bildung umwandelte. Der Ständerat schloss sich in der Folge der Fassung des Nationalrats an – noch im Frühjahr hatte er für das Recht auf Ausbildung votiert. Damit soll zum ersten Mal ein soziales Grundrecht in der schweizerischen Bundesverfassung verankert werden. Allerdings: Vor überstürzter Euphorie ist zu warnen. Eine nähere Betrachtung der ganzen Angelegenheit zeigt, dass sich die fortschrittlicheren Kreise nur verbal, nicht aber substantiell durchgesetzt haben.

Bildung und Ausbildung

- Begreift man Bildung als die unter sich zusammenhängende Vermittlung
- der Fähigkeit, die Gesellschaft, sich selbst und die eigene Position in dieser Gesellschaft kritisch zu erkennen und zu bestimmen;
- der Fähigkeit, Spannungen, die aus Konfliktsituationen entstehen, auszuhalten und derartige Konflikte produktiv d. h. nicht unter Regress auf Verhalten, das dem einzelnen und den objektiven Interessen der Mehrheit schadet, zu lösen;
- von Wissen und Fertigkeiten, die die Ausübung einer Tätigkeit im Produktionsprozess ermöglichen;
- von (permanenter) Lernfähigkeit und Lernmotivation und (landläufig) Ausbildung als
- die Vermittlung einer eingeschränkt fachlich-technischen Qualifikation, die die Ausübung einer Tätigkeit im Produktionsprozess ermöglicht;
- die Vermittlung von Einstellungen und Denkweisen, die die gegenwärtige wirtschaftliche und soziale Struktur in der Regel recht vorbehaltslos bejahen,

so bemerkt man, dass Bildung mehr beinhaltet als Ausbildung: Bildung im obigen Sinn heisst Befähigung zur fundamentalen Demokratisierung der Gesellschaft – auch gegen allfällige

Widerstände privilegierter Gruppen. Dies heisst nicht, dass Bildung allein die Gesellschaft zu verändern vermöchte, sondern nur, dass das Bewusstsein des einzelnen durch sein «Bildungsschicksal» entscheidend geprägt, eventuell gegenüber dem Status quo übersteigenden Perspektiven überhaupt immunisiert wird.

Rekurs auf «individuelle» Verantwortlichkeit

Eine volle Verwirklichung des Rechts auf eine – im oben ausgeführten Sinn verstandene – Bildung kann der jetzige Staat nicht garantieren; es sei denn, er werde sich gegen diejenigen Gruppen, die ihre Interessen durch den staatlichen Apparat schon heute recht gut gefördert wissen. Geprüft wird daher wieder einmal der Rückzug in den Individualbereich. Die «individuelle» Verantwortlichkeit wird hochgehalten, um den sozialen Realitäten nicht ins Auge blicken zu lassen:

«Die Vermittlung individueller Bildung stellt eine sehr viel umfassendere Aufgabe als die Gewährung einer Ausbildung; dem einzelnen zur Bildung zu verhelfen kann nicht dem Staat aufgetragen werden» (Botschaft Seite 49).

Dagegen ist zu sagen, dass gerade die Förderung der Bildung im oben dargelegten Sinn ein öffentliches Problem und eine öffentliche Angelegenheit par excellence ist, während jeder Rekurs auf irgendwelche «individuelle Verantwortlichkeit», so gut dieser auch gemeint sein mag, nicht viel verändert: die bestehende Ungleichheit wird nur reproduziert!

Während die einen eine «kalte» Umplözung der Prioritäten der Aktivitäten des Staates (grössere Verpflichtung zum Ausbau des Bildungswesens durch Klugbarkeit des neuen Sozialrechts usw.) befürchten und den «subversiven» Aspekt von Bildung (unter Umständen Abbau der den Status quo erhaltenden Motivation, Strukturierung und Artikulation von Veränderungswünschen) als Bedrohung empfinden, verlangen die anderen ein gesteigertes Engagement des Staates auf der Seite der Unterprivilegierten, um ihnen zu ihrem Recht zu verhelfen. («Man darf sich... die Frage stellen, ob... Glaubens- und Gewissensfreiheit, Pressefreiheit, Rechtsgleichheit, aber auch demokratische Rechte auf Mitwirkung bei der staatlichen Willensbildung nicht ausgehöhlt und illusorisch werden, wenn ihnen nicht als Korrelat ein Recht auf Bildung, das heisst auf Befähigung zur rationalen Ausübung aller dieser Grundrechte, beigelegt wird.» (SPS).

Unerfüllbare Erwartungen

Das Recht auf Bildung wurde schliesslich in die Neufassung des Bil-

dingsartikels aufgenommen, weil damit nicht Bildung im obigen Sinn, sondern – wie die andauernde Berufung auf eine Analyse ähnlicher Verfassungsbestimmungen und der daraus resultierenden Rechtspraxis anderer Staaten («Das Recht auf Bildung», P. Saladin) zeigt – Ausbildung gemeint ist. Diese Auffassung wird den Gerichten in der Folge die Möglichkeit geben, Forderungen, die sich am Recht auf Bildung orientieren, abzuweisen; so bemerkte ein bekannter Staatsrechtler: «Auch wenn ein Recht auf Bildung in die Verfassung aufgenommen würde, müsste das Bundesgericht das Objekt dieses Grundrechts auf das in unserer Staatsordnung erträgliche Mass reduzieren.» So scheint plötzlich nur noch ein Unterschied in der Formulierung vorhanden zu sein – Formulierungen, von denen man je nach der taktischen Situation Gebrauch machen kann:

«Wir stehen also vor einer eigenartigen Situation: Beide Fassungen bringen uns das nötig erachtete soziale Grundrecht. Die ursprüngliche Formulierung (Recht auf Ausbildung – rn) ... erscheint als etwas präziser und daher vom rechtlichen Standpunkt aus vorzuziehen. Umgekehrt entspricht die Fassung des Nationalrats (Recht auf Bildung – rn) der in der Verfassung üblichen Regelung... und auch ausläuslichen Beispielen. (...) Sie dürfte gewisse Widerstände verstärken, aber umgekehrt auch mehr politische Stosskraft haben (Bundesrat Tschudi vor dem Ständerat). Tatsächlich eine eigenartige Situation: Es wird für etwas geworben, das in der vorgegebenen Fülle gar nicht vorhanden ist, es werden Erwartungen geweckt, die man weder erfüllen kann noch will.

Folgerichtig argumentieren gewisse Gegner des Rechts auf Bildung: «Es handelt sich um eine reine Deklamation. (...) Man erweckt höchstens Illusionen. Es wird schon schwierig sein, einem Recht auf Ausbildung Genüge zu tun. (...) Ausbildung ist auf alle Fälle ehrlicher» (Ständerat Stuckli).

Gemeinsame Verantwortlichkeit und Koordination

Das Bildungswesen wird zur gemeinsamen Aufgabe von Bund und Kantonen erklärt. Diese Bestimmung wird in nächster Zukunft noch zu präzisieren sein. In der jetzigen Form reflektiert ihre Aufnahme in die Verfassung nur die rechtliche Sanktionierung eines faktisch schon längere Zeit bestehenden Zustands (Engagement des Bundes im Bereich der Hochschulen, des Stipendienwesens, der Berufsbildung usw.). Gleichzeitig wird der kantonalen Schulhoheit Reverenz erwiesen: «Die Ausbildung vor und während der obligatorischen Schulzeit fällt in die Zuständigkeit der Kantone.» Der Bund ist darüber hinaus befugt (unter anderen), «Grundsätze für die Gestaltung und den Ausbau des Mittelschulwesens» aufzustellen, was im indirekt – über die Maturitätsanerkennungsvorordnung – schon lange tut. Diese Kompetenzaufteilung trägt die Spuren eines schlechten helvetischen Kompromisses:

● Vor- und Primarschule, wo entscheidende Weichen für das «Bildungsschicksal» des einzelnen gestellt werden, fallen weitgehend in die Kompetenz der Kantone. Weder das «interkantonale Konkordat über die Schulkoordination», das unter dem Druck der Schulkordinationsinitiative zustande gekommen ist (Ziel: schrittweise formale Vereinheitlichung der kantonalen Schulsysteme; gegenwärtig sind 19 Kantone an diesem Konkordat beteiligt), noch die im neuen Bildungsartikel verankerte Koordinationspflicht für die Kantone noch die generelle Möglichkeit, mittels gezielter Ausschüttung von Bundessubventionen unwillige Kantone zu einem Ausbau ihres Bildungswesens zu bewegen, ermöglicht u. E. eine konsistente nationale Bildungspolitik und den raschen Abbau der bestehenden regionalen Bildungsfälle, «die weder sachlich noch politisch gerechtfertigt werden können» (Botschaft).

● Nicht nur können zögernde Kantone kaum in grossem Ausmass zum Ausbau ihres Bildungssystems verpflichtet werden, sondern es ist auch unklar, nach welcher Konzeption der Ausbau des schweizerischen Bildungswesens überhaupt erfolgen und wie diese Ausbaukonzeption erarbeitet werden sollen. Gerade die Entwicklung derartiger Konzeptionen soll ja nach der Annahme der Verfassungsartikel in die Wege geleitet werden: «Nach der Annahme der Verfassungsartikel wird in Verbindung mit den Kantonen eine Prioritätsordnung aufzustellen sein» (Tschudi). Eitliche Schwierigkeiten werden allein schon aus der «unmattlichen» Trennung von obligatorischer Schulzeit (kantonale Kompetenz) und Mittelschule (Bundeskompetenz) für das Aufstellen von Grundsätzen resultieren. Es ist zu befürchten, dass durch diese Trennung die dringend zu fordernde bessere Verzahnung zwischen Oberstufe der Primarschule und weiterführenden Schulen (z. B. Gesamtschulexperimente) nicht gerade gefördert wird.

Falsche Mystifikation des Föderalismus

Das Festhalten an überkommenen föderalen Strukturen und deren Mystifikation («Unsere Primarschulen sind ... wahrhafte Volksschulen», Botschaft S. 44) gefährdet das mit der Verfassungsrevision angestrebte Ziel – sofern man dieses ernsthaft verfolgen will: «... auf weite Sicht den systematischen Aufbau unseres Bildungswesens ... ermöglichen» (Tschudi). Dazu hätte u. E. dem Bund die Rahmenkompetenz für das ganze Bildungswesen zugestanden werden müssen. Eine derartige Verlagerung der Kompetenzen auf den Bund, verbunden mit einer intensiven Diskussion um Ziele und Prioritäten in der Bildungspolitik und der Umsetzung des aus diesen Diskussionen resultierenden (vorläufigen) Kompromisses, scheint uns heute die einzige gangbare Möglichkeit zu sein, um nicht nur die formalen, sondern auch die inhaltlichen und konzeptionellen Reformen zu forcieren. Ein demokratisches Wechselspiel von zentraler Planung und Grundsatznormierung einerseits, freier Verwirklichung andererseits müsste institutionalisiert werden. Die Ansicht, eine Gesamtplanung resp. Grundsatzkompetenz des Bundes lähme a priori jegliche kantonale resp. lokale Initiative, scheint uns ebenfalls nicht gerechtfertigt – es kommt immer darauf an, wie dieser Grundsatznormierungsprozess abläuft, wie engmaschig die grundsätzlichen Richtlinien sind, wie der Feed-back von den Ausführenden in dem Planenden organisiert ist. In einem demokratischen Staat, der auf dem Gebiet des Bildungswesens eine demokratische Planung (Planung im weitesten Sinne) betreibt, sind die Ausformulierung und Verwirklichung allgemeiner Richtlinien einerseits, das lokale Experiment andererseits durchaus miteinander vereinbar.

Berufs- und Weiterbildung: Alles beim alten

Eine weitere Neuerung ist die Integration der Regelung der Berufsbildung in den Bildungsartikel resp. deren Transfer aus den Wirtschaftsartikeln. Gegen diese Integration, mit der dokumentiert werden soll, dass das Bildungswesen eine Einheit bildet und auch die Berufsausbildung (unter Umständen) etwas mit Bildung zu tun haben kann, haben sich vor allem diejenigen Kreise zur Wehr gesetzt, die durch die «bildungstheoretische» Durchdringung von Berufsbildungsproblemen die traditionelle Meisterlehre gefährdet und die Berufsbildung durch «Verschulung» bedroht sahen (und sehen): «Die hergebrachte Regelung (Behandlung von Berufsbildungsfragen durch das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement) hat bis jetzt gut gespielt» (Dr. Wehrli, Vorort).

Allerdings ist wohl nicht zu erwarten, dass durch diesen Transfer die dringende notwendige grundsätzliche Neukonzeption der Berufsausbildung stark beschleunigt wird. Allfällige vornehmliche Illusionen werden da recht schnell in die Schranken verwiesen: «Ob die Bundeskompetenz in den Wirtschafts- oder Bildungsartikeln geregelt wird, ist rechtlich irrelevant, und es wird dadurch die Gestaltung der Berufsbildung nicht beeinflusst. Das System der betrieblichen Ausbildung ... hat sich grundsätzlich bewährt und soll beibehalten werden» (Botschaft S. 53).

Auch auf die innerbetriebliche Weiterbildung will der Bund keinen Einfluss nehmen. Während die Weiterbildung immer wichtiger wird und immer grössere Teile der Bevölkerung einmal erworbene Qualifikationen «revidieren» müssen und/oder wollen, sollen deren Zielbestimmung und deren Organisation weiterhin zu einem grossen Teil Privaten überlassen werden.

Zu geringe Fortschritte

Alles in allem: ein nicht gerade überzeugender Vorschlag, gezeichnet von den negativen Spuren des helvetischen Kompromisses. Ob auf der Grundlage dieses revidierten Verfassungsartikels ein grosszügiger, gerechter und systematischer Ausbau des schweizerischen Bildungssystems möglich sein wird, ist mehr als fraglich. Die Chance für eine problemaadäquate, grundsätzlich neue – und damit auch «radikalere» – Lösung ist wieder einmal vertan worden – sofern diese Chance in irgend einem Zeitpunkt des Entscheidungsprozesses überhaupt bestanden hat.

Rolf Nef



«konzept» gibt gratis eine Liste von Ärzten ab, die die Verordnung von Empfängerungsverhältnissen auf ein unverheiratete Frauen oder Mädchen liberal handhaben. «konzept» kann Ihnen auch in noch aussichtsloseren Fällen einen Tip geben. Schriftliche Anfragen an: Redaktion «konzept», Rämistrasse 66, 8001 Zürich. Frankiertes und adressiertes Antwortcouvert bitte nicht vergessen.

Modelle für HTL-Bildung

«Studentenschaften Schweizerischer Techniker» wollen Reformen

Die Studentenschaften Schweizerischer Techniker (SST), zurzeit 14 Höhere Technische Lehranstalten umfassend, haben im Januar in Zürich ihre ordentliche Delegiertenversammlung abgehalten. Einige in- und ausländische Gäste konnten begrüsst werden, namentlich die Delegationen der beiden Abendtechniken St. Gallen und Bern, der neuen HTL Rapperswil sowie je ein Entsandter des VSS und des SVI (Dachverband der deutschen Ingenieurschulen).

Den wichtigsten Diskussionspunkt bildete die von der im Sommer 1972 eingesetzten «Ständigen Kommission für Studienfragen an den HTL» vorgelegte Arbeit. Die Kommission bezweckt, Kontakte aufzunehmen oder zu pflegen mit Gremien, die sich mit der Ausbildung befassen und Bildungsmodelle entwickelt haben. Mit Genugtuung stellte die GV fest, dass sie

schon verschiedene Entwürfe zur Schaffung von Diskussteeams an den einzelnen Techniken vorlegen konnte. Eine Arbeitsgruppe wird eine Analyse der bestehenden wesentlichen Bildungsmodelle erstellen, die der Kommission als wichtige Grundlage dienen soll.

Von zwei weiteren Gruppen erarbeitet die eine einen Situationsbericht zum Mitsprache- und Mitbestimmungsrecht an den Techniken, das erst teilweise verwirklicht ist, die andere eine Zusammenfassung der verschiedenen Beweggründe derjenigen, die eine Ausbildung an einem Abendtechnikum jener an einem Tagestechnikum vorziehen.

Nach der Genehmigung des Jahresberichts, das Kassaberichts und des Budgets bestellten die Delegierten noch das neue Zentralkomitee.

Fredi Rüegg, Präsident des SST

Sufi-Center Zürich

führt Informations-Abende durch über die jahrhundertealte Religions-Philosophie

Sufismus

Eintritt frei. — Auskunft erteilt Telefon 01/43 83 08 ab 23. Februar 1973.

Medizin und Psychologie

sind seit 50 Jahren unser Spezialgebiet.

Individuelle Bedienung und Beratung.



BUCHHANDLUNG RAUNHARDT
INH. GERHARD HEINIMANN & CO.
gegr. 1890

8001 Zürich, Kirchgasse 17, beim Grossmünster
Telephon (01) 32 13 68

Zu kurz gegriffen: Linksliberalismus

Eine an Marx orientierte Kritik

Der Warenaustausch

Eine warenproduzierende Gesellschaft zeichnet sich dadurch aus, dass die gesellschaftlich produzierenden Individuen sich die Produkte privat aneignen, um sie auf dem Markt zu tauschen. Es ist nun offensichtlich: Als konkret-sinnlich Produzierende produzieren diese Individuen Gebrauchswerte für andere; sie ergänzen sich wechselseitig aufgrund der Besonderheit ihres individuellen Tuns. Indem sie produzieren, verhalten sie sich zueinander als soziale Wesen. Aber: Indem sie ihre Produkte als Waren produzieren, steht ihre Produktion für sie nicht mehr unmittelbar im Horizont der Bedürfnisbefriedigung des andern, sondern wie sie damit ihre besondere Individualität realisieren. Sie produzieren ihre Produkte in einer Form, in der deren Gesellschaftlichkeit privat angeeignet werden kann: als völlig abstraktes, un sinnliches, aller Besonderheit beraubt, aber trotzdem wirkliches Ding, als Wert. Der Wert ist die verdinglichte Gesellschaftlichkeit der Produkte und ihrer Erzeuger, ein rein gesellschaftliches Ding, ein Ding ohne jede Natürlichkeit, in dem alle qualitative Differenzierbarkeit radikal ausgelöscht ist, eine reale Abstraktion. Er ist die gesellschaftliche Beziehung der produktiven Menschen, der Gesellschaft, die ausser den Menschen als Geld dann neben den konkret sinnlichen Produkten als nur noch quantifizierbares Ding materiell existiert. Er ist die verdinglichte Reduktion qualitativ verschiedener Arbeiten auf abstrakt allgemeine Arbeit und als solche die Form, die Waren erst tauschbar macht. Produzieren die Individuen Werte, gegenständlichen sie nicht ihre qualitativ differenzierte Individualität; sie verdinglicht sich in jener ihrer Individualität inadäquaten abstrakten Allgemeinheit. Individualität wird restringiert auf die soziale Form, tauschfähiger Eigentümer zu sein.

Gleichheit und Indifferenz

In einer Gesellschaft, in der die Produkte und die sie produzierende Arbeit die Form des Tauschwerths angenommen haben, also Waren sind, und die Beziehung dieser Waren aufeinander als Austausch dieser Tauschwerte gegeneinander bestimmt ist, als ihre Gleichsetzung, sind die Individuen, zwischen denen dieser Prozess vorgeht, nur einfach bestimmt als Austauschende. Es existiert, was ihre soziale Form, ihre ökonomische Beziehung angeht, absolut kein Unterschied zwischen ihnen. Jedes der Subjekte ist ein Austauschender, das heisst, jedes hat dieselbe gesellschaftliche Beziehung zu dem andern, die das andere zu ihm hat. Als Subjekte des Austausches ist daher ihre Beziehung zueinander die Gleichheit. Der Austausch ist der Akt, die Vermittlung, wodurch die Subjekte als Gleiche und ihre Objekte als Äquivalente, als Gleiche gesetzt werden. Die Äquivalente sind die Vergegenständlichung des einen Subjekts für das andere, das heisst, sie selbst sind gleich viel wert und bewahren sich im Akt des Austausches als Gleichgeltende gegeneinander. Da sie ökonomisch nur als Besitzer von Äquivalenten und Bewährer dieser Äquivalenz füreinander sind, also, was die ökonomische Form betrifft, abgesehen wird von der besonderen Natur ihrer Tauschobjekte, sind sie ökonomisch als Gleichgeltende zugleich indifferent gegeneinander; ihr sonstiger individueller Unterschied geht sie nichts an. Die aus der Gleichheit resultierende Indifferenz der Eigentümer gegeneinander ist ein erstes Moment der Autonomie des Subjekts.

Das Individuum als ausschliessendes und herrschendes Subjekt

Der Tausch setzt aber nicht nur voraus, dass die Produkte gleich sind, was deren gesellschaftliche Form betrifft,

Im nächsten «konzept»:

ANALYSE

Welche Auswirkungen hat das SALT-Abkommen?

Von Johann Galtung

sondern ebenso ihre natürliche Verschiedenheit, die als Inhalt des Tauschs dessen Motiv ausmacht. Nach der Seite der natürlichen Verschiedenheit der Gebrauchswerte betrachtet, also nach der Seite des Motivs der Tauschhandlung, ist das Individuum A Besitzer eines Gebrauchswerts für B und B Besitzer eines Gebrauchswerts für A. Nach dieser Seite sind sie also nicht indifferent gegeneinander, sondern interessieren sich, bedürfen einander. Sie stehen also nicht nur in gleicher, sondern auch in explizit sich vergesellschaftender Beziehung zueinander. Jedes bedarf zu seiner Ergänzung des andern und kann nur sein, wenn es den andern ergänzt; sie sind Gattungswesen, transzendieren ihre besondere Individualität. Obgleich nun aber das Individuum A ein Bedürfnis hat nach der Ware des Individuums B, bemächtigt es sich derselben nicht mit Gewalt, auch nicht vice versa. Beide anerkennen sich wechselseitig als Eigentümer, als Personen, deren Willen ihre Waren durchdringt.

Sie anerkennen sich als Freie. Kein Individuum kann das andere zu irgend etwas zwingen. Das Individuum A dient dem Bedürfnis des Individuums B mittels der Ware a nur, weil das Individuum B dem Bedürfnis des Individuums A mittels der Ware b dient und vice versa. Jedes dient also dem andern nur, um sich selbst zu dienen, jedes bedient sich des andern wechselseitig als eines Mittels, um sich als Selbstzweck zu setzen.

Es ist zwar ein notwendiges Faktum, dass die Individuen sich wechselseitig nur als Selbstzweck setzen können, indem sie Mittel für andere werden. Aber diese Wechselseitigkeit ist ihnen gleichgültig. Sie hat für das tauschende Subjekt nur so weit Interesse, als sie sein Interesse, als das des andern ausschliessend, befriedigt.

Die Produktion für andere ist dem Individuum gleichgültig, weil es sein Produkt als Warenwert, als Äquivalent, produziert, also in einer Form, in der es eigentlich jede Ware ist. Im Akt des Austausches selbst ist es gesetzt, dass jedes der Individuen ausschliessendes und herrschendes Subjekt ist. Damit ist die vollständige Freiheit des Individuums gesetzt: freiwillige Transaktion, Gewalt von keiner Seite. Setzen zwecks als Mittel, um sich als Selbstzweck, als das Herrschende und Uebergreifende zu setzen. Die durch die Verschiedenheit der Waren vermittelte Freiheit ist das zweite Moment der Autonomie des Subjekts.

Das autonome Individuum

Wenn also die ökonomische Form, der Austausch, nach allen Seiten hin die Gleichheit der Subjekte setzt, so der Inhalt, der Stoff, der zum Aus-

Die heutige, spätkapitalistische Wirtschaft tendiert in Richtung eines totalen Chaos. Ausbeutung der Dritten Welt, unverantwortliche Umweltbelastung, Ressourcenverknappung, das Auftreten bis anhin unbekannter psychischer und physischer Zivilisationskrankheiten und ein zerrissenes Währungsgefüge sind nur verschiedene Folgen der gleichen Ursache: Das freie Spiel der Kräfte hat eben nicht zu jener Harmonisierung geführt, wie dies der Altliberalismus immer behauptet. Vielmehr sind die Wirtschaftsunternehmen der hochentwickelten Länder in der historisch jüngsten Entwicklung einem immer hemmungsloseren Expansionsstadium zum Opfer gefallen, der irrationalen Züge angenommen hat. Diesem Verhalten liegt eine Konzeption der Erde als unendliches System mit unerschöpflichen Quellen zugrunde. Dem ist entgegenzuhalten, dass wir in einem endlichen System leben; daraus muss die Konsequenz der Selbstbeschränkung gezogen werden. Da aber die privaten Träger der Produktionsmittel nicht gewillt scheinen, diese lebensnotwendige Konsequenz zu ziehen, ist es Aufgabe der Gesamtgesellschaft, in Form der staatlichen Aufsicht und Planung allem wirtschaftlichen Geschehen den Rahmen abzustecken.

Aus: LSZ-Thesen – Grundsätze unserer Politik

tausch treibt, die Freiheit. Freiheit und Gleichheit sind also nicht nur respektiert im Austausch von Tauschwerten, sondern der Austausch, der auf Tauschwerten beruht, ist die produktive, reale Basis aller liberalen Freiheit und Gleichheit.

Das freie, sich gegen andere ausgrenzende, von allen unabhängige autonome Individuum entsteht also dadurch, dass es sein bestimmtes Produkt, das es in einer arbeitsteiligen Gesellschaft so sehr für andere produziert, was es aufgrund seiner Bedürfnisse von den Produkten anderer lebt, als Äquivalent, als Wert, als Ware produziert. Es produziert, weil es Äquivalente produziert, nur für sich selbst und befriedigt mittels dieser seiner Äquivalente alle seine Bedürfnisse.

Der Fetischcharakter der Autonomie

Jetzt sehen wir aber, dass der Tauschwert, das Äquivalent, als die wahrhaftige Vergegenständlichung eines warenproduzierenden Individuums die Form ist, in der seine Beziehung zu andern, seine Abhängigkeit von andern, wie die Abhängigkeit der andern von ihm, kurz: seine Gesellschaftlichkeit nicht als Gesellschaftlichkeit, sondern als eine Selbstbeziehung erscheint, als bare Autonomie; sein Sein-für-andere ist für es blosses Für-sich-sein. Dass die ökonomischen Kategorien bzw. das, was sie bezeichnen, Wert, Geld, Privateigentum, Kapital usw., die in Wahrheit verdinglichten Beziehungen der Menschen zueinander sind, zwischenmenschliche Beziehungen also, die nicht mehr als solche, sondern als Dinge erscheinen, ist nur der reale Ausdruck für die Autonomie des Subjekts. Autonomie wird demzufolge nicht als eine gesellschaftliche Beziehung der Menschen zueinander durchschaut, als ihre Objektivität, die Wertform des Produkts, nicht als gesellschaftliche Beziehung erscheint, sondern als planes Ding fetischisiert wird.

Das Durchschauen der ökonomischen Kategorie als einer Beziehung zwischen Menschen und infolgedessen die Begründung der politischen Ökonomie als einer Logik intersubjektiver Beziehungen scheint mir die Grundessenz Marxens zu sein. Erst im Nachvollzug dieser Einsicht wird auch verständlich, was er denn überhaupt kritisiert. Diese Einsicht, die, wie ich überzeuge bin, keine nachmarxistische, erst zu nehmende politische Theorie wird unter schlagen können, ist aber noch so wenig in ein allgemeines Bewusstsein eingedrungen, dass ihr auch in linksliberalen Theorien mit barem Unver-

System des Tauschwerths und gesellschaftliche Demokratie

Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen System des Tauschwerths und gesellschaftlicher Demokratie

Der Kapitalismus als das System der Gleichheit und Freiheit

Wenn unsere Kurzanalyse der Wertform des Produkts, des Tauschwerths, die uns die Begriffe liberaler Gleichheit und Freiheit und über sie den Begriff des autonomen Subjekts geliefert hat, triftig ist, kann das entwickelte System des Tauschwerths in der Tat nur das verwirklichte System der Freiheit und Gleichheit sein. Wenn wir mit Marx weiter unterstellen, dass sich der

ständnis begegnet wird. Wenn K. H. Flach in seiner Streitschrift (4) die marxistische Kritik am Prinzip der Profitmaximierung gedankenlos als infantil bezeichnet mit dem Argument, dass es das Rentabilitätsprinzip geben muss, solange es wirtschaftliches Wachstum geben soll, hat er ganz einfach nicht verstanden, was der Marxismus kritisiert. Marx würde es als eine Tautologie bezeichnen, dass jede Gesellschaft, die ihren Reichtum mehren will, ein Mehrprodukt produzieren muss. Was er kritisiert, ist dies, dass in kapitalistischen Produktionsverhältnissen dieses Mehrprodukt die Form des Mehrwerts, schliesslich die Form des Profits annimmt. Flach aber durchschaut den Profit nicht als eine verdinglichte gesellschaftliche Herrschaftsbeziehung, sondern identifiziert ihn mit dem Mehrprodukt als solchem; er macht ihn zu einem Ding. Diese Identifikation der gesellschaftlichen Form »Profit« mit ihrem Inhalt »Mehrprodukt« ist aber genauso borniert wie die Meinung, das

ser arbeitsteiligen Prozesse erforderlich ist.»⁴

Es ist zu zeigen, dass die Realisierung dieses Postulats in prinzipielle Widersprüche mit der herrschenden Gesellschaftsordnung gerät, mithin, dass es nicht systemimmanent zu verwirklichen ist.

Wenn wir die Realisierung dieses Postulats bedenken wollen, ist das nur möglich, wenn wir uns den kapitalistischen Produktionsprozess in seinen fundamentalen Bestimmungen vor Augen führen.

Bestimmungen des kapitalistischen Produktionsprozesses

Der Kapitaleigner kauft Produktionsmittel und Rohstoffe einerseits, Arbeitskraft andererseits; beide als Waren, exakt zu ihrem Wert. Diese Produktionsfaktoren fungieren – im kapitalistischen Produktionsprozess zu-

ANALYSE

Kapital sei Produktionsmittel oder sonst etwas, das man angaffen oder in die Finger nehmen kann.

Der Fetischismus der Ware, die Identifikation von Gebrauchswert und Wert, die im Realen fundierte Meinung also, die gesellschaftliche Form »Wert« sei eine natürliche Eigenschaft des Gebrauchswerts, hat ihr subjektives Korrelat am Fetisch des autonomen Individuums, an der Identifizierung der Autonomie qua verdinglichter gesellschaftlicher Beziehung mit dem sinnlich-konkreten Individuum selbst, an der Identifizierung des wirklichen Menschen mit einem Eigentümer von Werten.

sammengebracht – als konstantes und variables Kapital: die Produktionsmittel und Rohstoffe als konstantes Kapital, weil sie – entgegen einem weitverbreiteten Aberglauben – keinen Wert schaffen, sondern nur ihren Eigenwert auf das Endprodukt übertragen, die Arbeitskraft als variables Kapital, weil sie ihren eigenen Wert reproduziert und darüber hinaus – was die Motivation des ganzen Prozesses ist – einen Mehrwert schafft. Was Flach⁵ als das «Geheimnis» kapitalistischen Wirtschaftens bezeichnet, besteht exakt darin, dass die Arbeitskraft mehr Wert erzeugt, als sie wert ist. Wäre dem nicht so, so würde überhaupt kein kapitalistischer Produktionsprozess stattfinden. Es geht also in diesem Prozess wesentlich und allein um die Verwertung des zu Beginn in den Produktionsprozess gesteckten Werts. Produziert wird in keiner Weise um irgendwelcher gesellschaftlicher Bedürfnisse willen. Motiv ist vielmehr ein völlig abstrakter Reichtum.

Das objektive Produktionsverhältnis

Es ist hier erstens festzuhalten: Der Arbeiter verkauft seine Arbeitskraft als Tauschwert gegen einen ihrem Wert äquivalenten Lohn. Seine Arbeitskraft gehört nun nicht mehr ihm, sondern mir ein Paar Schuhe gehört, wenn ich es verkauft habe, sondern dem Kapitalisten, für den sie ein tauschwertproduzierender Gebrauchswert ist. Der Arbeiter ist wesentlich, nicht der Betrieb; er ist nicht das, was der Sozialliberalismus mit Friedrich Naumann fordert. Sein Lohn, gegen den er seine Arbeitskraft getauscht hat, ist ein Indiz dafür. Das Lohnsystem, das mit dem System des Kapitals identisch ist, ist ein Indikator dafür, dass der Arbeiter, der als freies Subjekt seine Arbeitskraft verkauft hat, nicht als Subjekt, sondern als dem Unternehmer gehöriges Objekt in den Produktionsprozess einget. Im Lohn ist es gesetzt, dass er nicht als Industriebürger – wie es der Linksliberalismus fordert –, sondern als Industriearbeiter in diesem Prozess existiert. Ob dem so ist oder nicht, entscheidet sich nicht an einer subjektiv vermeinten Menschlichkeit oder Unmenschlichkeit des Betriebsklimas. Diese Frage ist nicht demoskopisch entscheidbar, sondern wie sie eine Frage der Betriebspsychologie ist. Es geht dabei nicht um die Meinung der am Produktionsprozess Engagierten übereinander, sondern darum, wie sie sich jenseits all ihres eigenen Bewusstseins um ein objektives Produktionsverhältnis oder – wenn man den juristischen Ausdruck dafür bevorzugt – um ein Eigentumsverhältnis. Was den Verkauf der Arbeitskraft durch den Arbeiter als freies Subjekt betrifft, ist übrigens gegen diesen Äquivalententausch vom liberalen Standpunkt aus nichts einzuwenden: Gleiches wurde gegen Gleiches von autonomen Subjekten in Freiheit getauscht.

Das sozialliberale Postulat: Demokratisierung der Gesellschaft

Wir haben zu zeigen versucht, dass die Vorstellung, dass der im 19. Jahrhundert vollzogene Demokratisierung des Staates im Sinne der Ergänzung einer liberalen Demokratisierung der Gesellschaft folgen muss, insofern falsch ist, als diese Konzeption davon aus geht, dass die liberalen Prinzipien erst im Verhältnis des Bürgers zum Staat, nicht aber im Verhältnis der Bürger zu einander verwirklicht seien. Diese Unterschlagung des Liberalismus als einer Theorie des Bourgeois, einer Theorie, deren Realität die sozialen Beziehungen unserer gegenwärtigen Gesellschaft sind, zeigte sich in der Unfähigkeit, das Konzept des autonomen Menschen als eine bestimmte Form des sozialen Menschen zu interpretieren, welche Unfähigkeit zur Konsequenz hat, dass die Linksliberalen dem klassischen Modell des autonomen Individuums noch ein Modell des sozialen Menschen aufpropfen wollen.

In der 3. These zur Gesellschaftspolitik des Freiburger Manifests heisst es:

«Der Liberalismus erstrebt die Demokratisierung der Gesellschaft durch größtmögliche und gleichberechtigte Teilhabe aller an der durch Arbeitsteilung ermöglichten Befriedigung der individuellen Bedürfnisse und Entfaltung der persönlichen Fähigkeiten. Er tritt ein für entsprechende Mitbestimmung an der Ausübung der Herrschaft in der Gesellschaft, die zur Organisation die-

Das «Gleichgewicht» von Arbeit und Kapital

Es ist hier vielleicht der Ort, die Phrase des liberalen Postulats vom Gleichgewicht von Arbeit und Kapital kurz zu streifen; in diesem Postulat be-

⁴ Karl Hermann Flach, Noch eine Chance für die Liberalen, Eine Streitschrift, S. 22, Frankfurt a. M. 1971.

⁵ Die Freiburger Thesen der Liberalen, S. 62

⁶ Karl-Hermann Flach, ebenda, S. 24

steht – was Malhofer von Lorenz von Stein übernimmt? – die «Prinzipielle Reform des Kapitalismus» wie sie der Liberalismus denkt: es gehe gegen die bisherige Vorherrschaft des Kapitals über die Arbeit nicht um die Umkehr der Herrschaft, sondern um deren Gleichgewicht. Eine solche Forderung dokumentiert aber nur ein tiefes Missverständnis über das, was Kapital ist. Ich muss gestehen, dass ich weder den Gedanken einer Herrschaft der Arbeit über das Kapital noch den Gedanken des Gleichgewichts beider auch nur denken kann. Im kapitalistischen Produktionsprozess – und das ist der Witz der Sache – bezieht sich nämlich das Kapital nicht auf die Arbeit als etwas ihr anderes, sondern als auf sich, das heisst, die Arbeit fungiert in diesem Prozess nicht als etwas vom Kapital Verschiedenes, sondern als Kapital als Eigentum des Kapitalisten. Würde die Arbeit im Produktionsprozess nicht als variables Kapital fungieren, so bestünde gar kein Kapitalverhältnis, mithin gar kein Kapital. Der Nervus rerum des kapitalistischen Produktionsprozesses – und nur darum gibt es einen solchen – besteht gerade darin, dass das Kapital die Arbeit unter sich subsumiert, also darin, dass es, indem es

sich auf die Arbeit bezieht, nur auf sich selbst bezogen ist. Weil das Verhältnis eine Subsumtion ist und weil das Kapital überhaupt nur als Kapital fungiert, wenn es, die Arbeit beherrschend, diese unter sich subsumiert, ist das Gerade vom Gleichgewicht der beiden ein so unsinniges Sprachspiel wie die Rede vom Gleichgewicht zwischen Obst und Äpfeln.

Der Zwang zur Wertverwertung

Ferner ist festzuhalten: Der kapitalistische Produktionsprozess ist wesentlich ein Prozess der Wertverwertung. Diese ist sein Ziel und alleiniger Zweck. Es ist dies nicht der Akkumulationsversessenheit des einzelnen Kapitalisten zuzuschreiben. Vielmehr muss die Maximierung des Werts sein alleiniges Motiv sein, ob er will oder nicht – sonst geht er im Konkurrenzkampf früher oder später ein: Die Wertverwertung ist ein Zwang; sie ist das oberste Gesetz, das Ziel und der Zweck des Prozesses, dem sich alle andere fügen muss. Was konkret produziert wird, wieviel und wie es produziert wird, hängt allein von ihm ab. Weil der

Zweck dieses Prozesses unumstösslich feststeht, so dass dessen Missachtung für jeden Betrieb, der in der Konkurrenz steht, früher oder später tödlich endet, bedarf es zu seiner optimalen Realisierung lediglich einer Rationalität, die sich auf «die richtige Wahl von Strategien, die angemessene Verwendung von Technologien und um die zweckmässige Einrichtung von Systemen» erstreckt: einer Rationalität also, die sich nur auf Relationen technischer Verfügung, also auf Herrschaft bezieht und einen Handlungstyp verlangt, den Habermas «zweckrationales oder instrumentelles Handeln» genannt hat. Diese Rationalität als Rationalität der Wertverwertung ist in Form von Wissenschaft unter das Kapital subsumiert. Das moderne Management ist der Ausdruck dieser Subsumtion oder wenn man will: der Ausdruck des modernen Privateigentums, wie es rational fungiert. Es ist nun gänzlich unmöglich, in diesen Prozess, dessen Ziel ja feststeht und der die Mittel zur Erreichung dieses Zwecks in Form instrumenteller Vernunft kapitalisiert hat, einen Prozess kommunikativen Handelns, also Demokratie, einzubringen.

Die vorgeschlagenen Mitbestimmungsmodelle unterliegen deshalb umfassend dem Verdacht, instrumentalistisch missbraucht zu werden. In einer Gesellschaft, die durch das Prinzip der Wertverwertung bestimmt ist, hat Mitbestimmung nur als Moment zweckrationalen Handelns einen Sinn; so aber realisiert sie keine gesellschaftliche Demokratie.

Das Kapitalverhältnis als Schranke

Die sozialliberale Reform des Kapitalismus mag – aufgeklärte Industriearbeiter und alles, was deren Aufklärung impliziert, vorausgesetzt – über das Steuersystem und all die Mechanismen, die zum Beispiel in den «Freiburger Thesen» vorgeschlagen werden, über einen massiven Staatskapitalismus zu einem Wohlfahrtsstaat führen, der seine Bürger mit sozialer Sicherheit und masslosem Konsum überschwemmt, aber sie wird niemals aus den Industriearbeitern und Industriearbeitern machen, nie Menschen, die die Reproduktion ihres Lebens in demokra-

tischen Prozessen selber bestimmen. Im Begriff des Kapitals ist unüberschreitbar die Unmöglichkeit der Demokratisierung der Gesellschaft gesetzt.

Daran würde sich auch nichts ändern, wenn das Kapital regelmässig über die ganze Gesellschaft verteilt würde. Das Verhältnis des Aktionärs zu seinem im eigenen Interesse nicht mehr von ihm selbst kontrollierten, wissenschaftlich gemanagten Privateigentum beweist dies. Das Problem zunehmender Unmündigkeit der Individuen der modernen bürgerlichen Gesellschaft, der wachsende Verlust ihrer Freiheit an die von ihnen naturwüchsig gemachten, aber sie beherrschenden Verhältnisse, lässt sich nicht auf das Problem einer noch je systemimmanenten gerechteren Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums reduzieren. Es hat seine Wurzel vielmehr in der Art und Weise, wie der Reichtum in dieser Gesellschaft fungiert, in seiner Form, in der Bestimmtheit des Verhältnisses, das die Men-

Der VSETH sucht

Karikaturisten

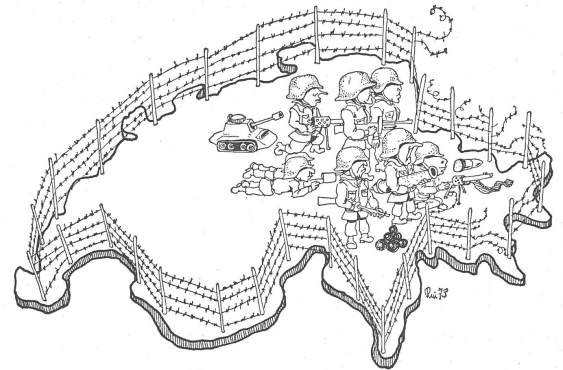
die bereit wären, satirische Zeichnungen über die Hochschule oder sonstige «Tages-themen» zu machen. Unsere freundliche Sekretärin nimmt Anmeldungen entgegen bei: VSETH, Leonhardstr. 19, 8001 Zürich, Tel. (01) 34 24 31.

schen in der Produktion ihres materialen Lebens eingehen, am Kapital.

Peter Günther

7 Werner Malhofer, ebenda, S. 46
8 Jürgen Habermas, Technik und Wissenschaft als Ideologie, 2. Aufl., Frankfurt a. M., 1969 (= es 287), S. 49
9 Jürgen Habermas, ebenda, S. 49

Bern, 28. Nov. Der Bundesrat bestätigt in der Antwort auf eine Kleine Anfrage von Nationalrat V. Oehin (Einer neue Hinderniskonzeption neu festgelegten Armeebedarf nicht zu decken vermögen. Daher müssten zusätzliche Stacheldrahtwägen beschafft werden. Der vorläufige Verzicht auf die Flugzeugbeschaffung erlaube jedoch aus produktionstechnischen Gründen nicht, die noch bestehende Ausrüstungslücke für Stacheldraht kurzfristig zu schliessen.



Das EMD berichtet, die bestehende Ausrüstungslücke müsse dieses Jahr mit massivem Truppeneinsatz kompensiert werden.

Mit dem Sozialismus hat der Liberalismus gemeinsam, dass beide Theorien für eine Entwicklung der Gesellschaft in Richtung einer individuellen und sozialen Utopie, für ein menschenwürdiges Dasein und für Demokratisierung eintreten. Der Liberalismus wendet sich aber gegen jene sozialistischen Theorien, die zu einem Dogmatismus erstarrt sind oder die postulieren, dass durch die Vergesellschaftung der Produktionsmittel der Grossteil der Probleme gelöst würde. Ebenso lehnt der Liberalismus politische Mittel ab, die angeblich dem objektiven Fortschritt dienen, aber in Form von Verselbständigung der Mittel in das fatale Gegenteil, in die Erstarrung der Macht und in Bürokratie ausarten.

Mit Fortschritt meinen wir nicht einen blinden Reformismus, sondern eine Haltung, die bereit ist, auch dort Reformen durchzusetzen, wo diese die Grundlagen unseres Systems, insbesondere der Wirtschaftsordnung, angreifen, sofern dies notwendig ist, um die Freiheit des einzelnen und die Demokratisierung der Gesellschaft voranzutreiben. Reformen sind deshalb nur dann sinnvoll, wenn sie den grundlegenden liberalen Zielvorstellungen entsprechen.

Dieses Prinzip der systemüberwindenden Reform postuliert eine Gesellschaftsveränderung, die sich als fortlaufenden Prozess und nicht als einmaliges Ereignis versteht. Es baut auf die Überzeugung, dass die gegenwärtige Gesellschaftsordnung gewisse Ansatzpunkte zur rationalen Gestaltung bewahrt hat, obschon viele klassische demokratische Instrumentarien ausgehöhlt oder zu einem formalen Mechanismus erstarrt sind.

Aus: LSZ-Thesen – Grundsätze unserer Politik

Neue Zürcher Zeitung

für Leute,
die mitreden
wollen

Sie sind Student und haben die Chance, später einmal in Führungspositionen zu kommen.

Sie werfen Ihren kritischen Blick auf die Welt, in der Sie leben, und bereiten sich darauf vor, von solchen Positionen aus die Zukunft mitzugestalten.

Dazu braucht es nicht nur Charakter und Fachkenntnisse, sondern auch Information über die Ereignisse und Probleme des Tages.

Die «NZZ» gilt – nach dem Urteil maßgebender ausländischer Kenner – als eine der besten Tageszeitungen überhaupt. Sie bietet – so wird gesagt – mit einer Fülle an Stoff ein Optimum an Sachlichkeit.

Was nicht heißt, daß wir keine eigene Meinung haben. Doch sind wir gerade darin liberal, daß wir der Meinung der anderen auch Raum geben.

Sie werden sicherer mitreden und mitbestimmen können, wenn Sie sich ein verbilligtes Studentenabonnement auf die «NZZ» schenken lassen oder aus Selbstverdienstem leisten. Sie erhalten zu relativ bescheidenem Preis ein Wissen ins Haus geliefert, das Bücherbände füllen könnte.

Wir geben Ihnen gerne die Möglichkeit, unser Blatt über längere Dauer kennenzulernen:

mit einer Gratislieferung während 3 Wochen oder mit einem um 30% verbilligten Studentenabonnement:
für 3 Monate Fr. 15.40 (statt Fr. 22.—)
für 6 Monate Fr. 29.40 (statt Fr. 42.—)
für 1 Jahr Fr. 56.— (statt Fr. 80.—)

Werbeabteilung
Neue Zürcher Zeitung
Hauptpostfach, 8021 Zürich

Hier abtrennen

Coupon

Ich bitte Sie um unverbindliche Gratislieferung der «Neuen Zürcher Zeitung» während 3 Wochen

Ich bestelle ein Studentenabonnement auf die «NZZ»

für 3 Monate zu Fr. 15.40

für 6 Monate zu Fr. 29.40

für 1 Jahr zu Fr. 56.—

Nichtgewünschtes
bitte streichen

Name und Vorname: _____

Adresse: _____

Postleitzahl/Ort: _____

Hochschule: _____

Semester: _____

Coupon bitte einsenden an die Werbeabteilung der Neuen Zürcher Zeitung, Hauptpostfach, 8021 Zürich

Z.St.

Bericht über das internationale Studentenseminar in Strassburg (Anfang Dezember 1972)

EWG: Die Herausforderung auf dem Bildungssektor aufnehmen...

Das internationale Seminar von Strassburg, organisiert vom Verband Deutscher Studentenschaften (VDS) gemeinsam mit der Union Nationale des Etudiants de France (UNEF) und mit der Unterstützung des Internationalen Studentenbundes (ISB), war ein erster, erfolgversprechender Schritt, in europäischer Zusammenarbeit der studentischen Organisationen der kapitalistischen Integration des Bildungswesens in Westeuropa (EWG) koordiniert entgegenzutreten. Das Seminar, an dem die nationalen Dachverbände von über 20 Staaten Europas teilnahmen, stand unter dem Titel «Europa,

die Studenten und die Hochschule in den kapitalistischen Ländern und die Demokratisierung der Ausbildung». Vier Tage lang diskutierten die Delegierten in vier Arbeitsgruppen: Tendenzen der kapitalistischen Bildungsplanung, Numerus clausus, soziale Auslese (1); Studienreform, Ausbildungsinhalte und Berufsperspektive der Studenten (2); die Ausrichtung der Hochschule in den kapitalistischen Ländern auf die Interessen der nationalen und multinationalen Monopole (3) und die Perspektive gemeinsamer Aktionen (4).

Zum einen wurde die Möglichkeit des gesamten europäischen Informationsaustauschs über die Probleme der Studenten und über ihre Forderungen rege benützt, zum anderen aktualisierte sich das Bedürfnis, konkrete Beschlüsse zur Vereinheitlichung der Politik der Studentenverbände der kapitalistischen Länder Europas zu fassen. Diesen Beschlüssen, unten angeführt, liegt die Erkenntnis zugrunde, dass die Bildungspolitik und die Bildungsplanung der kapitalistischen Länder in zunehmendem Mass supranationale Form – sowohl im EWG- als auch im OECD-Rahmen – angenommen hat und dass dieser supranationalen Bildungspolitik nur durch die gemeinsame Aktion der Studentenverbände begegnet werden kann. Darum die Überschrift: «Die EWG und die Studenten».

Koordinierung der Unterrichtssysteme und Beseitigung der Hindernisse für die Mobilität der Lehrkräfte und Lernenden, gemeinsame Massnahmen auf dem Gebiet der Unterrichtstechnologie, der pädagogischen Forschung und der ständigen Weiterbildung.

Zu erwähnen ist noch das Memorandum der Kommission an den Rat (Brüssel 1970) über «die Industriepolitik der Gemeinschaft». Darin schlägt sie die Gründung einer «Europäischen Stiftung für Management und Ausbildung» vor. Um aus der Abhängigkeit von amerikanischen Managern herauszukommen, fördert die Kommission entschieden eine Verstärkung der Managerausbildung in Europa selbst sowie eine stärkere Einbeziehung der «Probleme der Industrie» in das System der höheren Ausbildung an den Universitäten. Weiterhin schlägt das Memorandum die Übernahme der Grundlagenforschung durch die öffentlichen Haushalte bei Konzentration der wissenschaftlichen Kapazitäten vor. Es geht hier um den Prozess der Sozialisierung der Kosten, der auch auf der nationalen Ebene der monopolistischen Bildungsplanung festzustellen ist.

Fehlen des notwendigen bildungsplanerischen Instrumentariums grundsätzlich aus der finanzpolitischen Misere der öffentlichen Ausgaben kapitalistischer Gesellschaften resultiert. Dementsprechend werden auch in allen Ländern Westeuropas die Bildungsausgaben – zumindest relativ – eingeschränkt (siehe Plafonierung der Studentenzahlen in der Schweiz). In Frankreich z. B. wurden die Bildungsausgaben von 1971 auf 1972 um rund 9,5% gekürzt. Es dürfte klar sein, dass dies für den Studenten äusserst negative Folgen zeitigt. Insbesondere im Bereich der sozialen Lage der Studenten ist eine deutliche Verschlechterung festzustellen (FRK: 4% Steigerung der Stipendien bei 6% Preissteigerung im gleichen Zeitraum; CH: überhaupt keine Teuerungsanpassung der Stipendien), wie auch in der Verschlechterung der Ausbildungsbedingungen (Mangel an Lehrpersonal, an Lehrmitteln und Räumen).

Tendenzen supranationaler Bildungspolitik

Die Tatsache der supranationalen Bildungspolitik im EWG-Rahmen meint nur aber keineswegs, dass es von der EWG aus eine hochentwickelte institutionalisierte gesamteuropäische Bildungspolitik gäbe. Denn in den römischen Verträgen ist eine gemeinsame Bildungspolitik oder wenigstens die gegenseitige Abstimmung hochschulpolitischer Entscheidungen nicht vorgesehen. Seit der Gründung der EWG sind denn auch keine wichtigen Initiativen der Europäischen Gemeinschaft zum Bildungswesen gekommen, sondern ein Grossteil der europäischen Bildungspolitik wurde und wird ausserhalb der EWG-Gremien gemacht. Zu verweisen ist auf die Tätigkeit der OECD (bildungspolitische Empfehlungen für die einzelnen Staaten) und des Europarates (Rat für kulturelle Zusammenarbeit).

Neben dieser vorläufigen, nur in Ansätzen ausgebildeten institutionalisierten EWG-Bildungspolitik muss festgestellt werden, dass die Tendenz zu einer integrierten Bildungspolitik der kapitalistischen Länder Europas zunimmt. So gibt es auch Bestrebungen zu einer gemeinsamen Forschungspolitik. Dass sie bisher nur im Bereich der Atomforschung (Cern) und Entwicklung der Grossraumflugzeuge zum Teil gelungen ist, hängt u.E. mit der privatkapitalistischen Form der Internationalisierung von Forschung und Entwicklung zusammen.

Da die Mehrzahl der technischen Innovationen aus der Rüstungsforschung erwachsen (laut Unesco sind 1963 60% der Weltausgaben für wissenschaftliche Forschung in die Rüstung geflossen), kommen die politischen und ökonomischen Widersprüche aufgrund der Monopolkonzernierung immer wieder zum Tragen, was den Prozess der bildungspolitischen Integration erschwert. Deswegen geachtet aber gleich ist die Situation im Bildungswesen aller kapitalistischen Länder in und um die EWG an – die Situation, die wesentlich von einer überall zu konstatierenden Krise geprägt ist.

Der Vergleich der bildungspolitischen Situation in den verschiedenen Ländern Westeuropas

Die folgenden Ausführungen geben im wesentlichen die Mittel wieder, die als Instrumente eingesetzt werden, um der allgemeinen Krise im Bildungswesen, die als eine Erscheinungsform der Widersprüchlichkeit kapitalistisch produzierender Gesellschaften zu betrachten ist, «wirksam» zu begegnen.

Die Begrenzung der Studentenzahlen – in vielfältigen nationalen Ausprägungen realisiert – erscheint als Wesensmerkmal kapitalistischer Bildungsplanung. In einigen Ländern besteht ein totaler Numerus clausus. In anderen, z. B. BRD, Frankreich, Niederlande, Norwegen und Schweden, wird der Numerus clausus «nur» partiell als Bildungsplanungsinstrument angewandt. Die Schweiz dagegen versucht sich mittels eines «kalten» NC (Propädeutika und andere selektive Zwischenprüfungen) durch die überdeutlich gewordene bildungspolitische Misere zu mausern. Damit einher geht eine sich immer eine deutliche soziale Selektion (siehe Kasten 1: Anteil der Arbeiterkinder an den Universitäten), die in aller Unerbittlichkeit den Stand der Verwirklichung des demokratischen Postulats der Chancengleichheit entlarvt.

Ein weiteres, recht probates Mittel, der «kalten NC», gewinnt über die Schweiz hinaus supranational an Bedeutung: die Erhöhung der Quote der

einigen Studenten, die Zwischen- und Abschlussprüfungen nicht bestehen bzw. aus Gründen unzureichender materieller Sicherung des Studiums (Stipendien) ihre Hochschulstudien abbrechen gezwungen sind (siehe Kasten 2: Quote des Abbruchs der Studien).

Der mannigfaltige Katalog der Instrumente, der Krise im Bildungswesen nicht an der Wurzel, sondern an der Oberfläche der Erscheinungsform zu begegnen, reicht konsequenterweise bis hin zur Rationalisierung und Effektivierung der einzelnen Studiengänge. Es werden nämlich in allen kapitalistischen Ländern Westeuropas Kurzstudien eingeführt, welche verschiedenen «Zielen» gültig Dienst erweisen. Zum einen erhöhen Kurzstudiengänge die Durchlaufquote der Universitäten, zum anderen, was wichtiger ist, ermöglicht die Differenzierung des Qualifikationsniveaus die noch reibungslosere Integration der Hochschulabsolventen in mehrfach untergeordnete Positionen im lohnbabhängigen Status.

Es ist ein Gemeinplatz, dass die Krise im Bildungswesen nebst dem

Dänemark	50%
Frankreich	70%
Niederlande	40%
BRD	45%
Schweiz	25–35%
Italien	50%
Belgien (Universität Brüssel)	60%

Bezeichnenderweise werden den offiziellen Kreisen Mitbestimmungsrechte der Studenten, sofern sie vehement zur Verteidigung oder Verwirklichung demokratischer Forderungen von seiten der Studenten wahrgenommen werden, unbequem. Zur Zeit sind in mehreren Ländern Tendenzen zu beobachten, hart erämpfte Mitbestimmungsrechte der Studenten mittels Gesetzesänderungen rückgängig zu machen (z. B. BRD). Auch die offiziellen Interessensorganisationen der Studenten stehen mancherorts unter Beschuss, ja man versucht sie sogar abzuschaffen (z. B. Grossbritannien und BRD). Allen kapitalisti-



72/73 auf eine Politik der tendenziell gewerkschaftlichen Orientierung;

«Das Aktionsprogramm setzt bei den politischen und sozialen, Tages-Interessen der Studierenden ein und vermittelt diese mit der objektiven Lage der Studierenden in der Studienorganisation und in der Gesellschaft. Diese wiederum ist bestimmt durch die objektive Zukunftssituation der zunehmenden Zahl der Studierenden als der zukünftigen Lohnabhängigen, d.h. in wachsender Masse den kapitalistischen Interessen Untergeordneten.» (Richtlinien für das Programm S. 6).

Alle nationalen Studentenverbände Westeuropas stimmen in den Grundzügen dieser Strategie – der gewerkschaftlichen – überein. Dies ergab die Voraussetzung, auf der Ebene des Meinungsaustauschs sowie auf der Ebene gemeinsamer Aktionen wirksame Zusammenarbeit organisieren zu können mit der Überzeugung, nur in der Vereinheitlichung der europäischen Studentenbewegung und in Zusammenarbeit mit den demokratischen Organisationen der sozialistischen Länder der kapitalistischen Integration des Bildungswesens und deren Konsequenzen im Rahmen der EWG wirkungsvoll entgegenzutreten zu können.

In diesem Sinn einigten sich die über 20 in Strassburg vertretenen studentischen Organisationen auf folgende in der Schlussresolution angeführten Grundzüge von Formen gemeinsamer Aktivitäten:

Osterreich	5%
BRD (1966)	8,5%
Dänemark (1964)	10%
Belgien (1962)	12%
Frankreich	3,4%
Griechenland	7,2%
Norwegen (1964)	7%
Schweden (1961)	14%
Schweiz (1969)	6%
Grossbritannien (1961) (inkl. Handwerker)	23%
Italien (1964) (inkl. Angestellte)	15,3%

sehen Ländern, mit einigen Ausnahmen, ist jedoch gemeinsam, dass die Mitbestimmungsrechte relativ begrenzt oder faktisch nicht existent sind. Vor allem bieten die Entscheidungsstrukturen der Hochschulen keine Gewähr der demokratischen Kontrolle der Mehrheit der Bevölkerung, der Lohnabhängigen.

Die Forderungen der verschiedenen nationalen Studentenverbände

Die Diskussion um die Analyse der bildungs- und sozialpolitischen Situation der verschiedenen Länder Westeuropas erbrachte grundsätzliche Übereinstimmung der jeweiligen nationalen Probleme und Konflikte im Hochschulsektor und der daraus resultierenden studentischen Forderungen. Diese einheitlichen Forderungen wurden in einer Schlussresolution des Seminars zu einem Forderungskatalog zusammengefasst.

Dieser Forderungskatalog, der, und das ist zu betonen, den grundsätzlichen Konsens aller in Strassburg versammelten Studentenorganisationen widerspiegelt, umfasst im wesentlichen folgende Punkte:

- Respektierung und Erweiterung der politischen und gewerkschaftlichen Rechte, Sicherung und Ausbau der Mitbestimmung der Studenten und ihrer Organisationen bei der Verwaltung der Universität und in der gesamten Bildungspolitik;
- Anerkennung der Diplome und Staatsexamina durch den Staat und die Unternehmer, Anerkennung des Rechts auf Berufsausübung und Anstellung ohne politische, soziale, rassische oder religiöse Diskriminierung;
- Verteidigung der Forderungen, wie sie in dieser Plattform niedergelegt sind, auch gegenüber den gemeinsamen Institutionen der kapitalistischen Länder Europas;
- Entwicklung der Zusammenarbeit sowie des wissenschaftlichen und kulturellen Austauschs zwischen den Ländern Europas ohne Diskriminierung, auf der Basis der Gleichberechtigung und unter Wahrung des nationalen kulturellen Erbes mit dem Ziel des gegenseitigen Vorteils, des sozialen Fortschritts und des Friedens und im Geist der Freundschaft und der internationalen Solidarität.

Im Zusammenhang mit diesen Forderungen scheint uns wichtig zu betonen, dass anhand dieses Katalogs Formen der Vereinheitlichung der Politik der Studentenverbände des kapitalistischen Westeuropas diskutiert und verabschiedet wurden.

Formen der Auseinandersetzungen

Der VSS verpflichtete sich mit der Verabschiedung des Aktionsprogramms

Bernhard Frei VSS-Vorstand

Bericht von einem VSS-Seminar

Dürfen die Studentenschaften Politik machen?

Am 20. und 21. Januar veranstaltete der VSS in Gwatt bei Thun ein Seminar über die verzwickte Frage nach dem sogenannten politischen Mandat der Studentenschaften. Interessante Referate und lebhaft Diskussionen unter den zirka 30 Teilnehmern haben geholfen, das mögliche Tätigkeitsfeld der Studentenschaften und des VSS genauer abzustecken.

Angepakt wurde das vielschichtige Problem des politischen Mandats von seiner juristischen Seite, wobei es nicht um ein eigentliches Mandat (Auftragsverhältnis) ging, sondern um die Frage, ob die Studentenschaften und ihr Dachverband Stellungnahmen zu allen beliebigen politischen Fragen abgeben dürfen. Dabei konnte man sich auf die bedeutendste Vorarbeit, die in der BRD zu diesem Thema geleistet worden ist, beziehen. Martin Killias erörterte in seinem einführenden Referat die Ansicht von U. Preuss, die er in seinem Büchlein «Das politische Mandat der Studentenschaft» (edition suhrkamp)

ausführlich darlegt. Preuss geht davon aus, dass das Grundgesetz der BRD die Wissenschaftsfreiheit garantiert. Da die Wissenschaft politische Implikationen hat, haben die Wissenschaftler politische Verantwortung. Daraus, dass die Studenten Wissenschaftler sind, schliesst Preuss, dass sie aufgrund ihrer Verantwortung als Wissenschaftler politisch Stellung beziehen müssen. Die Studentenschaft ist das Organ zur Vertretung dieser auf wissenschaftlicher Basis erarbeiteten politischen Stellungnahmen. Killias hat diese Argumentation abgelehnt mit dem Hinweis, dass studentische Argumentationen nicht immer

wissenschaftlich sind. Demgegenüber hielt er fest, dass politische Veranstaltungen zu Bildungszwecken durchaus im Rahmen der Verfolgung wissenschaftlicher Ziele sind und deshalb von den Studentenschaften organisiert werden können. Ebenso wenig wurde bezweifelt, dass die Studentenschaften oder Fachschaften sich aufgrund eines ausgewiesenen wissenschaftlichen Sachverständnisses zu allgemeineren politischen Fragen äussern können. Weiter führte er aus, dass der Verbandszweck massgebend ist für den zulässigen Bereich politischer Stellungnahmen. Im allgemeinen lautet der Verbandszweck der Studentenschaften «Wahrung der studentischen Interessen». Diese Interessen können jedoch nicht objektiv formuliert werden, sondern werden vom Verband selbst aufgrund interner Meinungsbildung artikuliert. Damit ist für den Bereich möglicher politischer Stellungnahmen der Studentenschaften we-

Im nächsten »konzept«:

MATERIA- LIEN

Weitere Vorstellung zur HFG-Revision

nig ausgesagt, nämlich nur, dass die Studenten in irgendeiner Weise besonders betroffen sein müssen. Mit genügend Sophismus lässt sich nun aber in fast allen politischen Fragen eine *absonderliche Betroffenheit* der Studenten nachweisen, insbesondere auch deshalb, weil nicht nur eine materielle Betroffenheit, sondern auch eine ideelle Betroffenheit (Solidarisierung) ihre Berechtigung hat. Eine rein formaljuristische Betrachtung des Problems wirft wegen des grossen Ermessensspielraums nicht viel ab für eine Beurteilung des Problems.

Zur Wünschbarkeit des *politischen Mandats* zeigte Werner G. Hoffmann in seinem Referat, dass Bestrebungen zur Abschaffung eines *politischen Mandats* normalerweise gepaart sind mit der Absicht, die Stellung der *Studentenschaft überhaupt* zu schwächen. Deshalb forderte Peter Kurer in seinem Referat, dass auf die prononcierte Wahrnehmung eines generellen politischen Mandats verzichtet werde, damit sich ein grosser Teil der *Studentenschaft* mit der Handlungweise ihrer offiziellen Studentenschaft identifizieren kann. Hoffmann schliesst anhand von Ergebnissen von neuesten Urabstimmungen in Zürich und Bochum, dass die Einstellung der Studenten zum *politischen Mandat* eine Frage des *politischen Bewusstseins* ist. Da er aber einen Studentenverband nicht nur

als blossen Registrator, sondern als *bewussten Initianten fortschrittlicher Bewegungen* versteht, postuliert Hoffmann, dass die *Studentenverbände* nicht erst dann für ein *politisches Mandat* Stellung beziehen, wenn diese Forderung ohnehin zum Allgemeingut der studentischen Bewegung geworden sein wird.

Obwohl man sich auf der theoretischen Ebene nicht einig war, konnte in bezug auf das praktische Vorgehen des VSS ein Konsens unter den Seminarnehmern erzielt werden: Beat Schneider betonte, dass der VSS keine Partei ist, sondern ein *studentisches Aktionsbündnis*, das den «Tages-Interessen der Studierenden» zu folgen hat. Mit andern Worten: Der VSS soll nicht zum Instrument einer politischen Partei gemacht werden, sondern von allen *gesamtschichtlichen Interessen* nur jene behandeln, welche die *Studenten* besonders betreffen. Diese Betroffenheit muss nicht unbedingt materieller Natur sein (zum Beispiel Wohnungsfragen), sondern kann auch ideeller Natur sein (zum Beispiel Solidarisierung mit den Studenten von Kent, Ohio, anlässlich der Erschiessung von fünf Kommilitonen). Das mögliche politische Betätigungsfeld der Studentenschaften und des VSS ist also auch aufgrund verbandlinter Ueberlegungen recht gross, aber nicht unbegrenzt.

Christian Thomas

40 Stunden sind genug!

Vor etwas mehr als einem Jahr haben die *Progressiven Organisationen der Schweiz (POCH)* eine Initiative zur Einführung der *40-Stunden-Woche* lanciert. Zur Untermauerung der Argumentation wurde dabei in der Folge eine Broschüre ausgearbeitet, die dem Wunsch nach einer umfassenderen Darstellung des gesamten Fragekomplexes *40-Stunden-Woche* nachkommen soll. Wir drucken im Folgenden einen Auszug aus der Broschüre der *POCH* ab.

Der Entschluss der *POCH*, die *40-Stunden-Woche-Initiative* zu lancieren, war eine direkte Folge der *Schwarzenbach-Initiative*. Nichts hätte den Zustand der schweizerischen Arbeiterbewegung krasser zeigen können als das Abstimmungsergebnis vom 7. Juni 1970. Das jahrzehntelange *Fraternisieren* und *Paktieren* der *Rechten* in der *SP* und den *Gewerkschaften* mit dem *Bürgertum* hatte die *Arbeiterchaft* so weit desorientiert und desorganisiert, dass es einem durch und durch bürgerlichen Demagogen, einem Bewunderer Hitlers und Mussolinis, gelingen konnte, einen grossen Teil selbst der *Gewerkschaftsmitglieder* für sich zu gewinnen. Der Bankrott der *Politik der Sozialpartnerschaft* trat damit offen sichtbar zutage.

Gegen die Offensive von rechts

Aber auch für die *Linke* sah die Lage beim Debakel vom 7. Juni nicht unbedingt rosig aus. Sie konnte natürlich der *Parole Schwarzenbachs* nach Abbau der *Fremdarbeiter* unmöglich zustimmen. Diese stellte einen klaren Angriff auf das Prinzip der *Arbeiter солидарität* dar und war eindeutig darauf angelegt, die *Spaltung* und *politische Schwächung* der *Arbeiterklasse* voranzutreiben. Wie seine neueste *Ueberfremdungsinitiative* wieder deutlich zeigt, geht und ging es *Schwarzenbach* gar nicht so sehr um einen *Ausländerabbau*. Was er will, sind nicht weniger *Fremdarbeiter*, sondern *weniger Rechte für die Fremdarbeiter*, d. h. die *Ersetzung von Ausländern* mit *minimalen Rechten* (*Jahresaufenthalter*) durch solche ohne jede Rechte (*Saisoniers*). Deshalb hat er auch stets den *unbeschränkten Zugang* von *Saisonarbeitern* gefordert: Diese könnten wegen ihrer *Rechtlosigkeit* im Bedarfsfall als *beliebig steuerbare Manövriermasse* (z. B. als *Streikbrecher*) eingesetzt werden, sie lassen sich bequem abschieben und belasten die *Infrastruktur* nur in geringem Ausmass.

So musste sich die *Linke* am 7. Juni 1970 wohl oder übel in die von ganz

anderen Motiven bestimmte *Einheitsfront* von *Bürgertum* und *Sozialpartnern* einreihen. Dadurch war es ihr fast unmöglich, sich mit einer eigenen *Politik* zu profilieren.

Für eine Stärkung der Linken

Aus dieser Situation haben die *POCH* die *Konsequenzen* gezogen. Die *Krise der Sozialpartnerschaftspolitik* kann nur dann in einen *Erfolg der Linken* umgewandelt werden, wenn diese zu zeigen vermag, dass sie, und nur sie, gewillt und imstande ist, die *Interessen*

Die Broschüre «40 Stunden sind genug» ist zum Preis von 2 Fr. beim *POCH-Verlag*, Postfach 196, 8049 Zürich, erhältlich. Bei der gleichen Adresse können bestellt werden: «Nulltarif» (2.50 Fr.) und «Kapitalistisches Gesundheitswesen» (4 Fr.).

der *Arbeiterklasse* wirksam zu vertreten. Dies ist nur möglich, wenn vom *blossen Reagieren* auf die *Angriffe des Bürgertums* zur *Gegenoffensive* geschritten wird. Dazu müssen *klare Klassenforderungen* gestellt werden. Die *Forderung nach Arbeitszeitverkürzung* ist eine davon. Sie schafft *klare Fronten*. Die *40-Stunden-Woche-Initiative* bietet verschiedene Möglichkeiten, die *augenblickliche Schwäche* der *Schweizer Arbeiterbewegung* zu überwinden.

POCH

Gedacht – gedichtet

Der städtische Vater an seinen Sohn

Kannst du da oben über den Antennen, hinter diesen hohen Baugerüsten hangen sehen den Mond, Kind?

Ganz im Smog, der unsere Alten (die den Mond noch anders kannten) erlöst am kritischen Tag ihres Biorhythmus,

hängt er, im Rauch des Kamins einer Fabrik, die Lebensverlängerungs-Pillen herstellt!

Kinoanzeige

Weekend oder das Ende des Spätkannibalismus in Farben jeder frisst jeden mit Zähnen im Kino Okzident geh hin und sieh's

Schriftstellerdasein

1 Je mehr Zeilen desto mehr Honorar

2 Je weniger desto weniger

Je Bestseller desto Schriftsteller

Clemens Mettler

Chile-Woche an den schweizerischen Hochschulen 22.–28. Februar 1973

Der VSS organisiert vom 22. bis 28. Februar 1973 an den schweiz. Hochschulen ein *Chile-Solidaritätsmeeting!* (Jeweils am Abend)

- Zürich: Donnerstag, den 22. Februar 1973
- Bern: Freitag, den 23. Februar 1973
- St. Gallen: Montag, den 26. Februar 1973
- Fribourg: Dienstag, den 27. Februar 1973
- Basel: Mittwoch, den 28. Februar 1973

Programm: ● Begrüssung durch den VSS

- *Chilenische Volksmusik* (chilen. 5-Mann-Band) Rede über die aktuelle Situation in Chile: Ernesto Ottone, Vorstand des CPFUCH (Verband der chilen. Studentenschaften)
- *Chilenische Volksmusik*, 2. Teil
- *Allgem. Diskussion* mit der *chilenischen Delegation*

Es ladet ein der VSS und die lokalen Studentenschaften.

Vorstand VSS

BULLWORKER verwandelt Schwächlinge in MÄNNER

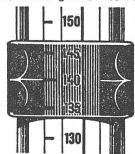


Mit 19 Jahren hatte Jacques Seiler bereits alles ausprobiert: Expander, Gewichte, Hanteln, Gymnastik und Sport — doch schien sein knabenhaft schwächlicher Körper für ihn unabwendbares Schicksal zu bleiben. Dann begann Jacques mit dem *BULLWORKER-Training*, nahm 15 kg zu und erreichte folgende *«Championmassen»*: Brustumfang 116 cm, Biceps 40 cm, Vorderarme 32 cm, Taille 78 cm, Oberschenkel 62 cm, Waden 37 cm. «Der Bullworker» sagt Jacques, «entwickelt einen Körper, auf den jeder Mann stolz sein kann! Was Jacques Seiler und tausende anderer Männer erreichten, kann der Bullworker auch für Sie tun. Die Resultate sind garantiert — oder Sie zahlen nichts.

DAS KINDERLEICHTE BULLWORKER-TRAINING - 5 MINUTEN TÄGLICH GARANTIERT INNERT 14 TAGEN RESULTATE, DIE SIE FÜHLEN, SEHEN UND TATSÄCHLICH NACHMESSEN KÖNNEN. Andernfalls zahlen Sie nichts

In weniger Zeit als Sie zum Rasieren benötigen, kann Ihnen der *Bullworker* zu einem *männlich-athletischen Körper* verhelfen, den *Frauen* bewundern und um den *Sie* von anderen *Männern* beneidet werden. In nur 5 Minuten pro Tag kann der *Bullworker* *schwächliche Arme* in *kraftvolle Bizeps* verwandeln — einen *muskulösen Brustkasten*, *breite Schultern*, *stahlharte Bauchmuskeln*, *kräftige Oberschenkel* und *Waden* entwickeln und Ihre *Haltung* verbessern. Schon nach 14 Tagen können Sie *Resultate* im *Spiegel* sehen und mit dem *Messband* kontrollieren — andernfalls zahlen Sie nichts. Senden Sie uns den *Coupon* für alle Details noch heute. *Keine Verpflichtung*. *Kein Vertreterbesuch*.

NEU: EINGEBAUTER DYNAMOMETER (Kraftmesser) misst Ihre Kraft schon vom ersten Tag an. Notieren Sie nach jeder Übung den erreichten Wert und vergleichen Sie ihn mit dem Ergebnis des Vortages.



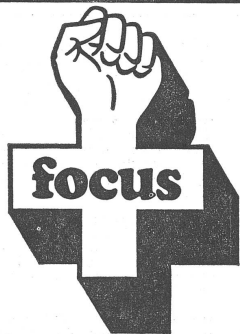
Sie werden überrascht sein, wie schnell Ihre *Muskulatur* zunehmen können — 4mal schneller als mit anderen Mitteln — bis 4% pro Woche oder phantastische 50% in 3 Monaten.

BULLWORKER-SERVICE der Tono AG, Dufourstrasse 145, 8034 ZÜRICH

GRATIS-DOKUMENTATION

BULLWORKER-SERVICE der Tono AG, Dufourstrasse 145, 8034 ZÜRICH JA, senden Sie mir alle Details über die *Bullworker-Methode*, die einen *männlich-athletischen Körper* garantiert. STU-302

Name: _____ Vorname: _____
 Strasse: _____
 PLZ: _____ Ort: _____
 © 1970 Tono AG, Zürich



GEGENINFORMATION

das schweizerische politische Monats-Magazin

Verlag focus

Postfach 2060 CH-8023 Zürich

2000 buch

die politische Versandbuchhandlung für kritische Leser

- Spezialgebiete: Aktuelle Politik, Friedenssicherung, Dritte Welt, Soziologie, Kirche und Gesellschaft, Engagierte, Gegenwartsliteratur

Verlangen Sie unsere monatliche «information für morgen». Sie orientiert kostenlos über Interessantes vom Buchmarkt

«buch 2000», Postfach 36, 8910 Affoltern a. A., Telefon 01/99 85 85

Dissertationen

rasch und preiswert wie noch nie, wenn Sie uns ein reproduktionsfähiges Manuskript bringen.

Wir stellen Ihnen für die *Reinschrift* gratis eine elektrische *IBM-Executive* mit *Plastikfarband* zur Verfügung.

Unsere freundlichen *Sekretärinnen* erklären Ihnen den *Arbeitsvorgang*.

Auf Wunsch nehmen wir Ihnen die *Schreib- und Zeichenarbeit* aber auch gerne ab.

Für anspruchsvolle Kunden stehen *Linotype-Setzmaschinen* und eine *IBM-Composer-Anlage* zur Verfügung.

Juris Druck + Verlag, Basteiplatz 5, 8001 Zürich, Telefon 27 77 27 (gegründet 1945)

Emissionsprospekt

Der Schweizerische Studentenreisedienst, Genossenschaft mit Sitz in Zürich, präsentiert seinen

Investmentplan Sommer 73

Ausgabepreis der »Anteilscheine« :
100% + Fr. 5.- Buchungsgebühr für Anteile
über Fr. 50.-

Zeichnungsfrist: 15. Februar
bis 31. Oktober 1973
Laufzeiten: Diverse

Auszug aus dem Investmentplan

Titel	Fälligkeit resp. Dauer	Zeichnungs- betrag	Titel	Fälligkeit resp. Dauer	Zeichnungs- betrag
Badeferien			Ferner Osten		
Griechenland			Querschnitt durch Thailand	3 Wochen	Fr. 3515.-
Paros	14 Tage	Fr. 555.-	Tramp Tour (Thailand, Malaysia, Singapore)	11. 7.-8. 8	Fr. 2200.-
Kalogria	14 Tage	Fr. 625.-	Japan	4 Wochen	Fr. 3900.-
Kreta	14 Tage	Fr. 855.-	Südamerika		
Türkei			Peru-Bolivien	9. 7.-3. 8.	Fr. 2785.-
Akçay	14 Tage	Fr. 575.-	Städtereisen		
Alanya	14 Tage	Fr. 675.-	Istanbul	4 Tage	Fr. 275.-
Jugoslawien			Paris	7 Tage	Fr. 275.-
Insel Masliniza	14 Tage	Fr. 495.-	Rom	7 Tage	Fr. 225.-
Frankreich			London	7 Tage	Fr. 250.-
Korsika	14 Tage	Fr. 495.-	Budapest	7 Tage	Fr. 255.-
Rundreisen			Wien	7 Tage	Fr. 245.-
Mittelmeer			Flüge		
Bergsteigerexpedition			Bangkok einfach		Fr. 777.-
Ararat/Türkei	21 Tage	Fr. 1330.-	Tokyo einfach		Fr. 1287.-
Sizilien	14 Tage	Fr. 755.-	Lima/Baranquilla einfach		Fr. 900.-
Toskana-Wanderferien	11 Tage	Fr. 335.-	New York einfach		Fr. 550.-
Skandinavien			London einfach		Fr. 107.-
Königsweg	20 Tage	Fr. 1485.-	Athen einfach		Fr. 181.-
Gothlandreise	25. 7.-5. 8.	Fr. 985.-	Amsterdam einfach		Fr. 99.-
Oststaaten			Istanbul einfach		Fr. 185.-
Transibirische Eisenbahn bis Yokohama	14 Tage	Fr. 1725.-	Kopenhagen einfach		Fr. 126.-
Warschau-Moskau-Leningrad	17. 7.-23. 7.	Fr. 835.-	Tel Aviv einfach		Fr. 285.-
Zentralasien/Afghanistan	30. 7.-19. 8.	Fr. 3465.-	Züge		
Segeln auf den Masurischen Seen	22. 7.-5. 8.	Fr. 795.-	Paris retour		Fr. 76.-
			Rom einfach		Fr. 47.-
			Barcelona einfach		Fr. 75.-
			Stockholm einfach		Fr. 160.-

Zeichnungsstellen:

SSR-Basel, Friedensgasse 14, 4000 Basel 12, Tel. (061) 25 98 20
 SSR-Bern, Hallerstrasse 4, 3012 Bern, Tel. (031) 24 03 12
 SSR-Genève, 72, Bd St-Georges, 1205 Genève, Tél. (022) 43 23 60
 SSR-Lausanne, 8, rue de la Barre, 1005 Lausanne, Tél. (021) 20 39 75
 SSR-Lyon, 39, rue Chevreul, 69 Lyon 7, France, Tél. 003378-728904
 SSR-St. Gallen, Burggraben 25a, 9000 St. Gallen, Tel. (071) 22 22 44

SSR-Freiburg i. Br., SHR Studenten- und Hochschulreisedienst, Universitäts-
 strasse 15, Freiburg, Tel. 0761.31078
 SSR-Fribourg, Office de Tourisme, 30, Grand-Place, 1700 Fribourg,
 Tél. (037) 22 11 56
 SSR-Luzern, Junior Travel-Service, St.-Karlquai 3, 6004 Luzern
 Tel. (041) 22 50 01
 SSR-Solothurn, Verkehrsbüro, Hauptgasse 69, 4500 Solothurn,
 Tel. (065) 2 19 24
 SSR-Zug, Verkehrsbüro, Bahnhofstr. 23, 6300 Zug, Tel. (042) 21 00 78

SSR-Biel, STA Technikum, Römerquelle, 2500 Biel
 SSR-Brugg, Technikum, 5200 Brugg-Windisch, Tel. (056) 41 45 48
 SSR-Buchs, Neu-Technikum, Studentenschaft, 9470 Buchs
 SSR-Burgdorf, Technikum, Pestalozzistr. 20, 3400 Burgdorf
 SSR-Konstanz, Studentenwerk, Akademischer Reisedienst, Postfach 5380,
 D-7750 Konstanz-Giessberg, Tel. 07531-63081
 SSR-Lugano, Mauro Moroni-Stampa, via Cattedrale 4, 6900 Lugano
 Tel. (091) 2 58 45
 SSR-Neuchâtel, Clos-Brochet 10, Cité Universitaire, 2000 Neuchâtel,
 Tél. (038) 24 48 08
 SSR-Winterthur, Studentenausschuss, Rosenstrasse 3, 8400 Winterthur.
 Tel. (052) 22 05 61



SSR

Schweizerischer Studentenreisedienst

Leonhardstrasse 10, 8001 Zürich, Tel. (01) 47 30 00

Gespräch mit Prof. G. Hess, neuer Leiter der konzeptionellen Luzerner Hochschulplanung

« Hoffnungslos pragmatisch werde ich nicht sein »

Hochschulneugründungen finden in der Schweiz nicht gerade alle Jahre statt. Es handelt sich also um verhältnismässig bedeutungsvolle Unternehmen. Noch seltener freilich dürften bei derart wichtigen Vorhaben versierte Experten aus anderen Staaten an führender und entscheidender Stelle mitarbeiten können. Wir haben deshalb Prof. G. Hess, den ehemaligen Grün-

ungsrektor der Reformuniversität Konstanz, der zum verantwortlichen Leiter der konzeptionellen Luzerner Hochschulplanung ernannt worden ist, um die Beantwortung einiger im Zusammenhang mit den Luzerner Neugründungsplänen wichtigen Fragen gebeten.

Rolf Brühlhardt (Hochschulkomitee der Zentralschweizer Jugend) / Rolf Nef (VSS)

Von welchen Überlegungen ist man bei der Gründung der Universität Konstanz ausgegangen?

Einmal von der Vorstellung, dass eine neue Universität so konstruiert werden muss, dass die Lehre dauernd aus der Forschung genährt wird, dass ein dauernder Umsetzungsprozess von Forschung in Lehre möglich ist. Eine weitere Überlegung war die, dass man heute auf eine umfassende Universität, also auf den « Kosmos der Wissenschaften » im klassischen Sinn zum vornehmsten verzichten muss. Was aus der Humboldtschen Universität, vor allem aus seiner Philosophischen Fakultät, geworden ist, ist wissenschaftstheoretisch ein Zufallsprodukt. Von allem Anfang an war deshalb in Konstanz aus dem « Kosmos der Wissenschaften » eine Auswahl zu treffen. Es handelte sich, wenn Sie wollen, um eine willkürliche, aber in sich nicht zufällige Auswahl, nämlich mit Naturwissenschaften, Sozialwissenschaften und den philosophisch-historischen Disziplinen – das Erbe der Humboldtschen Philosophischen Fakultät. Und weil es heute nicht mehr möglich ist, alle Naturwissenschaften an einer Universität ausreichend zu dotieren und zu entwickeln, hat Konstanz auf die Geowissenschaften verzichtet.

Einerseits braucht man also nicht alle Disziplinen an einem Ort zu entwickeln, andererseits kann man sich eine Entwicklung aller Disziplinen an allen Universitäten finanziell nicht

wie zum Beispiel der ganze Komplex Umweltschutz, bei denen die unmittelbare Umgebung der Universität die richtigen Bedingungen zu deren adäquater Bearbeitung bietet, ist es gerechtfertigt, sie in die Planung einzubeziehen. So zum Beispiel in Konstanz die Fragen des Gewässerschutzes, der Wasserchemie und der Strömungsphysik.

Man sagt, der Raum Konstanz sei relativ konservativ, relativ schwach industrialisiert und finanziell – verglichen mit anderen Universitätsstädten – nicht auf Rosen gebettet. Beeinflussen nicht auch derartige Faktoren die Konzeption einer neu zu gründenden Universität?

Wenn die Universität weiss, dass der soziale Raum, in dem sie steht, so oder so strukturiert ist, was kann dann dieses Wissen für die Universität bedeuten? Muss sie nun besondere Energie für oder gegen etwas entwickeln?

Die Wahl der Fakultäten und Disziplinen in Konstanz ist insofern zufällig, weil auch andere sinnvolle Kombinationen denkbar sind. Wenn zum Beispiel bei den Sozialwissenschaften ein Studiengang für Verwaltungswissenschaften entwickelt wurde, in dem soziologische, politische, juristische und nationalökonomische Lehrveranstaltungen kombiniert sind, entspricht das einem Konzept, das zum Beispiel mit der Rechtspflege in der Gegend unmittel-

bar nichts zu tun hat, sondern mit einer allgemeinen Tendenz in der BRD, bestimmte Positionen in der Verwaltung nicht mehr mit « klassischen » Juristen, sondern mit Leuten, die den Wandlungen in den Verwaltungsstrukturen durch ihre Ausbildung besser Rechnung tragen, zu besetzen. Insofern hat das, was wir in Konstanz zum Beispiel in den Verwaltungswissenschaften gemacht haben, schon eine politische Orientierung – aber sie stammt nicht aus speziellen Bedürfnissen der Region. Bei der Lehrerausbildung freilich ist es komplizierter.

Betrachten wir jedoch einmal den Raum Innerschweiz: relativ geringe Industrialisierung, relativ geringer Ausbau des Dienstleistungssektors, traditionelle Werte herrschen vor...

... die regionalen Gesichtspunkte können eigentlich auch in Luzern für die wissenschaftliche Konzeption der Hochschule keine ausschlaggebende Rolle spielen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass zum Beispiel in Luzern, wenn nun die Mittelschullehrerausbildung besonders gepflegt werden soll, nur für die Zentralschweiz Mittelschullehrer ausgebildet werden sollen. Etwas anderes ist das Problem des Standorts. In Luzern, wie seinerzeit in Konstanz, artikuliert sich m.E. das Gefühl, wir sind eine von der Geschichte etwas in den Hintergrund gedrängte Gegend. Wir können durch eine Universität einen geistigen Ausstrahlungspunkt gewinnen. Dies ist ein berechtigter, hoffentlich wirksamer regionaler Gesichtspunkt.

Schwerpunkt Lehrerbildung

Luzern will das Schwergewicht seiner Aktivitäten auf die Mittelschullehrerausbildung legen. Welche Konsequenzen hat das für Ihre konzeptionelle Arbeit?

In einer philosophischen oder einer naturwissenschaftlichen Fakultät ist die Regel, dass rund 80 Prozent der Studierenden am Ende Lehrer werden. Insofern ist die Lehrerausbildung, die sich jetzt auch aus programmatischen und taktischen Gründen in den Mittelpunkt stellt, ein gegebenes Anliegen für eine Neugründung mit einer philosophischen und einer naturwissenschaftlichen Fakultät.

Genügt der Schwerpunkt Mittelschullehrerausbildung? Sollte Ihrer Meinung nach nicht auch die Ausbildung der Volksschul- und Berufsschullehrer in die neue Hochschule integriert werden?

Diese Möglichkeit ist in den Stellungnahmen der Schweizerischen Hochschulkonferenz und des Wissenschafts-

rates mit eingeschlossen. Darin wird auf die Gesamthochschule eingegangen und damit auch auf die Konzeption der integrierten Lehrerbildung. Wiesweit wird da jedoch in nächster Zeit diese Dinge aufgreifen können, ist im Moment noch unklar. Auf alle Fälle werden wir diesen Problemkomplex, an dem ich persönlich sehr interessiert bin, weiterarbeiten.

Was hat die Tatsache, dass einerseits Studiengänge für Fernwissenschaften, andererseits Studiengänge für Lehrberufe geschaffen werden sollen, für Konsequenzen?

Die Studienordnung der Lehrerstudenten, also der Studenten, die bestimmte Fächer wählen, um Lehrer zu werden, und die Studienordnung der « fachwissenschaftlichen » Studenten, also der Studenten, die bestimmte Fächer studieren, um ein vollwertiges Fachdiplom zu erhalten, werden sich zum Beispiel darin unterscheiden, dass die Lehrerstudenten zusätzliche berufswissenschaftliche Kurse besuchen müssen. Die sozialwissenschaftliche Komponente sollte sowieso in jedem Fach vertreten sein. Für einen Lehrerstudenten handelt es sich in beiden Fragen und ein Problem des zumutbaren Volumens. Keinesfalls kann zum Beispiel Biologie für die Lehrerstudenten von vornherein unter dem Gesichtspunkt der Umsetzung, also als den Schulberufswissenschaften angepasste Biologie, gelehrt werden. Eine Institution, die dies anstrebt, könnte nicht den Namen Hochschule beanspruchen. Es muss eben ein Ausgleich zwischen wissenschaftlichen und berufsorientierten Ansprüchen gefunden werden.

Prinzipien einer Reformhochschule

Gibt es nach Ihrem Wissen und nach Ihren Erfahrungen strukturelle und organisatorische Prinzipien, die unabhängig von bestimmten inhaltlichen Fächerkombinationen bei der Konzeption einer Reformhochschule in Betracht gezogen werden müssen? Gibt es Strukturprinzipien für eine Reformhochschule?

Es sind meiner Meinung nach zwei Komplexe zu unterscheiden. Einmal der Komplex der sogenannten einheitlichen Selbstverwaltung. Diese einheitliche Verwaltung findet auch in der Schweiz ihre Grenzen in den Kompetenzen der Erziehungsdirektoren – und die Vollmacht der Erziehungsdirektoren ist hierin grösser als diejenige der deutschen Kultusminister. Wichtiger ist jedoch die innere Ordnung. Hier in Konstanz wurde – im Gegensatz zu anderen Universitäten – das Fachbereichsprinzip konsequent durchgeführt. Die Fachbereiche sind Einheiten der Lehre. Ihre Organe sind teilweise paritätisch zusammengesetzt. Die Fakultäten haben gegenüber den Fachbereichen relativ geringe Kompetenzen. Diese Struktur ist m.E. mit allfälligen geringfügigen Modifikationen auch für Luzern anwendbar.

Die Fachbereiche haben jedoch – auch in der Lehrerbildung – in Konstanz keine endgültige Entscheidungskompetenz. Diese liegt beim Grossen Senat. Für die Forschung existiert ein zentraler Ausschuss, der vom Kleinen Senat eingesetzt wird. An diesen Ausschuss sind alle Forschungsprojekte mit genauer Begründung zu melden. Der Ausschuss prüft sie und legt seine Vorschläge dem Kleinen Senat zur Beschlussfassung vor.

Sie erwähnten vorher, dass die deutschen Universitäten in der Regel autonom seien als die schweizerischen. Besteht nicht die Gefahr, dass Experimente, wie sie zum Beispiel in Konstanz oder Bremen durchgeführt wurden und werden (auch wenn sie teilweise jetzt schon wieder abgewürgt sind), in der Schweiz entweder gar nicht begonnen werden können oder dann doch nur sehr beschränkt möglich sind? Die Diskussionen in der Hochschulkonferenz über das Projekt Luzern haben gezeigt, dass die Mehrheit der Verantwortlichen nicht die Gründung einer Reformhochschule in Luzern wünscht.

Es ist richtig, dass die deutschen Universitäten nach 1945, nach den zwölf Jahren nationalsozialistischer Diktatur, von der staatlichen Autorität, die sich so gründlich in Miskredit gesetzt hatte, unabhängiger waren als vor 1933. In dieser Zeit hatten die Universitäten auch relativ mehr Prestige als die Kul-

Ein Schritt auf dem Wege zur Reformhochschule?

Die Ernennung von Prof. G. Hess, dem ehemaligen – infolge der gegen die «Konstanzer Experimente» gerichteten Mochschaften des baden-württembergischen Kultusministers Hahn zurückgetretenen – Gründungsrektor der Reformuniversität Konstanz, zum verantwortlichen Leiter der konzeptionellen Luzerner Hochschulplanung markiert das Ende der mehr als halbjährigen Suche nach einem erfahrenen «Hochschullehrer, der mit dem heutigen Stand der Reformdiskussion im In- und Ausland vertraut ist». (Baccini) – Im Prinzip eine vielversprechende Wahl.

Die von Prof. G. Hess geleitete Arbeitsgruppe hat nun die Aufgabe, bis Mitte dieses Jahres einerseits den von der Schweizerischen Hochschulkonferenz und dem Wissenschaftsrat sanktionierten Rahmen – Schaffung einer geistes- und erziehungswissenschaftlichen Abteilung mit dem Schwerpunkt Mittelschullehrerausbildung, evtl. Verzicht (zumindest anfänglich) auf die Schaffung einer naturwissenschaftlichen Abteilung – inhaltlich und konzeptionell zu füllen, andererseits für die erste Betriebsstufe ein detailliertes Programm zu erarbeiten. Angesichts der in der schweizerischen Hochschulpolitik zur Zeit herrschenden Konzeptionslosigkeit, der fehlenden theoretischen Grundlagen ist es fraglich, ob die Luzerner Planungsgruppe die immense Arbeit unter diesen Bedingungen innerhalb eines halben Jahres überhaupt seriös leisten kann.

Die Diskussion des Luzerner «Vorprojekts» in der Hochschulkonferenz und im Wissenschaftsrat hat zudem gezeigt, dass diejenigen Gruppen, die die nationalen bildungs- und wissenschaftspolitischen Gremien dominieren, nicht in hohem Masse am Aufbau einer Reformhochschule in Luzern interessiert sind. Es ist daher zu befürchten, dass, einerseits wegen der geringen zur Verfügung stehenden Zeit, andererseits wegen der gegenüber «redikaleren» Experimenten – vorausgesetzt, die Luzerner Arbeitsgruppe konzipiert überhaupt solche – skeptisch bis ablehnend gegenübergestellten nationalen Gremien (Vertreter dieser Organe arbeiten in der Luzerner Planung mit; das bis Mitte dieses Jahres ausgearbeitete Projekt muss den nationalen Gremien nochmals vorgelegt werden) der Gedanke der Reformhochschule wieder einmal unter den Tisch fällt.

Die Frage ist nun, ob der versierte Hochschullehrerpolitiker Prof. Hess diesem Reformgedanken trotz den schlechten Randbedingungen zum Durchbruch verhelfen kann – nimmt man einmal an, er habe sich mit derartigen Intentionen nach Luzern verpflichtet. Sollte er in diesem Unterfangen nicht reüssieren, so wäre nicht nur seine Mission gescheitert, sondern auch sein Name zur Legitimation der Gründung einer konventionellen provinziellen Hochschule missbraucht worden.

Rolf Nef

tusminister. Dass dies jedoch anders werden kann, zeigt das Beispiel Konstanz. Wenn der Staat jetzt wieder einen stärkeren Einfluss geltend macht, ist er gegenüber den Hochschulen immer in der Vordergrund. Da nützen auch langanhaltende Proteste wenig. Was helfen kann, sind zäh politische Bemühungen.

Was nun die Schweiz betrifft, so scheinen mir Experimente – Experimente, wie wir sie zum Beispiel in Konstanz durchgeführt haben – nicht unmöglich. Das hängt unter anderem davon ab, wie reformfreudig Volk und Staat sind.

Nach den Ereignissen im letzten Herbst machte man der Universität Konstanz den Vorwurf, dass sie den Kontakt zu der breiteren Öffentlichkeit zu wenig gepflegt habe. Muss die Information der Öffentlichkeit, die Partizipation der Öffentlichkeit an den Planungsarbeiten nicht explizit in die Konzeption einer Neugründung eingebaut werden – vor allem, wenn man bedenkt, dass in Luzern ja schliesslich das Volk die Kredite für die Hochschule bewilligen muss?

Sie sprechen von einem Informationsprozess. Es fängt meistens – vor allem in den Städten, in denen eine Hochschule errichtet werden soll – mit Enthusiasmus an – so verhielt es sich auch in Konstanz. Wenn dann aber die Kosten, zu denen ja auch eine Gemeinde beisteuern muss (etwa mit Grundstücken), zur Diskussion stehen oder wenn – wie dies manche Konstanzer sagen – man nicht mehr unter sich ist, tritt eine gewisse Reaktion ein, eine Reaktion, die man dann eben langsam wieder ausräumen muss. Das gilt erst recht, was die Kosten angeht, für das Land. Vielleicht hätten wir in der Tat mitteilungsfreudiger sein sollen. In der

Schweiz, wo das Volk direkt die Entscheidungsmacht hat, muss die Hochschule dem Problem der Imagepflege besondere Aufmerksamkeit widmen. Der Öffentlichkeitsarbeit ist also in Luzern auch schon während der Planung ein wichtiger Stellenwert einzuräumen.

Nationale Konzeptionslosigkeit und Luzerner Planung

Die nationalen bildungs- und wissenschaftspolitischen Instanzen in der Schweiz haben – im Gegensatz zu denjenigen der BRD – bis jetzt kaum grundsätzliche Konzeptionen und Leitlinien erarbeitet, die unter Umständen als Ausgangspunkt für die Konzeption einer Neugründung verwendet werden könnten. In der Schweiz herrscht unseres Wissens auf diesem Gebiet weitgehend eine Konzeptionslosigkeit. Ist es dem Luzerner Planungsstab, zu dessen verantwortlichem Leiter Sie ja vor kurzem gewählt worden sind, möglich, innerhalb eines halben Jahres die notwendigen konzeptionellen Arbeiten genügend seriös zu leisten?

Ich kann im Moment noch nicht beurteilen, ob die Situation wirklich durch eine derartige Konzeptionslosigkeit gekennzeichnet ist, wie Sie meinen. Ebenfalls nicht die möglichen Auswirkungen dieser von Ihnen vermuteten Konzeptionslosigkeit auf die Entwicklung des Projekts Luzern.

Was passierte, wenn die nationalen bildungs- und wissenschaftspolitischen Gremien ihre Vertreter aus der Luzerner Hochschulplanung zurückziehen und – quasi parallel zur Luzerner Pla-

Fortsetzung Seite 15

BRENNPUNKT

mehr leisten. Die Universitäten sind deshalb als ein Verbundsystem zu konzipieren.

Um auf die von Ihnen erwähnte Willkürlichkeit der Auswahl zurückzukommen: Sind nicht in erster Linie finanz- und gesellschaftspolitische Determinanten bestimmend für die inhaltliche Ausgestaltung einer neuen Hochschule?

Diese Fragestellung ist mir viel zu abstrakt. Ich müsste wissen, was Sie unter möglichen gesellschaftspolitischen Determinanten verstehen, die dazu führen könnten, eine Universität so oder anders zu konzipieren.

Mögliche gesellschaftspolitische Determinanten sind zum Beispiel der gesteigerte Bedarf an Mittelschullehrern, an Biochemikern usw. des Raumes, in dem die neue Universität aufgebaut werden soll. Eine Universitätsneugründung ist ja nicht nur für die an der Entwicklung der Wissenschaften engagierten akademischen Forscher, sondern unter Umständen auch wirtschaftlich für weite Kreise der Bevölkerung von Interesse. So ist zum Beispiel im «Bericht 69» der Luzerner Studienkommission zu lesen: «Das Fehlen einer Hochschule wirkt sich im... Bereich der Zentralschweiz lähmend aus. Es fehlt die geistige Mitte... Der Wirtschaft fehlt die belebende Wirkung und der Kontakt zu manchen Fachbereichen der Wissenschaft und zur Grundlagenforschung.»

Man sollte zunächst von den Wissenschaften ausgehen, dann von der sozialen Raum über Berufsbildvorstellungen einwirken – also nicht primär davon, dass sozial oder wirtschaftlich gesehen eine Gegend dies oder jenes braucht. Dieser Gesichtspunkt, zum Beispiel dass man sich bei der Neugründung englischer Universitäten etwa sagt: Hier ist Aluminium- und Elektroindustrie, also werden wir eine technische Abteilung an der Universität einrichten, in denen die Fächer vertreten sind, die dieser Industrie besonders nützen, dieser Gesichtspunkt hat sich bei uns nicht gestellt.

Welche Forderungen berücksichtigen?

In welchem Ausmass sind jedoch derartige Forderungen bei der Gründung einer neuen Universität zu berücksichtigen?

Ich habe zunächst nur gesagt, wie wir es in Konstanz hielten. Natürlich sind solche Forderungen oder Möglichkeiten zu bedenken. Wenn Fragen da sind,

Medizin

David Bowsher

Einführung in die Anatomie und Physiologie des Nervensystems

Aus dem Englischen übersetzt und herausgegeben von Mario Wiesendanger. 1973. 182 Seiten, 55 Abbildungen, 7 Tabellen, kartoniert Fr. 24.-.

Das Buch vermittelt in 16 Kapiteln die wesentlichen Kenntnisse über Bau und Funktion des Nervensystems. Am Beispiel des Rückenmarks werden die grundlegenden Funktionskreise: afferente Neurone-Zwischenneurone-Motoneurone besprochen. Die Kombination von Neuroanatomie und -physiologie verleiht diesem Leitfaden besondere Qualität.

Verlag Hans Huber

Volksabstimmung vom 4. März:

JA ZUM RECHT AUF BILDUNG

Am Wochenende 3./4. März wird über die neuen Bildungs- und Forschungsartikel für die Bundesverfassung abgestimmt. Nehmen Sie bitte an der Abstimmung teil.

Die Rechtsradikalen werden Nein stimmen. Die Freisinnigen stört es, dass ein erstes Sozialrecht in die Verfassung gelangen soll. Ein Teil der Unternehmenschaft sträubt sich gegen grundlegende Umstrukturierungen bei der Berufsbildung. Weitere Gruppen übertünchen ihr Interesse an bestehenden Bildungsprivilegien mit «föderalistischen» Ideologien. Die Vorlage braucht das Volks- und das Ständemehr um angenommen zu werden.

Die SP will den Handlungsspielraum des Einzelnen und der Gesellschaft erhöhen. Mündigkeit ist vom Bildungsstand abhängig, ebenso die Lösbarkeit der heutigen komplexen gesellschaftlichen Probleme, die uns immer mehr sogenannten Sachzwängen auszuliefern scheinen.

Die SP stimmt dem Recht auf Bildung zu, weil die Vorlage nicht vom engen Bildungsbegriff der Abrichtung auf eine berufliche Funktion ausgeht. Dieses Recht auf Bildung ist die menschliche Voraussetzung zur geforderten Mitbestimmung der Arbeitnehmer. Wir ersuchen Sie, uns zu unterstützen.

Das Gefühl der mächtigen beherrschenden Kräfte, es gehe am 4. März um eine gesellschaftspolitische Weichenstellung, bedarf einer eindeutigen Antwort: JA. Wir danken Ihnen.

Wir freuen uns auf Ihre Mitarbeit, wenn es nach einer positiv verlaufenen Abstimmung darum geht, Gesetzgebungen zu erarbeiten.



SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DER SCHWEIZ
Pavillonweg 3, 3012 Bern, Tel. (031) 24 11 15

Canon-Präzision



Überlegen, vollendet, präzise. Wenn wir diese Worte hören, denken wir an CANON! CANON, das grösste Kamerawerk mit dem grössten Spiegelreflex-System der Welt. Dank der riesigen Auswahl an Kameraprodukten und dem lückenlosesten System bietet CANON für jeden genau das Richtige. Lassen Sie sich die CANON-Produkte beim guten Fotohändler vorführen. — Für Auskunft, Unterlagen und für einen guten Garantieservice steht Ihnen die CANON-Generälvertretung gerne zur Verfügung.

CANON-Lotard SA, 94
Rue des Eaux-Vives, 1207 Gent

Lotard

Summer Tours

for Young Teachers and Students in USA, Canada and Mexico as Guests of American Families

Dauer: 34 Tage

Tour A: Kanada-Tour	DM 1300.—
Tour B: Florida-Tour	DM 1340.—
Tour C: Kalifornien-Tour	DM 1780.—
Tour D: Mexiko-Tour	DM 1780.—

Alle Touren schliessen Hin- und Rückflug, sämtliche Uebernachtungen sowie zum Teil Verpflegung ein.

International Counselor Exchange Program


Summer openings for men and women, students, young teachers and Social Workers, Ages 20-30, to serve as counselors (moniteurs) in American children's camps and travel with other international counselors on a 2500 mile hospitality tour in eastern U. S. A.

Period:
June 22-Sept. 28 Fee: DM 770.—
USA-Flüge: ab DM 395.—

Veranstalter: Association for World Travel Exchange, New York

Weitere Informationen durch die Beauftragte für Deutschland und die Schweiz: Uta Menzel, D 8 München 40, Gartenstr. 6, Tel. 0811/30 98 20

OMNE EST INFORMATVM ESSE



Ringiers Blatt für Alle Ringiers Unterhaltungs-Blätter
Schweizer Illustrierte Schweizerische Allgemeine Volks-Zeitung
Tele tv radio zeitung

Hermes



Fragen Sie uns. Wir beraten Sie gerne.

Portable-Modelle ab: Fr. 310.—

Bruggenstos
A. Bruggenstos & Co. AG
Waldenstrasse 2
8002 Zürich
Tel. 01/251834

Muggli
Ruhmendingerstrasse 1
8005 Zürich
Tel. 01/251833

Hermes Werten AG, Basel
Helmstrasse 12
4050 Basel
Tel. 079/2446

muggli & co
8005 Zürich
Nuggetstr. 25
Tel. 01/251831

SP-Reichtumssteuer-Vorstösse: Damit das schweizerische Steuerparadies für die Reichen nicht noch paradisischer wird!

- Zürich:** SP-Kantonsratsfraktion fordert Reichtumssteuer-Zusatz anstelle der vom Regierungsrat beantragten linearen Steuererhöhung um 15%.
- Basel-Land:** SP-Reichtumssteuer-Initiative am 3. Dezember 1972 vom Volk wuchtig angenommen.
- Aargau:** SP wird demnächst Reichtumssteuer-Initiative lancieren.
- Schweiz:** Die SPS lanciert in diesem Jahr eine eidgenössische Steuer-Initiative. Untere und mittlere Einkommen sollen entscheidend entlastet — hohe und höchste Einkommen wesentlich stärker erfasst werden. Die Steu-

erflucht von Kanton zu Kanton soll unterbunden werden.

Begründung:

- 2,2% der steuerpflichtigen natürlichen Personen besitzen 56,2% der (deklarierten) Reinvermögen, leisten aber lediglich 32,7% des gesamten Staatssteuer-Aufkommens im Kanton Zürich! (Demgegenüber: 88,3% der Steuerpflichtigen besitzen lediglich 17,7% der Reinvermögen und leisten 47,2% des gesamten Staatssteuer-Aufkommens!)

Die letzte Steuer-Amnestie brachte gesamtschweizerisch neu 11,3 Milliarden Vermögenswerte zum Vorschein!

- 2,8% der Steuerpflichtigen beziehen 20,8% der Reineinkommen und leisten 36,6% der Einkommenssteuer-Eingänge des Kantons. (Demgegenüber: 73,4% der Steuerpflichtigen beziehen 41,3% der Reineinkommen.)
- Im schweizerischen Steuerparadies werden die Reichen nicht nur (im Vergleich zu allen übrigen Industriestaaten) steuerlich äusserst schonend belastet — die höchsten Einkommen bleiben überdies vor weiterer Progression verschont: Im Kanton Zürich hört die Progression bei 200 000 Fr. mit 10% Steuerbelastung auf.
- Die kalte Progression:** — Vor dem Kriege wurde ein Arbeitereinkommen mit durchschnittlich 2,6% belastet — 1967 lag die Belastung bereits bei

5,2%. Die Steuerbelastung stieg unten — die indirekten Steuern nicht gerechnet! — im gesamt-schweizerischen Mittel auf mehr als das Doppelte. Demgegenüber blieben allerhöchste Einkommen von Mehrbelastungen weitgehend verschont.

- Ein Arbeiter mit 18 000 Fr. Bruttoeinkommen (10 000 Fr. steuerbares Einkommen) wird im Kanton Zürich (ohne Gemeindesteuern) mit 3,6% Steuersatz belastet. Das gleiche Arbeitereinkommen wird 5 Jahre später (aufgrund der Teuerungs- und der bescheidenen Reallohn-Verbesserung) bei rund 20 000 Fr. brutto liegen (steuerbares Einkommen = 20 000 Fr.) und wird nun mit 4,925% Steuersatz belastet.

Kalte Progression = +34%!
— Ein Bruttoeinkommen von 180 000 Fr. (steuerbares Einkommen =

ca. 170 000 Fr.) wird mit 9,647% Steuersatz belastet. Ein Anstieg auf 280 000 Fr. führt zu einer neuen Belastung von 10% Steuersatz.

Kalte Progression = +3 1/2%!

Kalte Progression:
Auf kaltem Wege wird dem Arbeiter und kleinem Einkommensbezügler unmerklich eine immer grössere Steuerbelastung aufgelastet!

SP Reichtumssteuer-Vorstösse:
Die Gewichte müssen gerechter gesetzt werden!



Sozialdemokratische Partei des Kantons Zürich
Engelstrasse 64
8004 Zürich

Fremdenpolizei: Dreimal Skandal

Fall 1: Die Zürcher Fremdenpolizei weist am 17. Juli 1972 den 17-jährigen Tunesier Ali aus der Schweiz und belegt ihn mit einer dreijährigen Einreiseperrre. Die vollständige Begründung lautet: «Die Führung hat wegen hiederlichen Lebenswandels zu Klagen Anlass gegeben. Unerwünschter Ausländer.»

Schweizer Bekannte hatten Ali zu einem Gegenbesuch eingeladen. Sein «Delikt»: Er hielt sich an der Zürcher «Riviera» auf, «Wir wurden in unserer Überzeugung gestärkt, es handle sich bei ihm um einen jener zahlreichen Gammeler und Müssiggänger aus allen Teilen der Welt, die sich in Zürich Rendez-vous geben, heisst es in der fremdenpolizeilichen Vernehmung zum Rekurs von Alis Anwalt: «Ali erscheint als unerwünschter Ausländer, der in der Schweiz nichts verloren hat und dem ein Aufenthalt im Kreise von Leuten, die offenbar etwas eigene Lebensauffassungen haben und auch nicht übertrieben arbeitsam sind, nicht unbedingt zum Wohle gereicht.» Furglers Departement hat über den Rekurs noch nicht entschieden.

Fall 2: Am 15. Januar 1973 wird der 25-jährige Hamburger Tourist Dieter aus der Schweiz ausgewiesen und mit einer fünfjährigen Einreiseperrre belegt. Die vollständige Begründung lautet: «Dieter erscheint als zweifelhaft Existenz, dessen Fernhaltung überdies aus sicherheitspolizeilichen Gründen vorsorglich geboten erscheint. Unerwünschter Ausländer.»

Weil die Winterthurer Polizei in Dieters Pass Stempel orientalischer Länder entdeckt, verdächtigt sie ihn des Drogenhandels und nimmt ihn fest. Er und sein Schweizer Gastgeber (bei unseren Diensten als stark Links-Extremer bekannt) seien «offensichtlich Gegner unserer Rechtsordnung», fand die Polizei: «Dieter ist unseres Erachtens ein typischer Gammeler. Er trägt die entsprechende Haartracht und auch deren Kleidung. Er benahm sich bei der Befragung äusserst arrogant und provo-

kativ, so dass es den Anschein machte, er sei diesbezüglich geschult.» Der Polizeirapport schliesst: «Abschliessend sei gesagt, dass es uns nicht gelungen ist, Dieter eine strafbare Handlung nachzuweisen. Trotzdem ist der Verdacht, Dieter stehe mit irgendeiner deliktischen Tätigkeit in Zusammenhang, nicht einfach von der Hand zu weisen. Auf alle Fälle ist dieser arrogant und provokativ auftretende Ausländer, eine äusserst zweifelhaft Existenz, als unerwünschter Ausländer zu betrachten.» Dieters Anwalt hat in diesen Tagen beim Departement Rekurs eingereicht.

Fall 3: Am Rande der Zürcher Vietnam-Demonstration vom 20. Januar 1973 verhaftet die Zürcher Polizei einen italienischen Arbeiter. Unter dem erfindenen Vorwand der Falschmünzerei setzt sie ihn in Haft. Die Polizei befragt ihn indes nur über seine politische Einstellung und will ihn am 29. Januar per SBB nach Italien aus-schaffen. Dies kann sein Rechtsvertreter in letzter Minute dank einer Intervention bei der eidgenössischen Fremdenpolizei verhindern. Der Italiener hat in der Schweiz nichts verbrochen. Ita-

lien, wo er wegen politischer Vergehen gesucht wird, hat nie ein Auslieferungsgesuch gestellt.

Diese drei zufällig bekanntgewordenen Fälle zeugen von einer skandalösen Willkür unserer Fremdenpolizei, vor allem der Zürcher Filiale. Die Entscheide dieser Amtsstelle versetzen der Rechtsstaatlichkeit und dem Ruf der Schweiz noch und noch Fusstritte. Ausländer werden allein deshalb ausgewiesen, weil sie engstirnigen Polizeibeamten nicht ins beschränkte Weltbild passen. Der dritte Fall dokumentiert ausserdem den freien Versuch der Zürcher Kantonspolizei, einen politisch unbequemen Ausländer unter der Hand auszuliefern. Alles weist darauf hin, dass Zürcher Kapo, Carabinieri und italienisches Konsulat eng zusammenarbeiten. Eine Schweizer Amtsstelle scheint sich herzugeben, als verlängerter Arm der italienischen Polit-Polizei zu wirken. Aussicht auf Änderung der unmenschlichen Polizeiwilkkür besteht nur, wenn der Druck der Öffentlichkeit wächst – und wenn mehr Fälle bekanntwerden.

P. S.: «konzept» fordert alle Leser auf, ähnliche Vorfälle zu melden. Wir werden sie, wenn möglich, aufgreifen.

«Hoffnungslos pragmatisch...»

Fortsetzung von Seite 13

nung – ein eigenes Konzeptionsorgan für die Neugründung Luzern ins Leben rufen würden?

Das ist eine Hypothese ohne Bedeutung für die weitere Arbeit des Planungsstabes. Wir beginnen mit unserer Arbeit, und wir werden die nationalen Gremien vom Ergebnis zu überzeugen haben. Ich habe dem Stab vorerst einmal einen Problematikatalog vorgelegt und gezeigt, was für Fragen meiner Meinung nach zu behandeln sind. Jetzt müssen wir zuerst einmal die nächsten Sitzungen abwarten. Dann wird man sehen, wie schnell sich gemeinsame Vorstellungen und ein Konsens bilden.

Haben Sie die Mitglieder des Planungsstabes aufgrund einer «Auswahlliste» des Luzerner Ausschusses selbst gewählt, oder wurden Ihnen vom Ausschuss direkte Nominationsvorschläge gemacht?

Das zweite war der Fall.

Worin besteht nun die Arbeit des Planungsstabes?

Wir werden ungefähr bis Mitte dieses Jahres das Konzept der ersten Stufe im Rahmen eines Gesamtkonzepts erarbeiten. Dieser «Bericht 73» wird dann zumindest formell noch der Hochschul-konferenz und dem Wissenschaftsrat und nach der Beauftragung durch diese Organe dem Luzerner Grossen Rat vorgelegt werden.

Aenderungswünsche der nationalen Gremien

Was geschieht mit den Aenderungswünschen der Hochschulkonferenz und des Wissenschaftsrates? Werden diese vom gleichen Gremium, das jetzt den «Bericht 73» erarbeitet – also von dem jetzt von Ihnen präsiidierten Planungsstab –, in die Schlussfassung eingearbeitet werden?

Erstens sind derartige Aenderungsanträge durch die Präsenz von Vertretern der nationalen Organe im Ausschuss der Studienkommission dauernd möglich, zweitens sind die notwendigen Querverbindungen zwischen Luzerner

Planung und den nationalen Organen durch die entsprechenden Verbindungs-personen im Planungsstab dauernd gegeben.

Ich nehme daher an, dass es im Herbst dieses Jahres, nach der Abfassung des «Berichts 73», seitens der nationalen bildungspolitischen Gremien kaum noch zu grossen Einwendungen kommen wird.

Ist der Zeitraum eines halben Jahres für die zu leistende immense Arbeit nicht etwas kurz?

Geplant sind acht bis zehn Arbeitssitzungen im Lauf des nächsten halben Jahres. Selbstverständlich werden Experten beigezogen werden müssen. Allerdings kann zu diesem Punkt noch nichts Definitives gesagt werden.

Besteht ein klar formulierter Auftrag an den Planungsstab? Was muss im «Bericht 73» enthalten sein?

Der Bericht muss einmal sehr konkrete Aussagen über die erste Betriebsstufe enthalten. Es muss dargelegt und erkennbar sein, was an der Hochschule geschehen soll. Damit hängen dann auch so schwierige Dinge zusammen wie die räumliche Unterbringung der neuen Hochschule in den allerersten Jahren ihres Bestehens vor der Fertigstellung der definitiven Räumlichkeiten – also das Problem von Provisionen in der Stadt. Daneben muss der Bericht darüber Auskunft geben, welches die vom Planungsstab als optimal erachteten Fortsetzungstufen sind.

Was geschieht in Luzern zwischen Juli 1973 (Fertigstellung des «Berichts 73») und Ende 1974 (mutmasslicher Zeitpunkt der Volksabstimmung)?

Ich würde sagen: Kleinarbeit, weitere Konkretisierung des Programms. Diese Arbeit wird wohl auch von dem jetzt bestehenden Planungsstab geleistet werden müssen. Mein Auftrag erstreckt sich auf zwei bis drei Jahre.

Berufungen

Werden im «Bericht 73» auch schon Berufungsvorschläge unterbreitet?

Diese Frage habe ich auch schon ventiliert. Ich würde sagen, das Optimum wird sein, wenn sich in der Zeit bis zur Abstimmung gewisse Personen abzeichnen, die sich durch ihre Mitarbeit mit der Sache vertraut gemacht haben. Vor der Abstimmung dürfte allerdings nicht mehr viel geschehen. Auf alle Fälle muss das Berufungsverfahren vor der Abstimmung schon in der Botschaft des Regierungsrats genau geregelt sein.

Vor einer derartigen Problematik stehen alle Neugründungen. Meistens hat der Gründungsausschuss oder ein ähnliches Organ am Anfang auch die Funktion eines Berufungsausschusses – es gibt ja sonst noch keinen. Ist dann eine bestimmte Anzahl von Dozenten ernannt, so übernehmen diese Dozenten die Funktionen des Senats und des Berufungsausschusses. Die Gründungs-ausschussmitglieder treten dann von der Bühne ab. Irgendeine derartige Lösung wird man auch für Luzern finden müssen.

Herr Prof. Hess, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.



Vormund Walder

Gespräch mit Bundesanwalt Hans Walder über Staatschutz, «konzept» Nr. 7, Jan. 73

Bundesanwalt Walder bleibt seinem Ruf treu: Wie in der «National-Zeitung» zu lesen war, will er die längst verblichene Linkszeitung «Roter Gallus» vor das Bundesgericht ziehen. Was soll der liebe «Rote Gallus», der erst dank Walder landesweit bekannt wurde, verbrochen haben? Er druckte wörtlich einen Satz des weltweit geachteten pazifistischen Dichters Wolfgang Borchert, den dieser vor seinem Tod in Basel im Jahr 1947 schrieb: «Du Mann auf dem Dorf und Mann in der Stadt. Wenn sie morgen kommen und dir den Stellungsbefehl bringen, dann gib's nur eins: sag nein!»

Auch wenn ich Walders Bevormundungspolitik scharf ablehne, bin ich trotzdem dagegen, gleich die ganze Gesellschaft zu ändern, wie uns das der «konzept»-Kommentar weismachen will. Da halte ich es eher mit dem «Beobachter», der am 31. Januar zum Fall Walder/Gallus schrieb: «Wenn ein eidgenössischer Spitzenfunktionär in ängstlicher Kleingläubigkeit den Bürger vor dem rauhen Wind eines Dichterwortes schützen zu müssen meint, darf die Antwort auf ein derartiges Missverständnis nicht im Bestreben liegen, nun unsere staatliche Ordnung selbst völlig umzukrempeln; es geht vielmehr darum, in der unausweichlichen Auseinandersetzung zwischen Individuum und Staat einer engstirnigen Auslegung unserer Freiheitsrechte entgegenzutreten.» Erwin Burgstaller, St. Gallen

konzept

8 x jährlich fundierte, kritische Analysen und Kommentare

Abonnementstalon auf Seite 2

Stellen – Stellen – Stellen – Stellen – Stellen



Wirtschaftsabteilung

Als weltweit tätiges Unternehmen ist es unsere Aufgabe, die internationale Entwicklung in den verschiedenen Belangen laufend zu verfolgen. In unserer Sektion Volkswirtschaft eröffnet sich daher einem jungen

Volkswirtschaftler

ein interessantes und abwechslungsreiches Tätigkeitsfeld. Zu seinen Aufgaben gehören Zeitschriften- und Literaturauswertung, volks- und versicherungswirtschaftliche Studien, Marktanalysen sowie integrations- und währungspolitische Studien.

Für diese Position sollten Sie einen Hochschulabschluss, Fremdsprachenkenntnisse sowie Gewandtheit im schriftlichen Ausdruck mitbringen. Erfahrung in einer ähnlichen Tätigkeit ist nicht Bedingung; Sie werden auf jeden Fall gründlich in Ihr neues Arbeitsgebiet eingeführt.

Nebst einer anforderungsreichen Aufgabe finden Sie bei uns selbstverständlich neuzeitliche Anstellungs- und Arbeitsbedingungen.

Gerne erwarten wir Ihre Bewerbung oder Ihren Anruf.

SCHWEIZERISCHE RÜCKVERSICHERUNGS-GESELLSCHAFT

Personalabteilung, Mythenquai 60, 8022 Zürich
Tel. 25 88 00, intern 234

In unseren herstellerunabhängigen Rechenzentren in Zürich, Basel und Bern bieten wir Betriebswirtschaftlern die Möglichkeit, sich zum

EDV-Organisator

auszubilden.

Als Mitarbeiter unserer Organisations- und Beratungsabteilung sind Sie z. B. in unserem Neubau in Oerlikon und bei unseren Kunden tätig. Ihre Hochschulkenntnisse können Sie auf breiter Basis in Ihrer täglichen Arbeit anwenden und erweitern. Sie arbeiten in einem kleinen Team als Kundenberater in den verschiedenen Branchen und analysieren Probleme (beispielsweise Materialbewirtschaftung, Fakturierung, Debitoren- und Finanzbuchhaltung, betriebliches Rechnungswesen, Produktionsplanung etc.). Zu Ihren Aufgaben wird es gehören, in Zusammenarbeit mit einem Senior-Organisator wirtschaftliche Lösungsvorschläge auszuarbeiten und diese in Teamarbeit zu realisieren. Sie besuchen laufend interne und externe Kurse und werden schon nach kurzer Zeit selbständig produktive Arbeit leisten.

Diese Tätigkeit eignet sich für junge Hochschulabsolventen, aber auch für Oekonomen, die bereits EDV-Erfahrung oder eine andere Berufspraxis besitzen.

Für nähere Auskünfte telefonieren Sie bitte unseren Herren G. Schelling oder M. A. Liechli.

INTERDATA AG, Zürich, Telefon (01) 60 30 44

Camp Counselors

Für den Sommer 1973 werden gesucht:

In Summer Camp am Genfersee erfahrene, sportlich aktive Counselors (Damen und Herren) für Leichtathletik, Schwimmen, Tennis, Motorbootfahren, Rudern, Segeln, Wasserski, Gesangs- und Musikunterricht etc.

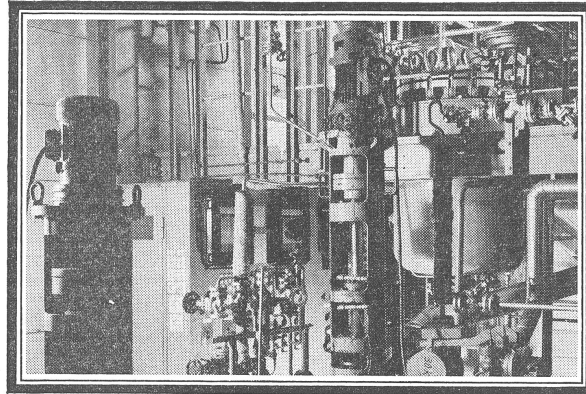
Diesgleichen in diverse Summer Camps in den USA.

Anmeldungen an:

INTERNATIONAL SUMMER CAMP

Dynamostrasse 7, 5400 Baden AG, Tel. 056/2 32 60

Das ist der Sandkasten unserer Forscher



Hier bestehen neuentwickelte Chemiefasern eine wichtige Bewährungsprobe. An dieser Pilot-Anlage wird versuchsweise fabriziert, was in den Labors der VISCOSUISSE erarbeitet wurde. Unsere Pilot-Anlage ist eine Fabrikationsstrasse im Modellformat. Viele Chemiker, Textilingenieure, Verfahrenstechniker und Laboranten entwickeln bei VISCOSUISSE ständig neue Fasertypen und erproben Fertigfabrikate.

Viele sind aber auch im Verkauf oder Marketing unseres Unternehmens tätig, wo sie zusammen mit Betriebswirtschaftlern und Kaufleuten neue Märkte und Einsatzgebiete erschliessen. Ausdauernde, grosszügige und zielbewusste Forschung hat die VISCOSUISSE zum bedeutendsten Chemiefaserunternehmen der Schweiz gemacht. Rund 4600 Mitarbeiter leisten in den 3 Fabriken Emmenbrücke, Widnau und Steckborn täglich ihren Beitrag zum guten Erfolg.

Merken Sie sich diese Qualitätszeichen! Sie bürgen für echte Qualität und wissenschaftlich fundierte Leistung. Nur erstklassige Textilprodukte aus VISCOSUISSE-Chemiefasern dürfen diese Zeichen führen.



VISCOSUISSE
SOCIÉTÉ DE LA VISCOSE SUISSE/EMMENBRÜCKE

Sie kennen doch die

nz am wochenende

Adolf Muschg: Theorie und Praxis
Danko Grlic, Belgrad: Selbstverwaltung
Jean Améry: Was ist Liberalismus?
Jürg Federspiel: Tage in Vietnam
Peter Arnold: Tansania – ein Modell?
Beat Kappeler: Der militärisch-industrielle Komplex in der Schweiz
David Mark Mantell: Familie und Gewalt

Diese Aufsätze sind in der «nz am wochenende» erschienen. Solche Autoren und solche Themen finden Sie in der «nz am wochenende» – der politisch-kulturellen Beilage der «National-Zeitung». Wenn Sie die NZ-Samstagsausgabe abonnieren, erhalten Sie ausserdem das «nz panorama», die Beilage für Familie, Gesellschaft und Umwelt. Mit 20 Franken sind Sie dabei.

Talon

Ich abonniere die Samstagsausgabe der «National-Zeitung» mit den Beilagen «nz am wochenende» und «nz panorama» zum Preis von Fr. 20.– jährlich.

Name Vorname
Strasse
PLZ Ort

(Bitte einsenden an: National-Zeitung, Postfach, 4002 Basel.)

BUCH-SONDERANGEBOT

- Bernhard Berenson: Die italienischen Maler der Renaissance**
«Der grösste Kunstkritiker seit Ruskin», wie Berenson genannt wird, behandelt in seinem klassisch zu nehmenden Buch die grossen Meister der italienischen Malerei von 1300 bis 1600. 519 Seiten mit 18 ganzseitigen eingeklebten Farbtafeln und 400 weiteren Abbildungen auf Kunstdruckpapier. 18x27 cm, Leinen, früher Fr. 48.10 jetzt Fr. 25.60
- Ich war — ich bin — ich werde sein!**
Herausgegeben von Diether Schmidt
Von Bärnach bis Zille enthält dieses in seiner Geschlossenheit bedeutsame Werk Selbstbildnisse aller wichtigen deutschen Künstler dieses Jahrhunderts unter besonderer Berücksichtigung des Expressionismus. 292 Seiten mit 100 zum Teil farbigen Abbildungen auf Kunstdruckpapier und 123 Abbildungen im Text. 93 Textseiten, Selbstbekenntnisse, Biographien, Werkverzeichnis und Bibliographie. 21,8x27,5 cm, Leinen, früher Fr. 60.30 jetzt Fr. 25.60
- Edgar Allan Poe: Erzählungen**
In 2 Bänden mit 83 Zeichnungen von Alfred Kubin 860 Seiten, Leinen, früher Fr. 75.— jetzt Fr. 38.10
- Henry Troyat: Tolstoj oder die Flucht in die Wahrheit**
584 Seiten mit Namenregister, Leinen, früher Fr. 35.90 jetzt Fr. 16.70
- Iwan Turgenjew: Romane und Erzählungen**
In 4 Bänden
Neben den beiden bedeutenden Romanen «Rudin» und «Adolmsnest» enthält diese repräsentative Auswahl Turgenjews Novellen, die ein Höhepunkt in der russischen Erzählkunst bilden. 4 Bände kpl. 1712 Seiten mit Anmerkungen, Leinen, früher Fr. 100.— jetzt Fr. 60.10
- André Maurois: Prometheus oder das Leben Balzacs**
600 Seiten mit Namenregister, Leinen, früher Fr. 35.90 jetzt Fr. 16.70
- Karel Capek: Gespräche mit Masaryk**
Die Lösungen Masaryks (1859–1937), geboren aus dem Geist humanistisch-demokratischer Traditionen, waren mitbestimmend für den Prager Frühling 1968. 249 Seiten mit 31 Abbildungen, Leinen, früher Fr. 35.90 jetzt Fr. 16.70
- Niccolo Machiavelli: Politische Betrachtungen über die alte und die italienische Geschichte**
Herausgegeben von Erwin Faul.
416 Seiten mit 1 Abbildung und Bibliographie. Paperback, früher Fr. 24.60 jetzt Fr. 10.50
- Kurt Kollo: Verrückt oder normal?**
In der Reihe «Bild der Wissenschaft» gibt der bedeutende Psychiater eine lebendige Darstellung der Psychiatrie von ihrer Entwicklung bis zu den neuesten Erkenntnissen. Fotos, Grafiken, Dokumente und Malereien von Patienten ergänzen das auftrüttelnde Werk. 196 Seiten mit 70 zum Teil farbigen Abbildungen, Leinen, früher Fr. 25.60 jetzt Fr. 9.20
- John Irvin Good: Phantasie in der Wissenschaft**
Eine Anthologie unausgelegener Ideen. Können Wünsche das Wetter bestimmen? Kann man Steaks aus Sägemehl herstellen? Sind Anomalien normal? Diesen und vielen ähnlichen Fragen gehen die Beiträge von namhaften Wissenschaftlern nach. 392 Seiten, Leinen, früher Fr. 31.90 jetzt Fr. 12.80
- Salomon Gessner: Sämtliche Schriften in 3 Bänden**
Herausgegeben in der Reihe «Nobile Turegum» von Prof. Martin Bircher. Pholomechanischer Nachdruck der Schriftensammlung von 1762. Die Schriften von Salomon Gessner (1733–1781) werden hier erstmals gesammelt und kritisch ediert. Die vorliegende Gesamtausgabe in drei Bänden enthält den Reprint der ersten, hervorragend schön ausgestatteten Zürcher Gesamtausgabe von 1762 mit dem zehn Jahre später nachgelieferten 5. Teil, samt verstreuten Schriften, einem kritischen Apparat, Nachwort und Bibliographie. Subskriptionspreis für Bände I bis III Fr. 220.—, Nach Erscheinen von Band III im Herbst 1973 Fr. 260.—
- Die gantze Heilige Schrift von Martin Luther**
Jetzt als bibliophile Jahrgangsausgabe mit 117 prächtigen Holzschnitten. In dieser Bibel können Sie erstmals seit dem Jahre 1545 den unverfälschten Bibeltext lesen, so wie ihn Martin Luther kurz vor seinem Tode autorisierte. 2 Bände, 117 Holzschnitte, Zeitafel, Literaturverzeichnis. Dünndruck, Format 15x24 cm, zusammen 2500 Seiten.
Leinenausgabe Subs.-Preis Fr. 60.10
späterer Preis Fr. 88.30
Leder Ausgabe Subs.-Preis Fr. 87.50
späterer Preis Fr. 112.50
- Johann Gottlieb Fichte: Schriften zur Revolution**
Herausgegeben von Bernhard Willms.
286 Seiten mit 1 Abbildung. Einleitung und Bibliographie. Paperback, früher Fr. 19.20 jetzt Fr. 10.50
- Immanuel Kant: Politische Schriften**
Herausgegeben von Otto Heinrich v. d. Gablentz.
284 Seiten mit 1 Abbildung. Einleitung und Bibliographie. Paperback, früher Fr. 19.20 jetzt Fr. 10.50

- Ich bitte Sie um **Gratis-Zustellung** Ihrer monatlich erscheinenden Kataloge mit Büchern zu reduzierten Preisen.
- Bitte senden Sie mir die angekreuzten Titel gegen Rechnung m. Umtauschrecht innert 10 Tagen zu.
- Name: Vorname:
Strasse:
Ort mit PLZ:
Datum: Unterschrift:
- Ich bin Student und habe Anspruch auf 10% Rabatt.
Bitte Inserat ausschneiden und als Drucksache mit 15 Rp. frankiert einsenden an:
Buchhandlung Ernst, Buchholzstrasse 159, 8053 Zürich.
Für Ihre telefonische Bestellung: 01/53 06 31.